

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Rainer-Olaf Schultze

Die Bundestagswahl 1987 –  
eine Bestätigung des Wandels

Peter Gluchowski

Lebensstile und Wandel der Wählerschaft  
in der Bundesrepublik Deutschland

Ursula Feist/Hubert Krieger

Alte und neue Scheidelinien  
des politischen Verhaltens

Eine Analyse zur Bundestagswahl 1987

B 12/87  
21. März 1987

Rainer-Olaf Schultze, Dr. phil., geb. 1945; Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Instituts für Kanada-Studien der Universität Augsburg; Mitglied der Forschungsgruppe Wahlen und politischer Wandel des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit B. Vogel und D. Nohlen) Wahlen in Deutschland, 1971; Politik und Gesellschaft in Kanada, 1977; Wählerverhalten und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland, 1983; Das politische System Kanadas im Strukturvergleich, 1985; (zus. mit D. Nohlen) Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1: Politikwissenschaft, 1985.

Peter Gluchowski, Dipl.-Kaufmann, geb. 1942; Leiter des Forschungsbereichs empirische Sozialforschung im Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin bei Bonn.

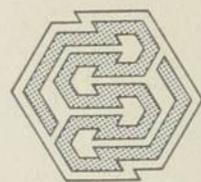
Veröffentlichungen u. a.: Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Zum Problem der empirischen Überprüfung eines Konzepts unter variierten Systembedingungen, in: D. Oberndörfer (Hrsg.), Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Studien zu ausgewählten Problemen der Wahlforschung aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Berlin 1978; Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983; (zusammen mit H.-J. Veen) Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD von 1953 bis 1983. Eine Fortschreibung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 4.

Hubert Krieger, Dr. rer. pol., geb. 1951; Mitarbeiter der Abteilung Wahlforschung bei infas; vorher sechs Jahre tätig im Bereich der Arbeitsmarktforschung, darunter zwei Jahre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitslosigkeit, Schulbuch für die Sekundarstufe II, Düsseldorf 1981; Das Arbeitsmarktverhalten von Arbeitslosen, Köln 1982.

Ursula Feist, Diplom-Psychologin, Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas.

Veröffentlichungen: Analysen zu verschiedenen Bundestags- und Landtagswahlen, zum Wandel des Parteiensystems, zu Parteimitgliedern und Parteieliten, zum Einfluß des Fernsehens auf das Wahlverhalten in Konkurrenz mit der interpersonalen Kommunikation.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

— Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Bundestagswahl 1987 — eine Bestätigung des Wandels

## I. Das Wahlergebnis

Der Ausgang der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 ist in weiten Teilen der Öffentlichkeit als Überraschung empfunden worden. Zwar wurde die Regierungskoalition aus Konservativen und Liberalen erneut — und wie allseits angenommen — im Amt bestätigt. CDU/CSU und FDP erreichten bei 53,4 Prozent der Zweitstimmen (1983: 55,7 %) eine zahlenmäßig komfortable Mandatsmehrheit im Bundestag (s. Tab. 1—3). Im Vergleich zu früheren Bundestagswahlen<sup>1)</sup> weist die Wahl jedoch auch einige unerwartete Resultate auf:

- Mit 84,3 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach 1949;
- eine sich beschleunigende Dekonzentration im Parteiensystem; die beiden großen Volksparteien erzielten zusammen nurmehr 81,3 Prozent der Stimmen, während sie bei den Wahlen der siebziger Jahre mehr als 90 Prozent und 1983 immerhin noch 87,0 Prozent der Zweitstimmen erhalten hatten;
- starke Verluste von 4,5 Prozentpunkten für die Unionsparteien, die mit 44,3 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis seit 1949 verbuchten;
- ein Bundeskanzler ohne den Bonus des Amtsinhabers — und dies in einem politischen System, das seit Adenauers Kanzlerschaft gemeinhin als Kanzlerdemokratie charakterisiert wird.

<sup>1)</sup> Zur Einordnung dieser Bundestagswahl in den Kontext der bundesrepublikanischen Wahlentwicklung vgl. Rainer-Olaf Schultze, Wählerverhalten und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland, in: Westeuropas Parteiensysteme im Wandel, Stuttgart 1983, S. 9—44; zur Bundestagswahl von 1983: ders., Regierungswechsel bestätigt, ebenda, S. 45—82.

In Anbetracht dieser von der bisherigen bundesrepublikanischen Wahlgeschichte abweichenden Teilergebnisse verwundern die erstaunten Reaktionen mancher Politiker und Kommentatoren vom Wahlabend nicht, zumal die Vorhersagen — auch die der Demoskopien<sup>2)</sup> — während des Wahlkampfes in eine andere Richtung gegangen waren. Mancher hatte die absolute Mehrheit der Unionsparteien für möglich gehalten und den Sozialdemokraten, die sich mit 37,0 Prozent (–1,2 Prozentpunkte) in etwa behaupteten, herbe Verluste prognostiziert<sup>3)</sup>.

Kennzeichen dieser Wahlentscheidung sind jedoch weder das Exzeptionelle, wie die vorstehend aufgeführten Teilergebnisse dies nahelegen könnten, noch der Wandel<sup>4)</sup>. Wie nachfolgend im einzelnen

<sup>2)</sup> Auf die Rolle der Demoskopie kann hier nicht näher eingegangen werden. Siehe hierzu: Rainer-Olaf Schultze, Vom aktiven Wähler zum passiven Befragten. Zur problematischen Rolle der Demoskopie, in: Das Parlament, Nr. 37—38 v. 13./20. 9. 1986, S. 15.

<sup>3)</sup> Als Vorwahlenanalyse sei genannt: Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, S. 3—19. Die Anmerkungen zum Wahlkampf beruhen im übrigen auf der systematischen Auswertung von zwei Tageszeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung; Süddeutsche Zeitung) und zwei Wochenzeitungen: DIE ZEIT und DER SPIEGEL. Auf sie kann aus Platzgründen nicht gesondert verwiesen werden.

<sup>4)</sup> An wahlstatistischem und wahlsoziologischem Material liegen der Analyse zugrunde: die offizielle Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes der jeweiligen Wahl, für 1987: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1: Wahl zum 11. Bundestag am 25. Januar 1987, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise 1987, Stuttgart—Mainz August 1986, Heft 2: Vorläufige Ergeb-

Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien 1949 bis 1965

	1949	1953	1957	1961	1965
Wahlbeteiligung	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5
Sonstige	27,9	16,5	10,3	5,7	3,6

Anmerkung: ab 1953 in Prozent der Zweitstimmen.

Quelle: Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes, jeweilige Wahl.

**Tabelle 2: Stimmenanteile der Parteien bei den Bundes-, Landtags- und Europawahlen ab 1969 (in Prozent)**

	BTW 1969	LTW <sup>1)</sup> 1970 bis 1972	BTW 1972	LTW 1974 bis 1976	BTW 1976	LTW 1978 bis 1980	EW <sup>2)</sup> 1979	BTW 1980	BTW 1983	EW 1984	LTW 1983 bis 1986	BTW 1987
Wahlbeteiligung	86,7		91,1		90,7		65,7	88,6	89,1	56,8		84,4
CDU/CSU <sup>3)</sup>	46,1	47,8	44,9	51,1	48,6	48,5	49,2	44,5	48,8	46,0	44,5	44,3
SPD	42,7	42,6	45,8	40,0	42,6	41,5	40,8	42,9	38,2	37,4	41,2	37,0
FDP	5,8	6,4	8,4	6,9	7,9	6,0	6,0	10,6	6,9	4,8	5,5	9,1
GRÜNE								1,5	5,6	8,2	6,0	8,3
Sonstige	5,4	3,1	0,9	2,0	0,9	4,0	4,0	0,5	0,5	3,6	2,8	1,3
Differenz CDU/CSU -SPD	3,4	5,1	-0,9	11,1	6,0	7,0	8,4	1,6	10,6	8,6	3,3	7,3
CDU/CSU +SPD	88,8	90,5	90,7	91,1	91,2	90,0	90,0	87,4	87,0	83,4	85,7	81,3
Sonstige	11,2	9,5	9,3	8,9	8,8	10,0	10,0	12,6	13,0	16,6	14,3	18,7

1) Wiedergegeben sind die summierten Ergebnisse aller Landtagswahlen zwischen den Bundestagswahlen.

2) Wahl zum Europäischen Parlament.

3) Sofern — wie bei Bundestagswahlen — der Wähler über zwei Stimmen verfügt, in Prozent der Zweitstimmen.

Quellen: Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, jeweilige Wahl; für 1987: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1: Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen.

gezeigt werden wird, war dies vielmehr eine Wahl der Bestätigung — und zwar in mindestens zweierlei Hinsicht: nämlich

— *parteiensystemisch*: der Bestätigung des bipolaren, aus zwei Blöcken bestehenden Mehrparteiensystemes

nach Wahlkreisen, Stuttgart—Mainz 26. Januar 1987, Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Stuttgart—Mainz Februar 1987; Forschungsgruppe Wahlen (FGW 45/1987); Bundestagswahl 1987. Eine Analyse der Wahl zum 11. Bundestag am 25. Januar 1987, Mannheim 1987; Forschungsgruppe Wahlen (FGW 1/87), Politik in der Bundesrepublik. Mannheimer Wahlstudie 1987, 2. Welle, Januar 1987; Forschungsgruppe Wahlen (FGW 2/1987), Politikbarometer Januar 1987, Mannheim 1987; Infas-Report Wahlen, Bundestagswahl 1987. Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987. Analysen und Dokumente, Bonn-Bad Godesberg, Januar 1987. Zu danken habe ich der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen für die freundliche Überlassung zahlreicher Materialien.

systems mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit jenseits der SPD, und

— *politisch-soziologisch*: der Bestätigung derjenigen mittel- und langfristigen Strukturveränderungen im Wählerverhalten, die bereits seit Ende der siebziger Jahre zu verzeichnen sind. Sie traten zunächst bei Kommunal- und Landtagswahlen auf, bestimmen seit der „Wende“ vom Oktober 1982 und der Wahl vom März 1983 auch das Wählerverhalten auf Bundesebene und sind bei dieser Bundestagswahl besonders stark akzentuiert worden durch die Kurzzeiteinflüsse des Wählerverhaltens, vor allem durch die Einflüsse auf die Wählerentscheidung, die aus den politisch-situativen Konstellationen des Parteienwettbewerbs resultieren.

**Tabelle 3: Sitzverteilung im Bundestag 1949 bis 1987**

	1987	1983	1980	1976	1972	1969	1965	1961	1957	1953	1949
SPD	186	193	218	214	230	224	202	190	169	151	131
FDP	46	34	53	39	41	30	49	67	41	48	52
CDU/CSU	223	244	226	243	225	242	245	242	270	243	139
GRÜNE	42	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	17	45	80

Quelle: Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes, jeweilige Wahl.

## II. Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Wählerentscheidungen formieren sich im Spannungsverhältnis von strukturellen (politischen, sozialen, kulturellen) Determinanten einerseits und politischen Kurzzeiteinflüssen andererseits<sup>5)</sup>. Sie sind eng miteinander verknüpft: So bedürfen die sozialstrukturellen Konfliktmuster (s. u.) der Aktualisierung durch die Politik<sup>6)</sup>. Die Einstellung des Wählers zu kontroversen politischen Themen hängt ganz wesentlich davon ab, welchen sozialen und kulturellen Milieus der Wähler angehört; sie wird zudem gefiltert durch die jeweilige Parteipräferenz. Zu den Kurzzeiteffekten, deren Bedeutung für die Wahl vom Januar 1987 hier zunächst diskutiert werden soll, zählen dabei nicht allein die politisch-konjunkturellen Einflüsse wie die innen- und außenpolitische Großwetterlage, wirtschaftliche Erwartungen, Sachfragen (Issues). Mindestens genauso wichtig sind die politisch-situativen Konstellationen des Parteienwettbewerbs, also Zahl, Stärke und politisch-ideologische Konfiguration der Parteien, Kandidaten-Alternativen, das Meinungsklima sowie Prognosen über den oder die Wahlsieger.

### 1. Wahlkampf, Meinungsklima und Siegesaussichten

Insbesondere das Meinungsklima hat den Wahlkampf und die Wählerentscheidung bei dieser Wahl nachhaltig beeinflusst. Wähler und Medien waren sich diesmal früh einig: Hielten die Wähler zu Beginn des Jahres 1986 noch einen Erfolg der Opposition für möglich, so änderte sich diese Einschätzung zwischen April und Juni grundlegend: Man war seither vom Wahlsieg der Koalition überzeugt. Die Erhebungen der verschiedenen demoskopischen Institute kommen dabei sämtlich zu ähnlichen Ergebnissen wie die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, deren Daten in Darstellung 1 wiedergegeben sind. Nach dem (trotz starker Verluste der CDU und deutlicher Gewinne, der SPD) knappen Wahlsieg von CDU und FDP bei der Niedersachsen-Wahl vom 15. Juni lag die Koalition im Meinungsklima klar vorn, und die Zahl derjenigen, die noch einen Sieg der Oppositionsparteien SPD und GRÜNE für möglich hielten, sank stark ab.

Anders als 1983, als fast die Hälfte der Befragten daran zweifelte, ob FDP und GRÜNE den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde würden schaffen können, waren die Wähler im Vorfeld dieser Bundestagswahl ganz überwiegend vom Erfolg

der beiden kleinen Parteien und deren Einzug in den Bundestag überzeugt, im Falle der FDP waren es 80, im Falle der GRÜNEN sogar 90 Prozent der Befragten<sup>7)</sup>. Zudem hatte sich die Einstellung gegenüber beiden Parteien verändert. So befürworteten jetzt immerhin 70 Prozent den Einzug der FDP ins Parlament (1983: 54 %) und noch 54 Prozent der Befragten den der GRÜNEN (1983: 28 %), wobei sogar 29 Prozent der CDU-Anhänger auf die Frage, ob sie es gut fänden, wenn die GRÜNEN im Bundestag vertreten wären, eine positive Antwort gaben<sup>8)</sup>.

Das Meinungsklima entsprach folglich voll und ganz den Wahlzielen von Kanzler Kohl und der CDU sowie selbstverständlich denen der FDP, die beide eindeutig auf die Fortsetzung der konservativ-liberalen Koalition setzten, weniger denen von Franz Josef Strauß und der CSU. Zumindest während der ersten Phase des Wahlkampfes und bis zur Bayern-Wahl vom 12. Oktober 1986 betonte die CSU ihre spezifische Doppelrolle im deutschen Parteiensystem, nämlich die einer „autonome(n) Staats- und Ordnungspartei in Bayern“ bei gleichzeitig engem, aber auch konfliktivem „Aktionsbündnis mit der CDU in Bonn“ (Mintzel<sup>9)</sup>), ging

<sup>5)</sup> Als Einstieg vgl. die Stichwörter „Wahlsoziologie“ und „Wählerverhalten“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), Politikwissenschaft (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1), München-Zürich 1985.

<sup>6)</sup> Vgl. Franz Urban Pappi, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 369–384.

<sup>7)</sup> Vgl. FGW 45/1987 (Anm. 4), S. 52 ff.

<sup>8)</sup> Siehe ebenda, S. 57.

<sup>9)</sup> Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 413.



sie auf Distanz auch zur CDU. Strauß und die CSU unterstrichen auf diese Weise ihre bundespolitische Eigenständigkeit wie ihre Korrektivfunktion in der Regierung Kohl/Genscher<sup>10)</sup>.

Völlig konträr zu den Erwartungen in der veröffentlichten Meinung und der Wählerschaft war hingegen das vom sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau ausgegebene Wahlziel von der alleinigen (Stimmen- oder auch Mandats-)Mehrheit, mit der sich die SPD zugleich gegen eine rot-grüne Zusammenarbeit festlegte. Zu erreichen versuchten Rau und seine Wahlkampfmanager dies durch einen bewußt personalisierten, sachpolitisch wenig konkreten Wahlkampf, der zudem Polemik in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und Polarisierungen in der Wählerschaft vermied. Zum Ausdruck kam dies auch in den Wahlslogans: „Versöhnen statt spalten“ und „Deutschland braucht wieder einen Kanzler, dem man vertrauen kann“.

War man sich in der Absage an eine Zusammenarbeit mit den GRÜNEN in der Parteiführung der SPD wohl einig, so war das Rau'sche Wahlziel parteiintern spätestens seit der Niedersachsen-Wahl umstritten. Willy Brandt sprach z. B. bereits im Sommer 1986 in dem deshalb seither viel zitierten „ZEIT“-Interview davon, daß auch 43 Prozent schon ein schönes Ergebnis für die SPD sein würden<sup>11)</sup>. Formuliert im Frühsommer 1985 unter dem Eindruck der absoluten SPD-Mehrheiten bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen (aufgrund der Industrie- und Sozialstruktur beider Länder hatte die SPD hier eine überdurchschnittliche große Wählerbasis), war das Rau'sche Wahlziel von der alleinigen Mehrheit der SPD auf Bundesebene in Anbetracht der strukturellen Bedingungen des Wählerverhaltens allerdings von Anfang an (und nicht erst seit der Niedersachsen-Wahl<sup>12)</sup>) unrealistisch.

Auf die Frage nach den Gründen für die falsche Wahlziel-Definition durch die SPD sind eigentlich nur zwei Antworten möglich: Entweder man unter-

lag einer krassen Fehleinschätzung, die die strukturelle Determination des bundesrepublikanischen Wählerverhaltens unterschätzte, die die SPD- und Oppositionsfreundliche Stimmung in der Wählerschaft aus der Mitte der Legislaturperiode unzulässigerweise extrapolierte und die den Einfluß der Kandidaten-Alternative auf die Wählerentscheidung überbewertete. Oder aber man entschied sich ganz bewußt für ein selber als unreal angesehenes Wahlziel, um mit der Aussicht auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen künstlich Spannung zu erzeugen. Man versprach sich offenbar davon Mobilisierungseffekte bei den eigenen Stammwählern, insbesondere aber bei solchen Wählern aus dem linken Lager des Parteienspektrums, die sich bei einer einigermaßen realen Siegeschance der SPD taktisch verhalten und in einer solchen Situation nicht grün, sondern sozialdemokratisch wählen würden. Sollte dieses Kalkül der Wahlstrategie der SPD zugrunde gelegen haben, so hätte die Partei unausgesprochen nur auf Platz und nicht auf Sieg gesetzt. Sie hätte darauf gehofft, daß die GRÜNEN (knapp) an der Sperrklausel scheitern und die SPD damit im Bundestag der Regierung als alleinige Opposition hätte entgegentreten können. Denn zur absoluten Mandatsmehrheit hätte es auch unter sehr günstigen politisch-konjunkturellen Bedingungen nicht gereicht. Die Bundestagswahl von 1980, als die SPD unter Helmut Schmidt und aus der Position der Regierung heraus „nur“ 42,9 Prozent der Stimmen erzielte, ist ein deutliches Indiz dafür. Spätestens nach den Niederlagen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hamburg war die sozialdemokratische Wahlstrategie dann endgültig desavouiert und wirkte sich nur noch lähmend auf das Engagement der Sozialdemokraten im Wahlkampf aus.

## 2. Themen und Kandidaten

Die ungleiche Ausgangsposition zwischen Regierung und Opposition spiegelte sich dann auch in den Kontroversen des Wahlkampfes deutlich wider, dem die Wähler nur vergleichsweise geringes Interesse entgegenbrachten<sup>13)</sup>. Insgesamt langweilig und „an den epochalen Themen vorbei“ — wie Robert Leicht in der Wochenzeitung DIE ZEIT zu Recht konstatierte<sup>14)</sup> — gewann der Wahlkampf ein gewisses Maß an Spannung allein durch die koalitionsinternen Auseinandersetzungen. Der Wahlkampf spielte sich nicht zwischen, sondern primär innerhalb der beiden Lager des bipolaren Mehrparteiensystems ab. Dies gilt insbesondere für die Gegensätze zwischen CSU und FDP auf den Feldern der Inneren Sicherheit, des Asylrechtes und der von Genscher und der FDP geführten

<sup>10)</sup> Zur Bayern-Wahl vgl. in Kürze: Rainer-Olaf Schultze, Die bayerische Landtagswahl vom 12. Oktober 1986: Stabile Verhältnisse wie nachhaltige Veränderungen, in: ZParl., 18 (1987) 1.

<sup>11)</sup> Siehe Gunter Hofmann, Mit fröhlicher Entschlossenheit, in: DIE ZEIT, Nr. 31 v. 25. 7. 1986, S. 4.

<sup>12)</sup> Dies entgegen z. B. Rolf Zundel, in: DIE ZEIT, Nr. 4 v. 16. 1. 1987, S. 5, der formulierte: „die Bundestagswahl ist am 15. Juni 1986 entschieden worden . . .“. Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase (Anm. 3), S. 18f., sahen die Ausgangslage nach der Niedersachsen-Wahl noch als weithin offen an, offener jedenfalls, „als man dies nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl vom 6. März 1983 für möglich gehalten hätte“. Für Gibowski und Kaase waren es folglich erst die Wahlen in Bayern und Hamburg, die eine Vorentscheidung brachten. Beide Auffassungen unterschätzen jedoch die strukturellen Determinanten des Wählerverhaltens. Zu keiner Zeit seit 1983, selbst nicht nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen, bestand für die SPD Aussicht auf den Gewinn der Mehrheit.

<sup>13)</sup> Nach Infas (Anm. 4), S. 194ff., waren nur 17% der Befragten sehr, 53% etwas und immerhin 26% gar nicht am Wahlkampf interessiert. Das Interesse ist seit den Wahlen der siebziger Jahre rückläufig.

<sup>14)</sup> Siehe: DIE ZEIT, Nr. 4 v. 16. 1. 1987, S. 1.

Außen- und Entspannungspolitik. Die teilweise von scharfen Attacken begleiteten Forderungen von Franz Josef Strauß und der CSU, die auf diesen Feldern bislang ausgebliebene „Wende“ nachzuholen, boten der FDP einmal mehr die Chance, sich programmatisch und politisch zu profilieren; so fiel es den Freien Demokraten im Wahlkampf nicht schwer, ihre Eigenständigkeit, programmatische Korrektivfunktion und koalitionspolitische Notwendigkeit herauszustellen. Die erstmals von allen Parteien betriebene Zweitstimmenwerbung tat ein übriges.

An den thematischen Interessen der Wählerschaft ging der vornehmlich außenpolitisch geführte Binnenwahlkampf der Koalitionsparteien indessen weitgehend vorbei. Für die Wähler standen — wie Tabelle 4 zeigt — innenpolitische Probleme im Mittelpunkt, nämlich: wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Themen, zudem die Frage der Abrüstung. Dabei fallen zum einen Veränderungen im Vergleich zur Wahl von 1983 auf; zugleich werden aber auch Differenzen zwischen den Parteianhängern sichtbar, wobei sich die Anhänger der

GRÜNEN bei einer Reihe von Themen deutlich von denen der anderen Parteien unterscheiden und u. a. der Frage der Bürger-Beteiligung, der Inneren Sicherheit und der Abrüstung einen erheblich anderen Stellenwert beimessen.

In der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation waren sich die Wähler im Vorfeld der Bundestagswahl weitgehend einig. So ermittelte Infas einerseits ein hohes Maß an Zufriedenheit mit der Wirtschaftsentwicklung: Die allgemeine wirtschaftliche Lage schätzten 81 Prozent der Befragten als gut und nur 18 Prozent als schlecht ein<sup>15)</sup>. Die eigene wirtschaftliche Situation beurteilten 80 Prozent als gut und 19 Prozent als schlecht. Andererseits dauerte die Unzufriedenheit mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt an, die von immerhin 70 Prozent der Befragten als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt wurde<sup>16)</sup>.

Ein ähnliches Resultat zeigt die Analyse der Problemlösungskompetenz; ihr kommt besondere

<sup>15)</sup> Vgl. Infas (Anm. 4), S. 76 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. ebenda.

Tabelle 4:

**Rangfolge der als „sehr wichtig“ eingestuften Sachthemen der Politik durch Wähler, Januar 1987**

in Prozent	Gesamt	Zweitstimmen-Wahlabsicht für			
		CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE
Arbeitslosigkeit	81,7	79,9	86,8	75,6	80,5
Wirksamer Umweltschutz	69,2	61,2	75,1	66,8	89,3
Renten sichern	63,5	67,9	66,8	52,2	32,3
Abrüstung	60,5	52,7	66,5	53,8	81,0
Stabile Preise	52,1	54,2	54,7	45,9	34,3
Ruhe und Ordnung	43,3	53,8	39,1	33,7	13,3
Staatsschulden abbauen	32,4	41,8	27,3	29,9	15,1
Beziehung zur DDR	25,0	19,5	29,9	18,3	31,9
Beziehung zu den USA	24,5	28,8	23,2	17,0	12,7
Bürger mehr Einfluß	24,1	15,9	28,4	15,8	43,9
1983 zum Vergleich					
Arbeitslosigkeit	88,1	88,5	87,7	91,6	89,9
Renten sichern	64,1	70,7	62,5	48,4	30,2
Staatsschulden abbauen	57,2	71,0	47,7	55,2	30,3
Stabile Preise	53,3	56,4	52,9	52,1	19,3
Wirksamer Umweltschutz	48,1	41,2	51,3	40,0	80,6
Ruhe und Ordnung	40,5	50,9	34,2	32,2	11,1
Beziehung zu den USA	26,8	36,9	19,7	25,0	6,3
Bürger mehr Einfluß	25,3	22,5	24,7	15,1	55,7
Beziehung zu Osteuropa	23,4	20,7	26,0	17,7	18,3

Quelle: FGW 2/1983 (Anm. 4), S. 155; FGW 1/1987 (Anm. 4) S. 188.

Bedeutung zu, denn nicht das konkrete Programm, sondern retrospektive Erfahrungen und Kompetenzerwartungen sind es, die wichtig für das individuelle Wählerverhalten sind<sup>17)</sup>. Das Urteil der Wähler fällt dabei uneinheitlich aus: So wiesen die Wähler den Koalitionsparteien einen eindeutigen Kompetenzvorsprung im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Selbst in der Frage der Arbeitslosigkeit schätzten sie die Leistungsfähigkeit der Regierung höher ein als die der Opposition<sup>18)</sup>. Die Koalition besaß damit — wie im übrigen bereits 1983 — einen Kompetenzvorsprung auf an sich traditionell von den Sozialdemokraten besetzten Themengebieten. Demgegenüber traute man einer SPD-geführten Regierung die besseren Lösungen auf dem Felde der Abrüstung und des Umweltschutzes zu.

Dies gilt auch für die Energiepolitik und in der Frage der Nutzung der Kernenergie, in der sich nach Tschernobyl ein deutlicher Einstellungswandel in der westdeutschen Wählerschaft vollzogen hat. Seither votiert eine Mehrheit der Befragten für den Ausstieg aus der Kernenergie. Im Januar 1987 sprachen sich dabei — laut Infas<sup>19)</sup> — 11 Prozent der Befragten für den sofortigen und 52 Prozent für den mittelfristigen Ausstieg aus, während 35 Prozent der Meinung waren, daß es zur Kernenergie keine Alternative gäbe. Schlüsselt man nach Parteianhängern auf, so ergibt sich, daß sich von den Wählern der Koalitionsparteien immerhin 38 Prozent der Unions- und 39 Prozent der FDP-Anhänger für den mittelfristigen Ausstieg aussprachen, 16 Prozent der SPD-Anhänger für den sofortigen Ausstieg votierten und 70 Prozent der Parteilinie folgten, während 96 Prozent der GRÜNEN-Anhänger für den Ausstieg, davon 52 Prozent für den sofortigen, eintraten. Eine Mehrheit der Wähler stand damit dem Energiekonzept der SPD nahe. In der Wahlentscheidung schlug sich dies aber nicht nieder<sup>20)</sup>.

Aufs Ganze gesehen, war der Kompetenzvorsprung der Regierungskoalition indes längst nicht so ausgeprägt wie bei der vorangegangenen Bundestagswahl vom März 1983 — ein deutlicher Reflex des gerin-

<sup>17)</sup> Als Einstieg siehe das Stichwort: „Issue-Forschung“, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Anm. 5), S. 410 ff., ferner: M. P. Fiorina, *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven-London 1981.

<sup>18)</sup> Der Kompetenzvorsprung der CDU/CSU-FDP-Koalition bestand in der Frage der Arbeitslosigkeit, der Rentensicherung, der Preisstabilität, der Haushaltssanierung, der Inneren Sicherheit und der Beziehungen zu den USA. Die SPD-Opposition lag vorne auf den Feldern des Umweltschutzes, der Abrüstung, der Beziehungen zur DDR. Vgl. die Umfrageergebnisse in: FGW 1/87 (Anm. 4), S. 189 ff. Zur Kompetenzeinschätzung vor der Wahl von 1983 vgl. meine Analyse der Bundestagswahl von 1983: *Regierungswechsel bestätigt* (Anm. 1), passim.

<sup>19)</sup> Siehe Infas (Anm. 4), S. 94 ff.

<sup>20)</sup> Dies gilt im übrigen auch für die Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern; zur Bayern-Wahl vgl. meine Interpretation in der ZParl. (Anm. 10), passim.

geren Vertrauens der Wähler in die Leistungsfähigkeit der konservativ-liberalen Regierung und mancher ihrer Spitzenpolitiker<sup>21)</sup>. Dies gilt insbesondere für Bundeskanzler Kohl, der während der ganzen Legislaturperiode nicht nur negativer beurteilt wurde als viele seiner Minister, sondern auch stets in der Kandidaten-Alternative Kohl-Rau schlechter abschnitt als sein sozialdemokratischer Herausforderer. Selbst unmittelbar vor der Wahl entschied sich auf die Frage, wen sie am liebsten als Kanzler sähen, 46,2 Prozent der Befragten für Rau und 45,7 Prozent für Kohl<sup>22)</sup>. Von den CDU/CSU-Anhängern waren jedoch 91 Prozent für Kohl, während sich von FDP-Anhängern 53 Prozent für Kohl und immerhin 29 Prozent für Rau aussprachen.

Demgegenüber votierten 92 Prozent der SPD- und 88 Prozent der GRÜNEN-Anhänger für den Sozialdemokraten Rau. In der Wählerschaft deckten sich folglich Kandidaten- und Partei- (bzw. Lager-) Präferenzen weitgehend<sup>23)</sup>.

Resümiert man die Ergebnisse der Issue- und Kompetenzanalyse, wird dreierlei deutlich:

— Die Koalition nutzte ihren Kompetenzvorsprung auf wirtschaftspolitischem Gebiet; sie profitierte dabei von der Konjunkturentwicklung und der positiven Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Wählerschaft. Der SPD hingegen fehlte es an zugkräftigen Themen; ihr Kompetenzvorsprung im Umweltschutz wirkte sich nicht zu ihren Gunsten aus.

— Die Kandidatenpräferenz wie die Einstellung zu politischen Sachthemen sind stark beeinflusst durch die jeweilige Parteipräferenz des Wählers. Von der Parteiposition abweichende Meinungen führen — wie der Einstellungswandel in der Frage der Kernenergie zeigt — keineswegs notwendig zum Parteiwechsel. Von den politisch-konjunkturellen Einflüssen gehen nur sehr mittelbare Wirkungen auf das individuelle Wählerverhalten aus.

— Eine Kanzler- und Themenwahl war diese Bundestagswahl nicht<sup>24)</sup>.

### 3. Lagerwahl, Partizipation und Parteiwechsel

Wichtiger für das Wahlergebnis als Themen und Kandidaten waren die politisch-situativen Konstellationen. Sie hatten Einfluß auf die Partizipation und auf die Parteiwechsel, die sich — ähnlich dem Wahlkampf — hauptsächlich innerhalb der beiden

<sup>21)</sup> Vgl. u. a. die einmal im Monat während des Jahres 1986 im „Spiegel“ veröffentlichten Umfrageergebnisse des Emnid-Institutes.

<sup>22)</sup> Nach FGW 45/1987 (Anm. 4), S. 33.

<sup>23)</sup> Ganz anders war dies z. B. 1980, als es einen deutlichen Vorsprung des Amtsinhabers Helmut Schmidt gegenüber dem Herausforderer Franz Josef Strauß gegeben hatte; vgl. meine Analyse: *Regierungswechsel bestätigt* (Anm. 1), S. 57 f.

<sup>24)</sup> Die Wahl von 1983 war eine Themen- und Kompetenzwahl und gleichfalls keine Kanzler-Wahl; siehe ebenda.

Blöcke des bipolaren Mehrparteiensystems abspielen, so daß man diese Bundestagswahl durchaus als „Lagerwahl“ bezeichnen kann.

Der Rückgang in der Wahlbeteiligung um 4,8 Prozentpunkte auf 84,3 Prozent hat sicherlich verschiedene Ursachen. Daß Wahlkampf und Wahl im Winter stattfanden, dürfte noch die geringste Rolle gespielt haben. Die Mobilisierungsprobleme der beiden großen Parteien ergaben sich wohl eher aus der Situation eines insgesamt spannungslosen Wahlkampfes und wegen der ungleichen Ausgangsposition von Regierung und Opposition. Die Siegeszuversicht im Regierungslager (und zwar bei Politikern wie Wählern) und die Chancenlosigkeit der Sozialdemokraten werden sich gleichfalls negativ ausgewirkt haben.

Die sinkende Wahlbeteiligung muß man aber auch im Zusammenhang sehen mit den Dekonzentrationstendenzen im Parteiensystem. Sie geht zudem einher mit Veränderungen in der politischen Kultur und mit verändertem Partizipationsverhalten. Im Gegensatz zu früher messen große Teile der Bevölkerung seit den siebziger Jahren direkt-demokratischen Formen politischer Partizipation einen höheren Stellenwert zu und kombinieren konventionelle wie unkonventionelle Partizipationsformen<sup>25)</sup>. Der Rückgang in der Wahlbeteiligung, nicht nur bei Landtags- und Europa-Wahlen, sondern jetzt auch bei Bundestagswahlen, signalisiert damit ganz sicher auch die wachsende Skepsis gegenüber der

<sup>25)</sup> Zu den unterschiedlichen Formen politischer Partizipation vgl. Max Kaase, Politische Beteiligung und politische Ungleichheit, in: L. Albertin/W. Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, S. 363–377; Max Kaase/Samuel H. Barnes u. a., Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.

Wahl als dem wichtigsten Element repräsentativ-demokratischer und konventioneller Partizipation<sup>26)</sup>.

Über den Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und den Parteistärken informieren die in Tabelle 5 zusammengestellten Aggregatdaten<sup>27)</sup>. Sie zeigen für die Unionsparteien überdurchschnittliche Verluste und unterdurchschnittliche Stimmenanteile bei hoher Wahlbeteiligung. CDU und CSU sind also längst nicht so negativ von der sinkenden Wahlbeteiligung betroffen gewesen, wie zunächst allgemein angenommen worden ist. Eindeutige Beziehungen bestehen hingegen bei Sozialdemokraten einerseits und FDP wie GRÜNEN andererseits. Stimmenanteile und Zugewinne von FDP und GRÜNEN wachsen mit sinkender Wahlbeteiligung. Die beiden kleinen Parteien profitierten damit wegen der hohen Partizipationsbereitschaft ihrer Anhänger von der insgesamt niedrigeren Partizipation, während die SPD um so besser abschnitt, desto weniger die Wahlbeteiligung abgesunken war. Die Sozialdemokraten traf folglich der Rückgang in der Wahlbeteiligung am stärksten.

<sup>26)</sup> Zum Verhältnis zwischen repräsentativ- und direkt-demokratischen Formen politischer Partizipation wie zum Zusammenhang zwischen formaler und materieller Legitimation bei Wahlen siehe: Rainer-Olaf Schultze, Wahlen und politischer Wandel. Überlegungen zur historisch-politischen Kontextdetermination von Wahlfunktionen und Wählerverhalten, in: Politische Bildung, 19 (1986) 2, S. 18–32.

<sup>27)</sup> Zwar liefert die wahlökologische Analyse keine direkten Informationen zum individuellen Wählerverhalten; Aggregatdaten-Analysen unterliegen jedoch der Gefahr des „ökologischen Fehlschlusses“, wenn man z. B. von Ergebnissen aus bestimmten Gebieten Interpretationen auf das individuelle Verhalten der dort Lebenden ableitet. Aggregatdaten lassen jedoch mindestens Aussagen über Strukturmuster politischen Verhaltens zu.

Tabelle 5: Wahlbeteiligung und Parteianteile

	Parteianteile 1987 und Veränderungen zur Wahl 1983 in %							
	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE	
	1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.
Wahlbeteiligung 1987								
niedrig (bis 83,38 %)	46,0	-4,5	34,2	-2,0	9,1	2,3	9,0	3,1
mittel (bis 85,92 %)	43,7	-4,5	37,4	-1,1	9,3	2,2	8,3	2,6
hoch (bis 90,15 %)	43,3	-4,8	39,3	-0,1	8,9	1,9	7,5	2,4
Wahlbeteiligungs- rückgang 1987–1983								
von -8,3 % bis -5,1 %	47,5	-4,3	32,4	-2,4	9,4	2,4	8,9	3,1
von -5,1 % bis -4,8 %	44,1	-4,6	36,6	-1,1	9,5	2,2	8,5	2,7
von -4,8 % bis -2,2 %	41,4	-4,8	41,8	0,2	8,4	1,8	7,4	2,3

Die Unterteilungen niedrig, mittel und hoch erfassen jeweils ein Drittel der Wahlberechtigten.

Quelle: FGW 45/1987 (Anm. 4), S. 30.

#### 4. Lagerwahl und Stimmensplitting

Die asymmetrische Ausgangsposition zwischen Regierung und Opposition, die Binnenwahlkämpfe zwischen CSU und FDP einerseits sowie SPD und GRÜNEN andererseits beeinflussten nicht zuletzt die Wahlentscheidung derjenigen Wähler, die zu taktischem Wahlverhalten und Koalitionswahlentscheidungen neigen. Erste Aufschlüsse über Ausmaß und Richtung vermittelt dabei das bei Bundes-

tagswahlen aufgrund der Zweistimmen-Konstruktion mögliche Stimmensplitting, die unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimme also. Vergleicht man die Ergebnisse der Repräsentativstatistik seit 1953, so zeigen sich drei generelle Trends im Splitting<sup>28)</sup>, die seit der Einführung des Zweistimmensystems unverändert sind und u. a. auch in Tabelle 6 sichtbar werden, in der das Splitting bei den Bundestagswahlen von 1980 und 1983 gegenübergestellt ist:

Tabelle 6: Kombination von Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen von 1980 und 1983

Partei	Von 100 Zweitstimmenwählern der Parteien wählten mit der Erststimme									
	1980					1983				
	SPD	CDU	CSU	FDP	GRÜNE	SPD	CDU	CSU	FDP	GRÜNE
SPD	92,4	1,6	0,5	3,5	1,2	95,2	1,3	0,4	0,4	0,2
CDU	1,2	97,1		0,8	0,3	2,1	95,9		1,0	0,4
CSU	1,5		96,1	0,9	0,5	1,6		96,3	1,0	0,4
FDP	35,5	11,6	1,7	48,5	2,0	10,1	49,8	8,5	29,1	1,7
GRÜNE	18,7	7,0	4,8	1,4	64,9	39,8	4,3	0,9	1,2	52,1

Anmerkung: Ohne Briefwähler.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Repräsentativstatistik, jeweilige Wahl.

– Das Ausmaß des Splitting liegt (mit Ausnahme von 1961 und 1976) zwischen neun und 12 Prozent, während rund 90 Prozent der Wähler (1980: 89,2%; 1983: 88,6%) mit der Erststimme den Wahlkreisbewerber derjenigen Partei wählten, der sie auch ihre Zweitstimme gaben.

– Die Wähler der beiden großen Parteien haben die Möglichkeit des Splitting nur in geringem Maße genutzt. Weit über 90 Prozent von ihnen gaben Erst- und Zweitstimme gleich ab. Die Wähler der kleineren Parteien, deren Wahlkreisandidaten keine Chancen auf den Mandatsgewinn haben, haben vom Splitting demgegenüber stets stark Gebrauch gemacht. Von den FDP-Wählern gaben z. B. seit der Wahl von 1969 zwischen 40 und 70 Prozent die Erststimme dem Kandidaten einer der beiden großen Parteien.

– Die Richtung des Splitting ist dabei – in Vergangenheit wie Gegenwart und zu Zeiten von Unions- wie von SPD-geführten Bundesregierungen – immer entscheidend vom Standort der Partei im Parteiensystem und von block- bzw. koalitionspolitischen Überlegungen der Wähler determiniert worden. Das unterschiedliche Verhalten der FDP-Wähler bei den Wahlen von 1980 und 1983 belegt dies.

Für die Bundestagswahl 1987 liegen die Daten der Repräsentativstatistik bislang noch nicht vor. Folgt man der Infas-Umfrage, so dürfte der Umfang des Splitting wieder bei ca. 11 Prozent gelegen haben und sich damit nicht wesentlich von dem früherer

Wahlen unterscheiden<sup>29)</sup>. Einen ähnlichen Eindruck vermitteln die Erst- und Zweitstimmenergebnisse der Parteien, die in Tabelle 7 nach Bund und Ländern und für die Wahlen von 1983 und 1987 zusammengestellt sind. Bei der FDP betrug die Differenz zwischen den 9,1 Prozent der Zweit- und 4,7 Prozent der Erststimmen 4,4 Prozentpunkte (1983: 4,1); die CDU/CSU wies demgegenüber wie 1983 3,4 Prozentpunkte mehr Erst- als Zweitstimmen auf. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß es vornehmlich Wähler aus dem bürgerlichen Lager waren, die ihre beiden Stimmen zwischen CDU/CSU und FDP splitteten und die damit eine Koalitionswahlentscheidung trafen. In Anbetracht der geringen Stammwählerschaft der FDP, die bundesweit bei etwa drei bis vier Prozent liegen dürfte, wird es sich in beträchtlicher Zahl um Wähler handeln, die in ihrer Parteipräferenz eher der Union zuneigen. Ob man die Stimmen solcher Wähler als Leihstimmen ansieht, mag dahingestellt bleiben.

Daß die Differenzen zwischen Erst- und Zweitstimmen von Sozialdemokraten und GRÜNEN deutlich geringer ausfielen, lag sicherlich auch – aber nicht nur – an der Chancenlosigkeit der SPD bei dieser Wahl, wodurch wahltaktische Überlegungen im linken Lager diesmal keine wichtige Rolle spielten.

<sup>28)</sup> Zum Splitting siehe detaillierter meine Analyse: Regierungswechsel bestätigt (Anm. 1), S. 68 f.

<sup>29)</sup> Zu den hier und nachfolgend zitierten Daten zum Splitting vgl. Infas (Anm. 4), S. 147 ff.

Hierin spiegelt sich zugleich die größere ideologische Distanz zwischen den sozialdemokratischen und grünen Parteien wie Wählern wider, und es zeigt sich, daß die grüne Stammwählerschaft mittlerweile um einiges größer ist als die der FDP. Fragt man nach den Gründen des Splitting, so fällt auf, daß es den Wählern weniger darum ging, FDP oder GRÜNE zu stärken. In der Infas-Umfrage nannten

als Motiv vielmehr 18 bzw. 21 Prozent der Befragten, sie wollten die Zusammenarbeit zwischen SPD und GRÜNEN bzw. die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition ermöglichen. 31 Prozent setzten das Splitting ein, um auf diese Weise eine absolute Mehrheit zu verhindern. Damit standen diesmal ganz eindeutig die Skepsis gegenüber Alleinregierungen sowie koalitions- oder blockpolitische Argu-

Tabelle 7: Vergleich von Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 nach Ländern, in Prozent

		Wahlbe- teiligung	CDU/CSU		FDP		SPD		GRÜNE	
			E	Z	E	Z	E	Z	E	Z
Schleswig- Holstein	1987	84,4	46,1	41,9	4,3	9,4	43,0	39,8	5,9	8,0
	1983	89,2	49,8	46,5	2,1	6,3	44,3	41,7	3,4	5,2
	Diff.	-4,8		-4,6		+3,1		-1,9		+2,8
Hamburg	1987	83,0	40,9	37,4	4,8	9,6	44,2	41,2	9,0	11,0
	1983	88,7	40,5	37,6	2,2	6,3	50,8	47,4	6,0	8,2
	Diff.	-5,7		-0,2		+3,3		-6,2		+2,8
Niedersachsen	1987	85,1	44,9	41,5	4,4	8,8	43,4	41,4	6,3	7,4
	1983	89,6	49,0	45,6	2,7	6,9	43,4	41,3	4,5	5,7
	Diff.	-4,5		-4,1		+1,9		+0,1		+1,7
Bremen	1987	82,9	31,7	28,9	4,6	8,8	49,6	46,5	11,7	14,5
	1983	88,3	37,0	34,2	2,8	6,5	52,3	48,7	7,1	9,7
	Diff.	-5,4		-5,3		+2,3		-2,2		+4,8
Nordrhein- Westfalen	1987	85,4	43,6	40,1	4,1	8,4	44,9	43,2	6,5	7,5
	1983	89,5	48,3	45,2	2,4	6,4	45,0	42,8	3,9	5,2
	Diff.	-4,1		-5,1		+2,0		+0,4		+2,3
Hessen	1987	85,8	45,0	41,3	4,6	9,1	41,6	38,7	7,4	9,4
	1983	90,2	48,3	44,3	2,7	7,6	44,1	41,6	4,4	6,0
	Diff.	-4,4		-3,0		+1,5		-2,9		+3,4
Rheinland-Pfalz	1987	87,0	48,2	45,1	4,8	9,1	39,4	37,1	6,2	7,5
	1983	90,4	52,8	49,6	3,2	7,0	40,5	38,4	3,0	4,5
	Diff.	-3,4		-4,5		+2,1		-1,3		+3,0
Baden- Württemberg	1987	83,1	51,5	46,7	6,1	12,0	31,9	29,3	8,1	10,0
	1983	88,4	57,2	52,6	3,5	9,0	33,8	31,1	4,6	6,8
	Diff.	-5,3		-5,9		+3,0		-1,8		+3,2
Bayern	1987	81,8	57,6	55,1	4,8	8,1	28,5	27,0	7,3	7,7
	1983	87,6	62,2	59,5	3,1	6,2	30,2	28,9	4,0	4,7
	Diff.	-5,8		-4,3		+1,9		-1,9		+3,0
Saarland	1987	87,5	43,8	41,2	3,8	6,9	45,7	43,5	5,1	7,1
	1983	90,6	47,6	44,8	2,5	6,0	46,3	43,8	3,0	4,8
	Diff.	-3,1		-3,6		+0,9		-0,3		+2,3
Bundesgebiet	1987	84,3	47,7	44,3	4,7	9,1	39,2	37,0	7,0	8,3
	1983	89,1	52,1	48,8	2,8	6,9	40,4	38,2	4,1	5,6
	Diff.	-4,8		-4,5		+2,1		-1,2		+2,7

Quelle: Wie Tabelle 2.

mente im Mittelpunkt politisch-situativ bestimmter Wählerentscheidungen<sup>30)</sup>.

## 5. Wählerwanderungen

In eine ähnliche Richtung weisen auch die Ergebnisse der Wählerwanderungsbilanz von Infas<sup>31)</sup>. Wie umstritten die Zahlen aus methodischen Gründen auch sein mögen<sup>32)</sup>, sie dürften diesmal zumindest die Tendenz der Parteiwechsel zutreffend widerspiegeln und bestätigen zunächst die Bedeutung des lagerinternen Wechsels: So sollen im Saldo etwa 800 000 Wähler von den Unionsparteien zur FDP gewechselt sein, und die GRÜNEN sollen von der SPD ungefähr 600 000 Stimmen gewonnen haben. Die gesunkene Wahlbeteiligung hat sich auch nach der Infas-Wanderungsbilanz negativ auf das Ergebnis der Sozialdemokraten ausgewirkt, die dadurch 740 000 Stimmen gegenüber 1983 eingebüßt haben sollen. Infas errechnet in seiner Wanderungsbilanz allerdings auch für die Unionsparteien Verluste aus der gesunkenen Wahlbeteiligung, die ungefähr 800 000 Stimmen ausmachen sollen, und unterscheidet sich folglich deutlich von der auf den Aggregatdaten beruhenden Interpretation der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen. Die Infas-Daten indizieren zudem eine Rückwanderung zur SPD von solchen Wählern (rund 400 000), die 1983 unter dem Eindruck der „Wende“, dem Slogan der Union „Den Aufschwung wählen“ vertrauend, zur CDU/CSU gewechselt waren.

Mit Blick auf das Erst- und Jungwählerverhalten belegen die Infas-Zahlen, die im Saldo einen Zuzug der GRÜNEN aus dem Generationenwechsel

<sup>30)</sup> Zu den Konsequenzen einer von Koalitionsparlamentarismus und Koalitionswahlentscheidungen geprägten politischen Kultur für Funktion und Bedeutung der Wahlen in der Bundesrepublik vgl. meinen Beitrag: Wahlen und politischer Wandel (Anm. 26), S. 28.

<sup>31)</sup> Die Angaben zur Wählerwanderung entstammen der Infas-Wanderungsbilanz; vgl. Infas (Anm. 1), S. 35 ff. und Anhang B.

<sup>32)</sup> Siehe hierzu meine Anmerkungen aus Anlaß der Wahl von 1983 in: Regierungswechsel bestätigt (Anm. 1), S. 72 ff., mit der relevanten methodenkritischen Literatur.

von rund 400 000 Stimmen ergeben, einmal mehr die besondere Attraktivität der GRÜNEN — ein Ergebnis, das durch die genauere Repräsentativstatistik, wenn sie vorliegt, sicherlich bestätigt, aber auch ergänzt werden wird, denn seit einiger Zeit erzielen die GRÜNEN — wie die Repräsentativauszählungen der letzten Landtagswahlen zeigen — überdurchschnittliche Stimmenanteile auch in den Altersgruppen der 25- bis 35jährigen und der 35- bis 44jährigen<sup>33)</sup>. Dieses Ergebnis bedeutet zum einen, daß die grüne Wählerschaft „älter“ wird; es falsifiziert zum zweiten lebenszyklische Erklärungen der grünen Wahlerfolge und unterstreicht die Annahme generationenspezifischen Wählerverhaltens<sup>34)</sup>. Das Hauptmerkmal der Wählerwanderungen dieser Bundestagswahl bleibt indes trotz aller ergänzenden Differenzierungen der „Wechsel im eigenen Lager“<sup>35)</sup>.

## 6. Parteiidentifikation

Daß es sich bei den Wählerwanderungen um mehr als nur um Kurzeffekte, sondern um strukturell angelegte Wandlungsprozesse im Wählerverhalten handelt, zeigen nicht zuletzt die in den Tabellen 8 und 9 zusammengestellten Daten der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen zur Parteiidentifikation. Wie kontrovers das Konzept der Parteiidentifikation auch sein mag<sup>36)</sup>, die Daten machen dreierlei deutlich: Sie belegen erstens den doch starken Rückgang in der Parteiidentifikation. Der Anteil der Befragten, die sich mit keiner Partei identifizierten, stieg immerhin auf 25 Prozent an. Zudem sind, zweitens, die Bindungen lockerer geworden. Während früher ungefähr zwei Drittel der Parteian-

<sup>33)</sup> Vgl. die Analysen der Landtagswahlen, in: ZParl. 18 (1987) 1, passim.

<sup>34)</sup> Zum Konzept politischer Generationen vgl. Helmut Folt, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982.

<sup>35)</sup> So der Tenor der Interpretation der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, siehe FGW 45/1987 (Anm. 4), passim.

<sup>36)</sup> Siehe als Einstieg Peter Gluchowski, Parteiidentifikation, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Anm. 5) S. 677 ff.

Tabelle 8: Parteiidentifikation, 1980 bis 1987

in Prozent	1980	1983	1987
CDU/CSU	31,5	33,3	32,9
SPD	40,5	36,2	24,7
FDP	4,4	2,2	2,2
GRÜNE	—	3,3	5,5
Keine	13,3	19,3	25,2
Rest	10,3	5,7	9,5
N	1 519	1 197	1 043

Quelle: FGW 11/1980; Politik in der Bundesrepublik, September 1980, Mannheim 1980, S. 11; FGW 2/1983; Politik in der Bundesrepublik, Februar 1983, Mannheim 1983, S. 48; FGW 2/1987; Politbarometer, Januar 1987, Mannheim 1987, S. 45.

hänger der beiden großen Parteien starke Bindungen zeigten, waren es 1983 und 1987 deutlich unter 50 Prozent der Anhänger beider Parteien, im Falle der SPD 1987 sogar weniger als 40 Prozent (s. Tabelle 9). Gleiches gilt für diejenigen, die 1987 eine liberale Wahlabsicht äußerten; von ihnen fühl-

ten sich gerade ein Viertel an die FDP gebunden. Demgegenüber bildeten sich, drittens, zusehends engere Bindungen der grünen Wähler an ihre Partei, entsteht bei mittlerweile der Hälfte von ihnen eine sicherlich mittelfristig stabile Parteiidentifikation.

Tabelle 9: Parteiidentifikation und Wahlabsicht bei den Bundestagswahlen 1980 bis 1987

Zweitstimmen-Wahlabsicht	Parteiidentifikation		
	1980	1983	1987
CDU/CSU	86,8	75,0	74,4
davon CDU/CSU sehr stark/stark	61,8	44,5	48,4
keine	7,8	17,2	18,1
FDP	54,0	45,7	26,9
davon FDP stark	25,6	9,3	14,2
SPD	18,3	13,5	7,4
CDU/CSU	3,0	22,1	20,6
keine	21,4	24,2	36,7
SPD	84,2	77,3	67,6
davon SPD sehr stark/stark	61,2	41,0	37,3
keine	9,9	14,8	22,0
GRÜNE		51,2	54,4
davon GRÜNE stark		36,8	35,8
SPD	13,7	14,3	6,8
CDU	8,3	—	1,9
keine	35,6	30,7	26,7

Lesehilfe: Z. B. identifizierten sich von denjenigen, die 1987 angaben, mit der Zweitstimme FDP wählen zu wollen, ganze 26,9 Prozent mit der FDP, 14,2 Prozent davon stark, jedoch 20,6 Prozent mit CDU/CSU.

Quelle: Wie Tabelle 8.

### III. Sozialstruktur und Wählerentscheidung

#### 1. Konfession, Beruf und Wählerverhalten

Zu beobachten sind diese Prozesse der Abnahme der Parteiidentifikation und der Lockerung der traditionell festen Bindungen der Wähler an die etablierten Parteien bei gleichzeitigem Aufbau einer grünen Parteiidentifikation spätestens seit Anfang der achtziger Jahre. Dennoch wird selbstverständlich das Verhalten großer Teile der Wählerschaft unverändert von den traditionellen Strukturmustern bestimmt. Die Wählerentscheidung in der Bundesrepublik ist auch heute noch maßgeblich determiniert erstens durch Konfessionsstruktur und (katholischer) Kirchenbindung sowie zweitens durch die sozio-ökonomische Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit bzw. durch die Scheidelinie zwischen sozialstaatlicher Umverteilung und Egalisierung auf dem einen und marktwirtschaftlicher Orientierung auf dem anderen Pol<sup>37)</sup>. Die wahlökologischen Daten in den Tabellen 10 und 11 bestätigen dies auch für diese Bundestagswahl. Sie machen zugleich die Unterschiede in Stadt und Land deutlich. So verfügt die CDU/CSU unverändert in den ländlichen Gemeinden über eindeutige Mehrheiten, die SPD ist hingegen in städtischen Gebieten stärker als die Union. Der Stimmenanteil der Union wird dabei um so größer, je höher der Katholikenanteil und desto geringer die Bevölkerungsdichte ist (s. Tabelle 10). Die Anteile der Sozialdemokraten verhalten sich dazu in etwa spiegelbildlich; sie sind um so höher, je niedriger der Katholikenanteil und desto stärker die Bevölkerungsdichte ist. Die sozial- und berufsstrukturelle Analyse des Wählerverhaltens führt zu ähnlichen Ergebnissen. Auch hier ist die fortdauernde Bedeutung struktureller Determinanten offenkundig: Die Sozialdemokraten haben ihre Hochburgen unverändert in städtischen Arbeitergebieten, die Unionsparteien in ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil an selbständig Erwerbstätigen (s. Tabelle 11).

<sup>37)</sup> Zu den sozio-politischen Konfliktlinien westdeutscher Politik vgl. meinen Beitrag: Wählerverhalten und Parteiensystem (Anm. 1), passim.

Tabelle 10: Konfessionsstruktur und Parteistärken, 1987

		Parteienteile 1987 und Veränderungen zur Wahl 1983 in %								
		CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		
		1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.	
Katholiken	Dichte der Bevölkerung									
	niedrig (bis 32 %)	niedrig	41,8	-4,6	40,4	-0,4	9,3	2,2	7,4	2,1
		mittel	40,5	-4,6	40,0	-0,7	10,1	2,2	8,1	2,3
		hoch	35,9	-3,2	43,2	-2,8	9,5	2,5	10,4	3,1
mittel (bis 61 %)	niedrig	50,4	-5,5	32,7	0,4	8,6	2,0	6,8	2,1	
	mittel	44,4	-4,7	35,9	-1,2	9,6	2,0	8,6	2,8	
	hoch	37,0	-3,8	44,2	-1,8	8,6	1,9	9,0	3,0	
hoch (bis 94 %)	niedrig	59,0	-5,5	24,6	-0,1	7,8	1,8	6,6	2,4	
	mittel	48,3	-5,4	33,5	-0,3	9,2	2,2	7,7	2,6	
	hoch	41,1	-4,1	36,5	-3,4	10,0	2,5	11,0	4,3	

Die Unterteilungen niedrig, mittel und hoch erfassen jeweils ein Drittel der Wahlberechtigten.

Quelle: FGW 45/1987 (Anm. 4), S. 22.

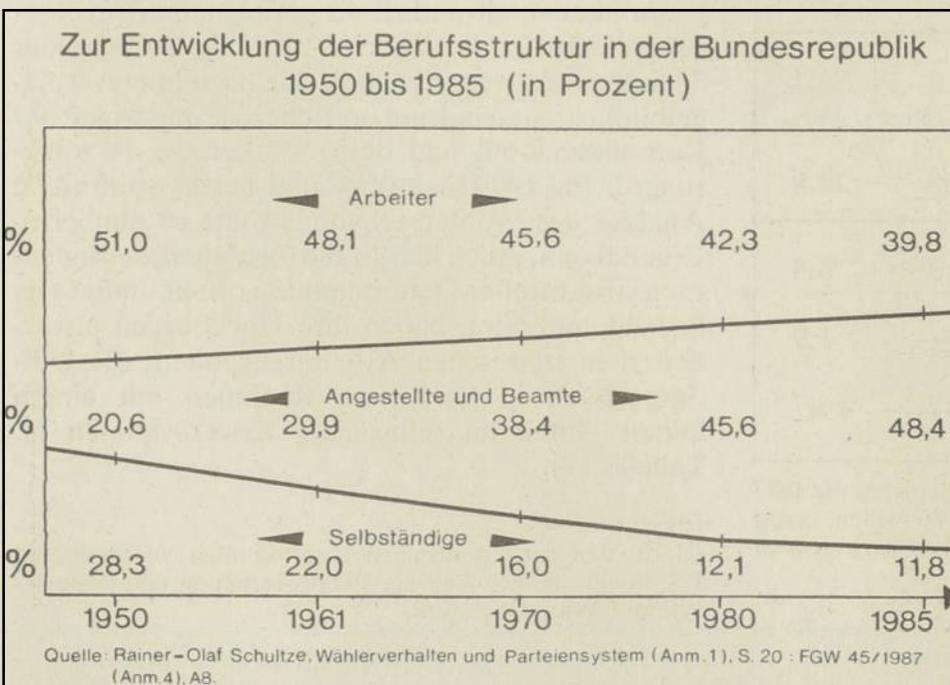
In Rechnung stellen muß man allerdings zwei sich wechselseitig verstärkende Wandlungsprozesse: Erstens den Wandel von der Industrie- zur postindustriellen oder auch Dienstleistungsgesellschaft, wie er ansatzweise in der Darstellung unten sichtbar wird, die den starken Rückgang der Arbeiter und Selbständigen sowie den außerordentlich starken Zuwachs an Beamten und Angestellten dokumentiert. Die Reduktion der traditionellen sozial-moralischen Milieus — was indes keineswegs ihre Auflösung meint — geht zweitens einher mit einer gewissen Nivellierung der extremen Hochburgen der beiden großen Parteien.

Betrachtet man die Veränderungen gegenüber der Wahl von 1983, so zeigt sich zunächst, daß die

Union in ländlichen Gebieten überdurchschnittlich verlor, während die Sozialdemokraten ihre allerdings stark unterdurchschnittlichen Stimmenanteile auf dem Lande in etwa halten konnten und in den Städten starke Einbußen hinnehmen mußten. Dabei fällt auf, daß die SPD ihren Stimmenanteil in Arbeitergebieten behauptete und in ländlichen Arbeitergegenden sogar geringfügig hinzugewann. Die Verluste der CDU/CSU liegen dort minimal über dem Durchschnitt (s. Tabelle 11).

Die entscheidenden Veränderungen fanden jedoch in den Wohngebieten mit überdurchschnittlicher Angestellten- und Beamten-Bevölkerung statt. Hier verloren beide Volksparteien vornehmlich zugunsten der jeweils kleinen Partei in den beiden

Lagern, die CDU/CSU stärker auf dem Lande als in den mittleren und in den großstädtischen Gebieten, die SPD vor allem im Dienstleistungsbereich der Mittel- und Großstädte. Parallel dazu fielen die Zugewinne von FDP und GRÜNEN aus. Die Liberalen gewannen am stärksten in ländlichen Regionen hinzu, die GRÜNEN insbesondere in städtischen Regionen, wobei ihre Zugewinne auf Kosten der SPD mit steigender Urbanisierung zunahmen — ein Trend, der bei dieser Wahl besonders nachdrücklich bestätigt wurde.



## 2. Wählerverhalten und Strukturwandel

Strukturell bedeutsam für die Veränderungen im Wählerverhalten sind also nicht nur die Reduktion der traditionellen Milieus, der Hochburgenabbau einerseits, der starke Zuwachs an Wählern aus den lohnabhängigen Mittelschichten andererseits. Mit den quantitativen Veränderungen gehen zugleich die Lockerung bestehender Loyalitäten, die Fragmentierung existenter Strukturen sowie Wandlun-

gen im Wertsystem einher; sie betreffen vor allem die Mittelschichten<sup>38)</sup>. Die Stimmenzuwächse der Sozialdemokraten seit Anfang der sechziger Jahre, die sie im Gefolge des Godesberger Programms aus dem Getto der 30 Prozent heraus und bis zur Regierungsübernahme im Jahre 1969 führten, werden dabei in aller Regel ebenso mit Wandlungstendenzen im politischen Verhalten der Mittelschichten in

<sup>38)</sup> Siehe ebenda.

Tabelle 11: Berufsstruktur und Parteistärken, 1987

		Parteianteile 1987 und Veränderungen zur Wahl 1983 in %								
		CDU/CSU		SPD		FDP		Grüne		
		1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.	1987	Diff.	
Arbeiter	Dichte der Bevölkerung									
	niedrig (bis 43 %)	niedrig	51,7	-5,1	29,7	-0,9	9,4	2,4	7,6	2,5
		mittel	46,5	-4,2	32,0	-2,3	10,9	2,5	9,1	3,0
		hoch	38,4	-3,1	38,1	-4,3	10,6	2,7	11,8	4,2
	mittel (bis 48 %)	niedrig	50,6	-5,2	33,2	0,4	8,1	1,7	6,7	2,2
		mittel	44,2	-4,9	35,6	-1,2	10,2	2,3	8,6	2,8
		hoch	38,4	-3,8	42,6	-1,7	8,7	2,0	9,1	3,0
	hoch (bis 60 %)	niedrig	48,5	-4,8	35,7	0,2	8,0	1,6	6,2	1,8
		mittel	44,4	-5,2	37,9	0,1	8,9	2,0	7,5	2,3
	hoch	35,3	-4,3	48,7	-0,2	7,4	1,7	7,5	2,3	
Angestellte und Beamte	Dichte der Bevölkerung									
	niedrig (bis 32 %)	niedrig	53,3	-5,1	30,5	0,1	8,0	1,7	6,5	2,1
		mittel	45,7	-5,4	35,3	-0,1	9,6	2,0	7,8	2,4
		hoch	41,9	-4,2	32,5	-3,5	12,9	3,0	10,8	3,5
	mittel (bis 40 %)	niedrig	46,0	-5,1	35,9	-0,2	9,4	2,2	7,5	2,3
		mittel	44,1	-5,0	37,5	-0,5	9,1	2,1	8,0	2,5
		hoch	34,7	-4,3	50,3	0,2	6,9	1,6	7,1	2,2
	hoch (bis 63 %)	niedrig	44,9	-4,8	35,5	-1,5	10,3	3,0	8,1	2,5
		mittel	44,7	-4,0	34,0	-2,2	11,1	2,5	8,9	2,9
	hoch	38,1	-3,4	40,3	-3,2	9,7	2,4	10,7	3,7	
Selbständige	Dichte der Bevölkerung									
	niedrig (bis 11 %)	niedrig	48,9	-5,8	32,2	-0,2	9,2	2,4	8,1	2,6
		mittel	41,4	-4,4	41,1	-0,4	8,8	1,9	7,5	2,0
		hoch	36,8	-3,8	43,8	-2,0	8,7	2,1	9,6	3,2
	mittel (bis 18 %)	niedrig	46,9	-4,7	36,0	-0,2	9,0	2,0	6,6	2,0
		mittel	44,3	-5,0	36,4	-0,8	9,8	2,2	8,2	2,6
		hoch	40,2	-3,1	36,1	-4,2	11,5	3,2	10,9	3,5
	hoch (bis 44 %)	niedrig	51,5	-5,2	31,5	-0,1	8,4	2,0	7,0	2,3
		mittel	47,7	-5,1	33,1	-0,7	9,4	2,0	8,1	2,6
	hoch	41,6	-3,6	35,5	-2,9	11,6	2,6	9,8	3,1	

Die Unterteilungen niedrig, mittel und hoch erfassen jeweils ein Drittel der Wahlberechtigten.

Quelle: FGW 45/1987 (Anm. 4), S. 20.

Verbindung gebracht wie das Entstehen der Ökologie- und Alternativbewegung seit der Mitte der siebziger und die Wahlerfolge der GRÜNEN seit Anfang der achtziger Jahre. Während man sich über den Zusammenhang als solchen in der westdeutschen Politikwissenschaft weithin einig ist, werden zur Erklärung des Wertewandels und der grünen Wahlerfolge in den Mittelschichten gleichermaßen vielfältige wie gegensätzliche Interpretationen angeboten. Für Roland Inglehart u. a. bildet der Wandel im Wertesystem (insbesondere bei den vom Wohlstand geprägten Nachkriegsgenerationen) hin zu postmateriellen Werten und damit der Gegensatz zwischen materialistischen und postmaterialistischen Werten die Basis der neuen, die traditionellen Konfliktmuster überlagernden Scheidelinie<sup>39)</sup>.

Mit Joachim Raschke u. a. sind es für den Autor hingegen die verschiedenen Defizite des Industriesystems, die den Wandel in den politischen Einstellungen und Verhaltensweisen ausgelöst haben, wobei sich der Wertewandel in dieser Perspektive als Wertekrise darstellt, die aus der Sinn- wie der Strukturkrise in den westlichen Industriesystemen folgt<sup>40)</sup>. Gemeinsam ist der vielfach diffusen Wachstums-, Industriesystem- und Technologiekrise

tik dabei sowohl die Einsicht in die ökologischen Grenzen der menschlichen Existenz, an denen das politische Handeln auszurichten sei, als auch ein erweiterter Partizipationsbegriff, der konventionelle wie unkonventionelle, repräsentativ- wie direktdemokratische Partizipationsformen miteinander kombiniert.

Diese beiden Elemente bilden die Grundlage für eine neue, ökologische Sichtweise von Politik; sie bestimmt als linker Pol der neuen, ökologischen Konfliktdimension seit Anfang der achtziger Jahre zusehends das politische Verhalten in der Bundesrepublik. Wie an anderer Stelle argumentiert, vertreten eine „grüne Parteipräferenz“ dabei vor allem solche Wähler aus den Mittelschichten, die in den Arbeitsprozeß (noch) nicht integriert sind (Schüler, Auszubildende, Studenten, arbeitslose Jungwähler, etc.) oder die (meist Angestellten-/Beamten-) Berufe im Reproduktionssektor ausüben, aber auch solche Wähler, deren selbständige Existenz und (Mittelklassen-)Status durch den technologischen Wandel bedroht sind. Die grüne Wählerschaft weist damit durchaus eine gemeinsame sozio-ökonomische Basis auf, die allerdings querliegt zum traditionellen Sozialkonflikt zwischen Kapital und Arbeit<sup>41)</sup>.

#### IV. Fazit: Wählerverhalten und Wandel des Parteiensystems

Diese Wahl ist trotz aller Veränderungen im Detail – wie eingangs als Hypothese formuliert – eine Wahl der Bestätigung gewesen. Bestätigt wurde

1. die Regierungskoalition aus Christdemokraten und Liberalen;
2. das seit Ende der siebziger Jahre entstandene bipolare Mehrparteiensystem mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit jenseits der Sozialdemokratie;
3. die Dekonzentration im Parteiensystem, verbunden mit dem Rückgang der Parteiidentifikation, insbesondere bei Sozialdemokraten und Unionsparteien, die Zunahme der Wählermobilität innerhalb der beiden Lager, deren Stärkeverhältnis selbst sich nur geringfügig änderte;

4. der Wahlerfolg der GRÜNEN von 1983, die zum zweiten Mal bei Bundestagswahlen die Sperrklausel übersprangen und die sich damit auch auf Bundesebene zumindest mittelfristig als ernst zu nehmende politische Kraft etablierten;

5. die fortdauernde Existenz der traditionellen, u. a. durch Konfessionsbindung oder gewerkschaftliche Organisation konstituierten Milieus, deren quantitative Bedeutung als Folge des sozialen und berufsstrukturellen Wandels zwar sinkt, die aber dort, wo sie bestehen, das Wählerverhalten weiterhin determinieren;

6. die seit Ende der siebziger Jahre erfolgte Erweiterung der tradierten zwei Konfliktmuster um den Ökologie-Konflikt, der insbesondere für die Wählerentscheidung in den Mittelschichten strukturierende Bedeutung erlangt hat. Damit bestimmen drei Konfliktlinien – die konfessionelle, die wohlfahrtsstaatliche und die ökologische – die Struktur des bundesrepublikanischen Parteiensystems. Schematisch ergibt sich das nebenstehende Schaubild.

Zumindest indirekt wurden bei dieser Bundestagswahl auch einige Grundmuster in der politischen Kultur der Bundesrepublik und im Prozeß des politischen Wandels bestätigt:

7. Bei Bundestagswahlen findet ein politischer Wechsel nur höchst selten statt. Im Gegensatz zur Wahlpraxis in vielen anderen westlichen Demokra-

<sup>39)</sup> Siehe Roland Inglehart, Wertewandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Helmut Klages/Peter Kmiecik (Hrsg.), Wertewandel und politischer Wandel, Frankfurt 1979, S. 279 ff.; Kai Hildebrandt/Russel J. Dalton, Die neue Politik, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, PVS 18 (1977), S. 230 ff.

<sup>40)</sup> Vgl. Joachim Raschke, Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, S. 23 ff.; Rainer-Olaf Schultze, Wählerverhalten und Parteiensystem (Anm. 1), passim.

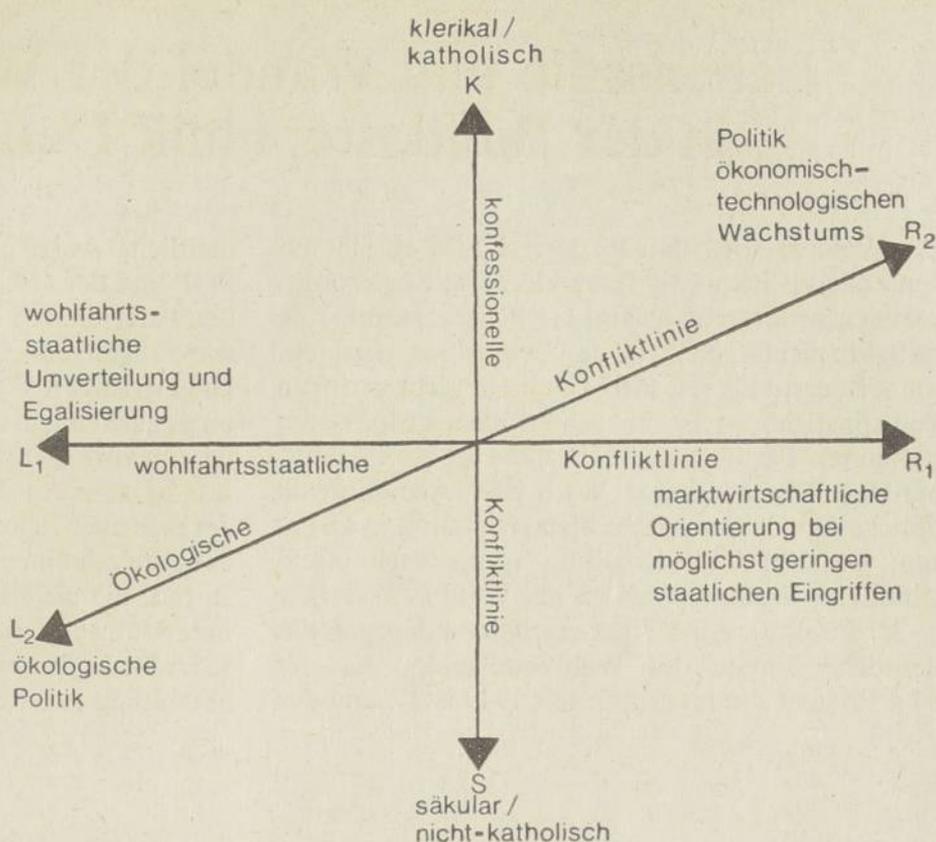
<sup>41)</sup> Siehe meine Analyse der Bayern-Wahl: Stabile Verhältnisse wie nachhaltige Veränderungen (Anm. 10).

ten werden Regierungen in der Bundesrepublik nicht abgewählt, sondern durch Koalitionswechsel parlamentarisch abgelöst. Dies betrifft nicht nur den Prozeß der Elitenzirkulation und den Wechsel des politischen Personals; es gilt für den Prozeß des politischen Wandels ganz allgemein.

8. Durchgesetzt haben sich Veränderungen in der bundesrepublikanischen Politik weder allein im Rahmen der etablierten Wahlpolitik noch ausschließlich auf der Ebene der Bundespolitik. Die Veränderungen vollzogen sich vielmehr – wie der Wandel im Parteiensystem seit der Zäsur der Jahre 1972 bis 1974 exemplarisch zeigt – in der Kombination von repräsentativ-demokratischer Wahlpolitik und direkt-demokratischer politischer Aktion<sup>42)</sup>.

9. Sie traten auch zunächst bei Kommunal- und Landtags- sowie bei der Europawahl von 1979 zutage, also bei Wahlen, denen üblicherweise nur nachrangige Bedeutung zugemessen wird; gerade bei solchen Wahlen aber scheint der Wähler in besonderem Maße zu kurzfristigen Experimenten und langfristigen Umorientierungen bereit zu sein. Diese Wahlen, die fälschlicherweise oft als „Nebenwahlen“<sup>43)</sup> bezeichnet werden, gewinnen nicht zuletzt hieraus

Abb. 3: Strukturkonflikte westdeutscher Politik



Quelle: Übernommen aus Rainer-Olaf Schultze, Wählerverhalten und Parteiensystem (Anm. 1), S. 41

ihre bislang stets unterschätzte eminente politische Bedeutung. Langfristige Strukturveränderungen im Wählerverhalten kündigen sich – wie bereits aus Anlaß der Bundestagswahl 1987 formuliert<sup>44)</sup> – bei Landtagswahlen an und haben nur dann Bestand, sofern sie bei Bundestagswahlen ratifiziert werden, was für die Wahlen von 1983 wie 1987 gleichermaßen gilt.

<sup>42)</sup> Siehe hierzu im Detail: Wahlen und politischer Wandel (Anm. 26), passim.

<sup>43)</sup> Vgl. Karl-Heinz Reif, Die „Nebenwahlen“. Einbußen der französischen Linken seit ihren Siegen von 1981, in: ZParl., 14 (1983), S. 195–205. Dieses aus der US-amerikanischen Wahlforschung entwickelte Konzept, u. a. auch zur

Interpretation der Europa-Wahlen, vermag ebenso wenig zu überzeugen wie die vielen anderen Hypothesen zum Verhältnis von Bundes- und Landtagswahlen. Systematische Untersuchungen fehlen bislang.

<sup>44)</sup> Siehe: Wählerverhalten und Parteiensystem (Anm. 1), passim.

# Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Das Wahlergebnis vom 25. Januar 1987 enthält auf den ersten Blick wenig Dramatik. Die Regierungsparteien verloren insgesamt 2,4 Prozentpunkte, die im Saldo nicht einmal voll den Oppositionsparteien, sondern erstmals seit 1969 zu einem nicht geringen Teil sonstigen, meist im rechten Parteienspektrum stehenden Parteien zugute kamen (+0,9 Prozentpunkte). Der nach einer hoch gewonnenen Wahl übliche Oppositionseffekt hielt sich damit in Grenzen. Die SPD/FDP-Koalition verlor nach ihrem guten 72er Wahlergebnis bei der Wahl 1976 stärker (-3,7 Punkte). Auffälliger erscheinen dagegen das deutliche Sinken der Wahlbeteiligung, die mit 84,4 Prozent die niedrigste seit 1949 ist<sup>1)</sup>, und das

deutliche Ansteigen der Zweitstimmenanteile der FDP und der GRÜNEN zu Lasten der beiden großen Parteien. Ich vertrete die These, daß diese Entwicklungen erste, sehr schwache Anzeichen von längerfristigen Wandlungstendenzen sind, die sich unerschwerlich in der Wählerschaft vollzogen haben und im vorliegenden Wahlergebnis nur sehr unvollständig zum Ausdruck kommen: Die Wählerschaft der achtziger Jahre ist flexibler geworden. Wir haben es heute mit einem wachsenden Anteil von Wählern zu tun, die die Parteien nicht mehr dauerhaft loyal unterstützen, sondern die immer bewußter, taktischer, beweglicher, kurzfristiger und schließlich auch enthaltungsbereiter ihre Wahl treffen<sup>2)</sup>.

## I. Der flexible Wähler

Zwei empirische Befunde weisen auf die gewachsene Flexibilität der Wählerschaft hin: Der Wechselwähleranteil ist, wie Umfrageergebnisse des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen, in den achtziger Jahren deutlich gestiegen<sup>3)</sup>. Standen 1980 — statistisch gesehen — zehn Stammwählern nur vier Wechselwähler gegenüber, so kamen bei der Bundestagswahl 1987 auf zehn Stammwähler bereits acht Wechselwähler. Relativ zu den Stammwählern hat sich damit der Wechselwähleranteil etwa verdoppelt. Außerdem machen die Wähler von Wahl zu Wahl zunehmend Gebrauch vom Stimmensplitting. Bezogen auf die jeweilige Gesamtwählerschaft (gültige Zweitstimmen) ist der Splittingwähleranteil seit der Bundestagswahl 1961 von 6,5 Prozent auf 11,6 Prozent bei der Bundestagswahl 1983 angestiegen<sup>4)</sup>. Die Netto-

Differenzen zwischen Erst- und Zweitstimmen der Parteien deuten auch bei der Wahl 1987 auf ein großes Ausmaß an Stimmensplitting hin.

Die in diesen beiden Befunden erkennbare Flexibilisierung der Wählerschaft hat vielfältige subjektive Ursachen, von denen die wichtigsten hier nur stichwortartig angedeutet werden können:

a) Die Einschätzung des Parteiensystems hat sich gewandelt. Der Trend der sogenannten „etablierten“ Parteien CDU/CSU, SPD und FDP zu Volksparteien hat ihre Politik aus der Sicht der Wähler immer ähnlicher und damit weniger unterscheidbar gemacht. Darüber hinaus haben die mehrfachen Regierungswechsel im Bund und in den Ländern gezeigt, daß alternierende Regierungen bislang jedenfalls keine dramatischen Kurskorrekturen beinhalteten, sondern daß die zentralen Linien der Politik im wesentlichen beibehalten und weitergeführt wurden. Ein Wechsel in der Wahlentscheidung oder auch Stimmenthaltung wird in dieser Situation weniger als Risiko betrachtet, als in jenen Zeiten, in denen die Parteien noch heftig über die Soziale Marktwirtschaft, die Westintegration oder die Ostpolitik stritten. Die Wahlentscheidung verlagert sich so mehr und mehr von einer grundsätzlichen zu einer kurzfristigen Entscheidung, die ebenso kurzfristig bei der folgenden Wahl korrigiert werden kann.

Noch bedeutsamer ist die Erweiterung des Parteiensystems. Das Auftreten der GRÜNEN im Parteiensystem hat dem Wähler nicht nur eine zusätzliche

<sup>1)</sup> Nach Ansicht der Forschungsgruppe Wahlen wird die Wahlbeteiligung allerdings vermutlich unterschätzt, weil die Zahl der Wahlberechtigten zu hoch angesetzt wird. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V., Bundestagswahl 1987. Eine Analyse der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Nr. 45, 28. Januar 1987, S. 28.

<sup>2)</sup> Vgl. H.-J. Veen, Auch Zufall hatte die Hand im Spiel. Parteibindungen nehmen ab, koalitionspolitisches Wählen nimmt zu, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 5, 30. Januar 1987.

<sup>3)</sup> Vgl. H.-J. Veen/K.-H. Dittrich/C. A. Fischer/H. Fogt/P. Gluchowski/J. Graf/D. Noetzel, Die Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 — Eine erste Analyse, hektographiertes Manuskript, Sankt Augustin, 26. 1. 1987.

<sup>4)</sup> Quelle: Berechnungen aufgrund der Repräsentativen Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden. Für die Zusammenstellung danke ich Claus A. Fischer.

Wahlalternative angeboten, die die Wechselwahrscheinlichkeit erhöht. Vielmehr ist — im Zusammenhang mit dem 82er Koalitionswechsel der FDP — im Parteiensystem eine Blockbildung entstanden. Das Parteiensystem besteht heute aus zwei Lagern, bei denen der Wechsel innerhalb der Lager leichter fällt als der Wechsel zwischen den Lagern. Wie Tabelle 1 zeigt, ist diese Lagerbildung auf der Wählerebene deutlich sichtbar.

Bereits im Herbst 1986 gab es relativ große Randwählerschaften innerhalb des Regierungslagers von CDU/CSU und FDP einerseits und des Oppositionslagers von SPD und GRÜNEN andererseits<sup>5)</sup>. Mit zunehmender Nähe zum Wahltermin verstärkte sich die Blockbildung dadurch, daß der Randwählerbereich zwischen Regierung und Oppositionsparteien schrumpfte. Kurz vor der Wahl waren die Randwählerbereiche innerhalb der Lager insgesamt größer als die Randwählerschaft zwischen den Lagern. In diesen Bereichen fiel die Wahl der kleinen Parteien aus bewußt koalitions- oder auch oppositionspolitischen Überlegungen leicht, weil man damit die Mehrheitsverhältnisse nicht aufs Spiel setzte<sup>6)</sup>.

b) Durch langfristigen sozialen Wandel läßt die Prägestkraft der Sozialstruktur auf die Wahl der großen Parteien nach. Zwar hat die CDU/CSU übereinstimmenden Längsschnittanalysen zufolge nach wie vor ihre starke Verankerung in den kirchlich gebundenen katholischen Bevölkerungsteilen und den Selbständigen aus dem alten Mittelstand behalten, und die SPD kann weiterhin auf Rückhalt im klassischen Arbeitermilieu und bei Arbeitnehmern mit Gewerkschaftsbindung rechnen<sup>7)</sup>. Aber die Anteile dieser Bevölkerungsgruppen haben sich im Zeitablauf, hauptsächlich durch Generationenwechsel, deutlich verringert<sup>8)</sup>. Gewachsen sind

Tabelle 1

**Wählerlager und Wählerpotentiale**

	Okt. 1986 %	Jan. 1987 %
CDU-CSU-Potential	33	33
Randpotential CDU/CSU-FDP	9	11
FDP-Potential	2	2
Randwählerbereich zwischen Regierung und Opposition	19	15
SPD-Potential	21	24
SPD-FDP-Randpotential	12	9
Grünen-Potential	5	6

dagegen diejenigen Wählergruppen, die keine historisch etablierten Bindungen an die Parteien aufweisen, wie z. B. die weder kirchlich noch gewerkschaftlich gebundene neue Mittelschicht. Gerade in diesen Gruppen konnte eine erhebliche Flexibilität des Wählerverhaltens festgestellt werden<sup>9)</sup>.

c) Der Wandel von Wertorientierungen, der seit Mitte der sechziger Jahre auch in der Bundesrepublik stattfindet, hat zu einer stärker politisch interessierten und involvierten Wählerschaft geführt, die nicht mehr so stark nach gewachsenen Parteibindungen entscheidet, sondern zunehmend politische Themen und Lebensstile jenseits der traditionellen Weltanschauungen und sozialen Herkunft zum Gegenstand ihrer Wahlentscheidung macht. Der Wertewandel vollzieht sich nach einer These von Ronald Inglehart insbesondere bei jüngeren Wählern von traditionell-konservativen Pflicht- und Akzeptanzwerten („materialistic values“) hin zu fortschrittlich-gesellschaftskritischen Freiheits- und Entfaltungswerten („postmaterialistic values“) und schlägt sich sowohl in den einzelnen persönlichen Lebensbereichen der Wähler als auch in entsprechenden Anforderungen an die Politik nieder<sup>10)</sup>. Die zunehmende persönliche Freiheits- und Entfaltungsorientierung hat so ihre Parallelen in der Abwendung von Themen der Wirtschaftsstabi-

5) Die Typologie wurde im Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung maßgeblich von Jutta Graf auf der Grundlage von Parteisympathieskalometern entwickelt. Als Randwähler werden Wähler mit etwa gleich großen Sympathien für mehrere Parteien definiert. Eine ausführliche Darstellung der Wählerpotentiale im Rahmen einer Analyse der Bundestagswahl 1987 ist in Vorbereitung.

6) Meinungsumfragen zeigen, daß die Gefahr eines Scheiterns der FDP und der GRÜNEN an der 5%-Klausel für die Wähler weit weniger gegeben war als vor der Bundestagswahl 1983. Die Zweitstimmenzuwächse dieser Parteien sind folglich kaum als „Leih-“ oder „Stützstimmen“ zu deuten.

7) Vgl. H.-D. Klingemann, West Germany, in: I. Crewe/D. Denver (Eds.), Electoral Change in Western Democracies, London 1985, S. 230–263; F. U. Pappi, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß, Opladen 1986, S. 369–384, sowie die graphischen Darstellungen bei H.-J. Veen/P. Gluchowski, Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD von 1959 bis 1983. Eine Fortschreibung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 14 (1983) 4, S. 545–555.

8) Im Zeitraum von 1950 bis 1985 ist der Arbeiteranteil von 51 auf 40% und der Selbständigenanteil von 28 auf 12% gesunken. Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Die Anzahl der katholischen Kirchenbesucher ging von

1953 bis 1978 (bezogen auf die katholischen Kirchenmitglieder) von 50 auf 30% zurück. Quelle: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland.

9) Vgl. H.-D. Klingemann (Anm. 7).

10) Vgl. R. Inglehart, The Silent Revolution, Princeton 1977. Ingleharts Konzept ist in jüngster Zeit heftig kritisiert worden. Zur Diskussion dieser Kritik und zur Bestätigung der Wertewandel-These vgl. R. J. Dalton, Wertewandel oder Wertwende. Die neue Politik und Parteienpolarisierung, in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Anm. 7).

lität und der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Hinwendung zu Themen der „neuen Politik“, wie z. B. Umweltschutz, Abrüstung, Entspannungspolitik und Verzicht auf Kernenergie<sup>11)</sup>. Charakteristischerweise stammen die besonders

freiheits- und entfaltungsorientierten jungen Menschen gerade aus Elternhäusern derjenigen neuen Mittelschichten, die den klassischen sozialen Spannungslinien ohnehin nicht mehr besonders stark verbunden sind.

## II. Lebensstil-Gruppierungen in der Bundesrepublik

Da angenommen werden muß, daß die skizzierten Wandlungsprozesse die traditionellen sozialen und politischen Spannungslinien überlagern oder verwischen, wird es für die Wahlforschung nicht nur notwendig, die vorhandenen sozialstrukturellen Wählertypologien weiter zu entwickeln<sup>12)</sup>, sondern zusätzlich durch Wählertypologien zu ergänzen, die die Lebensziele, Werthaltungen und Lebensweisen der Wähler erfassen und damit weiteren Aufschluß über ihre politische Motivations- und Bedürfnisstruktur geben. Ein solcher Lebenswelt-Ansatz wurde in der Bundesrepublik erstmals vom SINUS-Institut (Heidelberg) in einer Auftragsarbeit für die SPD auf die politische Verhaltensforschung angewendet. SINUS definiert acht „soziale Milieus“, die sich nicht nur klar in ihren Lebenswelten, sondern teilweise auch sehr stark in ihren Parteipräferenzen unterscheiden<sup>13)</sup>. Das Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Jahre 1986 einen ähnlichen Ansatz entwickelt, der die Betrachtung von Lebensstilen der Wähler zum Gegenstand hat. Der Begriff „Lebensstil“ wird dabei sehr weit gefaßt und beinhaltet sowohl die die persönliche Lebensweise bestimmenden Grundorientierungen und Verhaltensweisen in den zentralen Lebensbereichen Berufswelt, Familie und Freizeit als auch Einstellungen zu solchen weiteren Lebensbereichen, die für das individuelle Verhalten Bedeutung erlangen können<sup>14)</sup>. Im einzelnen gehen folgende Bereiche in die Lebensstil-Typologie ein:

### Grundorientierungen

#### – Lebensziele

<sup>11)</sup> Zur Entwicklung der „Neuen Politik“-Dimension vgl. K. L. Baker/R. J. Dalton/K. Hildebrandt, *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge (Mass.) 1981, insbes. Kap. 6.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Ursula Feist und Hubert Krieger in dieser Ausgabe.

<sup>13)</sup> Die Studie ist unter dem Titel „Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD“ durch die Presse gegangen. Sie wurde bisher nicht veröffentlicht. Die Typologie, die von SINUS auch im Bereich der Markt- und Konsumforschung verwendet wird, ist jedoch dokumentiert in: Spiegel-Verlag Rudolf Augstein (Hrsg.), *Outfit – Kleidung, Accessoires, Duftwässer*, Hamburg 1986.

<sup>14)</sup> Wir vermeiden den von SINUS benutzten Begriff der sozialen Milieus vor allem deshalb, weil sich die von uns verwendete Erhebungsmethode (repräsentative standardisierte Bevölkerungsbefragung) zur Erfassung dieser Eigenschaften, und Einstellungen auf Individuen und nicht auf soziale oder räumliche Kontexte bezieht.

(z. B. sozialer Aufstieg, harmonisches Familienleben, Entfaltung der eigenen Persönlichkeit)

#### – Persönliche Wertorientierungen

(konservativ-traditionelle Pflicht- und Akzeptanzwerte [„materialistische Werte“], wie z. B. Leistung, Heimat, Sparsamkeit, Treue versus fortschrittlich-gesellschaftskritische Freiheits- und Entfaltungswerte [„postmaterialistische Werte“] wie Selbstverwirklichung und freie Meinungsäußerung)

#### – Persönlichkeitsstärke

(z. B. Durchsetzungsfähigkeit, Verantwortungsbereitschaft)

### Haltung in zentralen Lebensbereichen

#### – Berufswelt

(z. B. Karriereorientierung, Einkommensorientierung, Orientierung an Arbeitsinhalten)

#### – Familie

(z. B. traditionelle Rollenverteilung versus partnerschaftliche Familienführung)

#### – Freizeit

(Freizeitbedürfnisse, z. B. gesellige Freizeit, familienorientierte Freizeit, kulturelle Freizeitbedürfnisse)

### Zusätzliche Einstellungsbereiche

#### – Konsum- und Modeorientierung

– Einstellungen zur modernen Technik und zum technischen Fortschritt

#### – Religiosität

– Einstellungen zu Staat, politischen Institutionen und Politik

Die Zusammenschau dieser einzelnen Grundorientierungen, Lebenshaltungen und Einstellungen in den verschiedenen Lebensbereichen ergibt den individuellen Lebensstil eines Wählers<sup>15)</sup>. Wähler

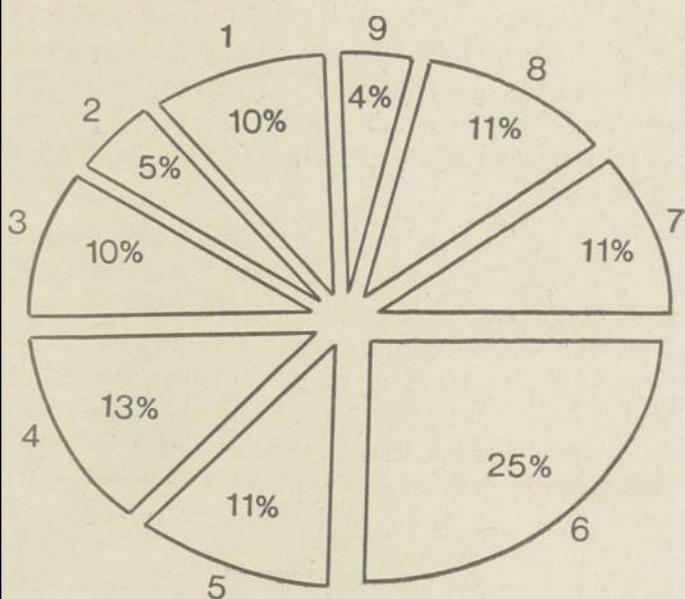
<sup>15)</sup> Insgesamt wurden 100 einzelne Einstellungen für die Definition von Lebensstilen verwendet. Diese wurden aus einer weit größeren Anzahl extrahiert. Zunächst führte das MARPLAN-Institut, Offenbach, dazu eine Vorstudie durch. Die dort entwickelten Fragebogenitems wurden in Zusam-

mit ähnlichen Lebensstilen werden mit Hilfe statistisch-mathematischer Verfahren gruppiert<sup>16)</sup>. Das Ergebnis sind die in Schaubild 1 dargestellten Lebensstil-Gruppierungen:

Schaubild 1

### Lebensstil-Gruppierungen

1. Der aufstiegsorientierte jüngere Mensch
2. Der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch
3. Der linksliberale, integrierte Postmaterialist
4. Der unauffällige, eher passive Arbeitnehmer
5. Der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer
6. Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger
7. Der gehobene Konservative
8. Der integrierte ältere Mensch
9. Der isolierte alte Mensch



Die einzelnen Lebensstil-Gruppierungen lassen sich wie folgt charakterisieren<sup>17)</sup>:

menarbeit mit dem GETAS-Institut, Bremen, noch einmal wesentlich überarbeitet, durch neue Instrumente ergänzt und in einer großen Repräsentativuntersuchung mit 5 000 Befragten im März 1986 getestet. Den Mitarbeitern von GETAS, insbesondere Frau Barbara von Harder, sind wir für die intensive Beratung bei der Nutzung des Lebensstil-Ansatzes sehr dankbar.

<sup>16)</sup> Verwendet wurden Faktoren- und Clusteranalysen.

<sup>17)</sup> Die Beschreibung basiert auf Daten einer Wiederholungsbefragung, die im Spätherbst 1986 bei 3 000 wahlberechtigten Bundesbürgern durchgeführt wurde. Um eine möglichst plastische und umfassende Charakterisierung der einzelnen Gruppen zu erreichen, wird bei der Beschreibung nicht nur auf die gruppenbildenden („aktiven Variablen“), sondern zusätzlich auf sozialstrukturelle Merkmale und weitere Einstellungen („passive Variablen“) zurückgegriffen.

## 1. Der aufstiegsorientierte jüngere Mensch (10 Prozent)

Aufstiegsorientierte jüngere Menschen stehen in der Aufbauphase ihres Lebens. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 33 Jahren. Der überwiegende Teil ist bereits verheiratet oder hat eine feste Partnerbindung und nicht selten schon Kinder. Etwa ein Fünftel befindet sich dagegen noch in Berufsausbildung. Die Berufstätigen arbeiten meist in Angestelltenverhältnissen, die eine mittlere Bildung voraussetzen.

Für aufstiegsorientierte jüngere Menschen steht die Gestaltung ihres zukünftigen Lebens im Vordergrund. Ihr vorrangiges Lebensziel ist es, ein sinnerfülltes, geordnetes Leben zu führen, das intensiven Lebensgenuss erlaubt. Beruflicher Erfolg, eine gesellschaftlich anerkannte Stellung und der Erwerb von Besitz und Eigentum werden als Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels angesehen. Entsprechend dieser Lebensziel-Konstellation fallen die persönlichen Wertorientierungen aus, die sich als Mischung von konservativ-traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerten sowie von Freiheits- und Entfaltungswerten darstellen. Bei aufstiegsorientierten jüngeren Menschen bilden Leistungsbereitschaft und Disziplin die Grundlage ihrer Lebensentwürfe, auf der sie sich auf die Suche nach neuen Lebensorientierungen mit ausgeprägten Selbstverwirklichungsansprüchen begeben.

Diese Lebensstil-Gruppierung fühlt sich sehr persönlichkeitsstark, kann sich gut durchsetzen und übernimmt gern Verantwortung. In der Berufswelt dominieren daher Karriere-, Leistungs- und Einkommensorientierung. Man möchte erfolgreich sein und schneller vorwärtskommen als andere. Der Beruf gilt als Statusmerkmal.

Im Familienbild dominiert ein partnerschaftlicher Familienstil, der die Berufstätigkeit der Frau und eine gemeinsame Erledigung haushaltsbezogener Tätigkeiten einschließt. Dieser Stil erstreckt sich auch auf die Kindererziehung; vorrangiges Erziehungsziel ist die Selbständigkeit der Kinder. Die Freizeitorientierung ist sehr stark. Dabei herrscht ein großes Bedürfnis nach außergewöhnlichen Erlebnisinhalten vor. In der relativen Bedeutung der Bereiche Beruf, Familie und Freizeit stehen der Beruf und die Freizeit weithin gleichwertig nebeneinander; die Familie hat einen geringeren Stellenwert. Berufarbeit dient allerdings auch als Mittel zur Finanzierung der Freizeitinteressen und damit der Befriedigung von Selbstverwirklichungsbedürfnissen in der Freizeit. Im Rahmen einer ausgeprägten Mode- und Konsumorientierung wird auf eine gepflegte äußere Erscheinung großen Wert gelegt. Die Kleidung dient häufig als Statusmerkmal.

Technischer Fortschritt wird für relativ wichtig gehalten. Im wesentlichen wird keine Bedrohung der Menschheit durch die moderne Technik gese-

hen. Nur wenige Menschen dieser Gruppe sind religiös. Politik hat ebenfalls keinen großen Stellenwert. Die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Vertrauen in den Staat ist — bei eher mäßigem politischen Interesse — groß, ein über die Wahlteilnahme hinausgehendes politisches Engagement dagegen eher selten.

## **2. Der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch (5 Prozent)**

Postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Menschen leben überdurchschnittlich häufig in Groß- und Universitätsstädten und befinden sich noch in Schul- oder Berufsausbildung oder im Studium. Nur etwa ein Drittel ist bereits berufstätig — meist im öffentlichen Dienst, wo sie ein relativ hohes Einkommen erzielen. Die Angehörigen dieser Lebensstil-Gruppierung haben von allen hier betrachteten Gruppen den höchsten Bildungsgrad (über 75 Prozent Abitur oder Hochschulbildung; nur 13 Prozent Hauptschulabschluß). Ihr Durchschnittsalter beträgt 28 Jahre. Entsprechend des geringen Alters und der längeren Bildungsgänge sind sie seltener verheiratet und haben seltener Kinder als die aufstiegsorientierten jüngeren Menschen. Diese Lebenszyklus-Position erlaubt ihnen eine große persönliche Unabhängigkeit.

Ihre vorrangigen Lebensziele sind die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und die Suche nach neuen Lebensformen und -inhalten, die häufig mit entsprechenden Ansprüchen an die Gesellschaft verbunden werden. Eine Ziel-Mittel-Relation zwischen beruflichem Erfolg und der Verwirklichung dieser Ziele ist — anders als bei der vorher betrachteten Gruppe — nicht erkennbar. Dementsprechend ist die persönliche Wertestruktur nahezu ausschließlich auf fortschrittlich-gesellschaftskritische Freiheits- und Entfaltungswerte wie Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung und freie Meinungsäußerung ausgerichtet. Konservativ-traditionelle Werte werden ebenso wie alle Werte, die mit gesellschaftlichem Ansehen in Verbindung stehen, entschieden abgelehnt.

Postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Menschen haben eine große Persönlichkeitsstärke. Sie versuchen häufig, andere Menschen von ihrer Meinung zu überzeugen, übernehmen gerne Verantwortung und sind — insbesondere bei Aufgaben, die sie für politisch-gesellschaftlich bedeutsam halten — sehr zäh in der Verfolgung ihrer Ziele. Die berufliche Tätigkeit wird vor allem als Mittel zur Selbstentfaltung angesehen. Intrinsische Arbeitsmotive wie eine interessante Tätigkeit und selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten nehmen einen hohen Stellenwert ein. Die Höhe des Einkommens ist eher sekundär. Beruflicher Erfolg wird nicht als Karriere angestrebt, sondern als persönliche Befriedigung, Entfaltung und Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten empfunden.

Die Einstellungen zur Familie tragen stark partnerschaftlich-emanzipatorische Züge. Man wünscht sich eine gute Partnerschaft, die auch Kinder hervorbringen kann, ohne daß dies durch eine Ehe sanktioniert sein muß. Der Stil einer solchen Lebensgemeinschaft sollte nach weitverbreiteten Vorstellungen in dieser Gruppe durch eine gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner, eine partnerschaftliche Haushaltsführung ohne die traditionelle Rollenverteilung und eine Kindererziehung geprägt sein, in der auch die Kinder als gleichberechtigte Partner angesehen werden.

Die Freizeitinteressen und -bedürfnisse sind vielseitig. Man schätzt es, in der Freizeit mit anderen Menschen zusammenzukommen, geistige Anregungen und Impulse zu erhalten und sich für die Gesellschaft einzusetzen. Freie Zeit wird häufig für politisches Engagement verwendet. Darüber hinaus spielt Lebensgenuß in der Freizeit eine große Rolle. Die Freizeit besitzt den klaren Vorrang vor der Familie und dem Beruf. Man ist kaum bereit, freie Zeit für die Berufsarbeit zu opfern, strebt vielmehr einen Beruf an, der viel Freizeit ermöglicht. Berufliche Interessen werden auch den Interessen der Familie untergeordnet. Die Konsum- und Modeorientierung ist nur schwach ausgeprägt. Man gibt sich betont natürlich und einfach und legt kaum Wert auf eine gute äußere Erscheinung. Dem technischen Fortschritt steht man ablehnend gegenüber, weil man große Gefahren für die Menschheit in ihm sieht.

Postmateriell-linksalternativ eingestellte junge Menschen sind beinahe antireligiös. Die Abneigung gegen die Kirchen ist groß. Politik hat für sie dagegen eine außerordentlich große Bedeutung. Ihr politisches Interesse ist stark und tritt häufig als Systemkritik auf. Die Unzufriedenheit mit dem politischen System und besonders das Mißtrauen gegenüber dem Staat sind im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt sehr groß. Gleichzeitig herrscht eine deutliche linksideologische Einstellung vor (auf der Links-Rechts-Skala ordnen sich fast drei Viertel als „links“ ein). Zu dieser linksideologischen Systemkritik gehört auch, daß plebiszitär-demokratische Vorstellungen weit verbreitet sind. Es wird sehr häufig die Auffassung vertreten, daß Politiker nur dann die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, wenn sie von den Bürgern dazu gezwungen werden. Innerparteiliche Auseinandersetzungen werden für ein besonders gutes Zeichen der Demokratie gehalten.

## **3. Der linksliberale integrierte Postmaterialist (10 Prozent)**

Angehörige dieser Lebensstil-Gruppierung ähneln in vielen Aspekten den postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen, weisen aber in verschiedenen Einstellungs- und Verhaltensberei-

chen charakteristische Besonderheiten auf, die sie als spezielle Gruppe konstituieren.

Sozialstrukturell unterscheiden sie sich von der vorgenannten Gruppe vor allem durch ein höheres Alter und eine fortgeschrittenere Position im Lebenszyklus. Sie haben ihre berufliche Ausbildung meistens abgeschlossen, sind verheiratet oder leben mit einem Partner zusammen und haben häufiger Kinder. Ihr Bildungsniveau ist das zweithöchste aller Lebensstil-Gruppierungen (43 Prozent Abitur). Beruflich sind sie stark überdurchschnittlich im Angestellten- und Beamtenverhältnis tätig – überwiegend im öffentlichen Dienst und dort häufig in verantwortlicher oder leitender Position mit sehr hohem Einkommen. Linksliberale integrierte Postmaterialisten leben ebenfalls überdurchschnittlich häufig in Großstädten.

Unter ihren Lebenszielen ragen Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung hervor, werden zugleich jedoch durch das Streben nach harmonischen Partner- und Familienbeziehungen und nach beruflichem Erfolg ergänzt. Darüber hinaus spielt die Gestaltung von sozialen Beziehungen in Freundeskreisen eine große Rolle. In seiner Wertestruktur ähnelt der linksliberale integrierte Postmaterialist dem postmateriell Linksalternativen; fortschrittlich-gesellschaftskritische Freiheits- und Entfaltungswerte stehen im Vordergrund. Allerdings besteht hier der wichtige Unterschied, daß die ausgeprägte Polarisierung zwischen Pflicht- und Akzeptanzwerten sowie Freiheits- und Entfaltungswerten fehlt und hedonistische Züge nicht so ausgeprägt vorhanden sind. Darüber hinaus sind Werte, die mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in Verbindung stehen, sehr wichtig.

Die Mitglieder dieser Lebensstil-Gruppierung sind ausgesprochen persönlichkeitsstark. Sie können sich gut durchsetzen, haben eine hohe Überzeugungskraft und übernehmen gerne Verantwortung. Bei weithin gesicherter Berufsposition auf gehobenem Niveau wird auch im Beruf die Selbstentfaltung als besonders wichtig angesehen. Die berufliche Tätigkeit soll vor allem inhaltlich interessant sein, den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechen und selbständiges Arbeiten ermöglichen. Andere Menschen beurteilt man im Beruf nicht nach ihrer Position, sondern nach der Qualität der Arbeit, die sie leisten. Karrierestreben und beruflicher Wettbewerb werden ebenso wie eine ausschließlich materielle Berufsorientierung abgelehnt.

In der Familie herrscht ein partnerschaftlicher Familienstil vor. Man setzt sich sehr für die Berufstätigkeit der Frau ein und teilt sich die Arbeit im Haushalt und die Kindererziehung. Die Liberalität der Partnerbeziehung drückt sich auch darin aus, daß die Partner gelegentlich verschiedene Freundeskreise pflegen und getrennte Freizeitaktivitäten entwickeln. Man versucht seinen Kindern das

Gefühl zu vermitteln, als gleichberechtigte Partner ernst genommen zu werden. In ihrer Freizeit, der eine hohe, wenn auch nicht zentrale Bedeutung zukommt, widmen sich die Angehörigen dieser Gruppierung vor allem geistigen, kulturellen und sozialen Tätigkeiten.

Im Spannungsfeld zwischen Beruf, Familie und Freizeit hat der Beruf eine besondere Bedeutung. Die Trennungslinien zwischen Beruf und Freizeit verwischen. Man beschäftigt sich am Feierabend gern weiter mit Problemen aus dem Arbeitsbereich und bringt Freizeitopfer für den Beruf. Auch die Interessen der Familie werden beruflichen Interessen untergeordnet. Man ist nicht besonders mode- und konsumorientiert, legt aber Wert auf solide Kleidung. Kleidung als Prestigeobjekt ist nicht gefragt. Man betreibt hier eher Understatement.

Dem linksliberalen integrierten Postmaterialisten fehlt die ausgeprägte Aversion gegen den technischen Fortschritt, die den linksalternativen Postmaterialisten kennzeichnet. Er zweifelt allerdings daran, daß technischer Fortschritt auf Dauer den Wohlstand sichern kann und betont Gefährdungen durch die moderne Hochtechnologie. Ebenso fehlt ihm die ausgeprägt antireligiöse Haltung der Postmateriell-Linksalternativen, obwohl auch er wenig religiös ist.

Das politische Interesse der linksliberalen integrierten Postmaterialisten ist ausgesprochen hoch. Im Unterschied zu den Postmateriell-Linksalternativen sind sie aber durchaus mit dem politischen System zufrieden und unterscheiden sich ebenso deutlich von ihnen in den ideologischen Einstellungen. Ihre Position auf der Links-Rechts-Skala ist nicht so linksextrem, sondern eher linksliberal. Obwohl sie dem Staat kritisch gegenüberstehen, unterstützen sie ihn. Stark verbreitet ist die Auffassung, daß eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft und der Politik nötig sei. Deshalb wird ein kritikloses Respektieren der staatlichen Ordnung abgelehnt und eine starke Bürgerbeteiligung gefordert. Um dies zu erreichen, ist man häufig bereit, sich selbst aktiv politisch zu engagieren.

#### **4. Der unauffällige, eher passive Arbeitnehmer (13 Prozent)**

Unauffällige, eher passive Arbeitnehmer leben überdurchschnittlich häufig in Großstädten. Im Gegensatz zu den vorher betrachteten Gruppen sind in dieser Gruppe keine ausgeprägten lebenszyklischen Schwerpunkte zu erkennen. Tendenziell sind unauffällige, eher passive Arbeitnehmer jedoch etwas jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt (Durchschnittsalter: 34 Jahre). Charakteristisch für diese Gruppe ist ihr relativ niedriger Bildungsgrad. Zwei Drittel haben einen Hauptschulabschluß. Die Berufstätigen sind vorwiegend Arbeiter oder einfache Angestellte und haben damit die gleiche Berufsposition inne wie ihre

Eltern. Entsprechend gering ist das Durchschnittseinkommen. Ein überdurchschnittlich großer Anteil der unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmer lebt in Sozialwohnungen.

Ausgeprägte Lebensziele sind nicht erkennbar. Man beschränkt sich vielmehr auf den Konsum, möchte sein Leben genießen und vor allem viel Freizeit haben. Hin und wieder sehnt man sich danach, aus dem Alltag auszubrechen und etwas Außergewöhnliches zu tun. Die Wertorientierungen sind ebenfalls nur schwach ausgeprägt; besondere Schwerpunkte sind nicht erkennbar. Die Persönlichkeitsstärke der Mitglieder dieser Gruppe ist gering. Sie sind allgemein passiv und überlassen Verantwortung gern anderen.

Die beruflichen Interessen sind fast ausschließlich darauf ausgerichtet, Geld zu verdienen. Zusätzliche Arbeit wird nur bei guter Bezahlung geleistet. Eine geregelte Arbeitszeit, die viel Freizeit erlaubt, ist wichtiger als beruflicher Aufstieg. Auch die Familienorientierung ist nicht besonders ausgeprägt. Aus diesem Grunde sind die Vorstellungen über die Art der Familienführung und Partnerschaft undifferenziert.

Die Freizeitbedürfnisse sind eher unauffällig. Allenfalls besteht ein durchschnittlich ausgeprägtes Bedürfnis nach körperlicher Betätigung und geselligem Zusammensein mit anderen Menschen. Sehr häufig wird jedoch die Freizeit passiv vor dem Fernsehgerät verbracht. Diese Einstellungsstruktur bedingt, daß unter den drei Lebensbereichen Familie, Freizeit und Beruf die Freizeit klar dominiert. Arbeit wird als notwendiges Übel betrachtet, und die Familie spielt ebenfalls eine sehr untergeordnete Rolle. Man lebt und erlebt ausschließlich in seiner Freizeit. Konsum und Mode wird sehr großes Interesse entgegengebracht. Der „letzte Modeschrei“ ist dabei wichtiger als die Qualität der Bekleidung. Zur technischen Entwicklung und zum technischen Fortschritt besteht keine ausgeprägte Meinung. Ähnlich undifferenziert sind die Einstellungen zur Religion.

Entsprechend der allgemeinen Passivität dieser Gruppe hat für sie Politik kaum einen Stellenwert. Das politische Interesse ist sehr gering; Kenntnisse über politische Vorgänge sind nur spärlich vorhanden. Die Meinung herrscht vor, „daß der Staat schon das richtige für die Bürger tue“. Man hält sich selbst eher für einflußlos und sieht seine einzige politische Funktion in der Stimmabgabe bei Wahlen. Kennzeichnend für diese Haltung zu Staat, Politik und Demokratie ist nicht zuletzt, daß der Respekt vor Gesetzen und staatlicher Ordnung nur gering ausgebildet ist.

##### **5. Der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer (11 Prozent)**

Pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer sind durchschnittlich etwa 50 Jahre alt und

öfter bereits im Rentenalter. Ein deutlicher Lebenszyklus-Schwerpunkt liegt jedoch bei den 45- bis 60jährigen. Ihre Kinder haben meist das Elternhaus schon verlassen und einen eigenen Hausstand gegründet. Sozialstrukturell ähnelt diese Gruppe den unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmern. Ihr Bildungsgrad ist allerdings noch niedriger; über 80 Prozent haben Volksschulbildung. Der Arbeiteranteil beträgt 45 Prozent und beinhaltet einen noch größeren Teil ungelernter Arbeiter. Überdurchschnittlich viele leben in Wohnungen des „sozialen Wohnungsbaus“. Auf der anderen Seite hat es aber die Hälfte von ihnen zu einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung gebracht. Im Gegensatz zur vorher betrachteten Gruppe leben pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer überdurchschnittlich häufig in kleinen Gemeinden. Ihre Bindung an die Gewerkschaften ist groß.

Vorrangige Lebensziele sind: in geordneten Verhältnissen zu leben, ein harmonisches Familienleben zu führen und sich bleibende materielle Werte zu schaffen. Diese Lebensziele sind auf die Familie zentriert. Kennzeichnend dabei ist eine eher konservativ-kleinbürgerliche Haltung. Man ist bestrebt, nicht unangenehm aufzufallen, und man ist stolz auf seinen erworbenen Besitzstand.

Die persönlichen Wertorientierungen sind von traditionell konservativen Pflicht- und Akzeptanzwerten geprägt. Darüber hinaus ist das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit von großer Bedeutung. Die Persönlichkeitsstärke dieser Gruppe ist eher gering. Einerseits hält man sich für wenig durchsetzungs- und überzeugungsfähig, andererseits betrachtet man es aber als seine Pflicht, übernommene Aufgaben möglichst sorgfältig zu erfüllen.

Im Berufsleben herrscht eine deutliche Einkommensorientierung vor; Arbeit dient primär dem Broterwerb. Eine geregelte Arbeitszeit und vor allem ein sicherer Arbeitsplatz sind von größter Bedeutung. Arbeiten werden möglichst korrekt nach Anweisung geleistet, um am Arbeitsplatz keine Nachteile zu haben. Primär wird Arbeit als Pflichterfüllung verstanden; sie braucht nicht unbedingt interessant zu sein oder den eigenen Neigungen zu entsprechen.

Ein harmonisches Familienleben hat in dieser Gruppe einen außerordentlich großen Stellenwert. Das Familienbild ist dabei von der klassischen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau geprägt. In der Regel wünscht man sich den Mann als Ernährer der Familie und die Frau als ruhenden Pol zu Hause. Generell herrscht auch im Familienleben eine konservativ-kleinbürgerliche Haltung vor, was sich z. B. darin äußert, daß man familiäre Konflikte möglichst nicht nach außen dringen läßt. Die Wichtigkeit der Familie kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Freizeit meist im Kreise der Familie verbracht wird. Darüber hinaus bestehen kaum ausgeprägte Freizeitbedürfnisse. In der relativen

Bedeutung der Bereiche Familie, Freizeit und Berufswelt ist damit die Familie der zentrale Ankerpunkt.

Pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer haben eine geringe Konsum- und Modeorientierung. Es besteht die Tendenz, möglichst nur das zu kaufen, was für den alltäglichen Lebensunterhalt unbedingt notwendig ist. Man achtet auf ein gutes und gepflegtes Aussehen und möchte in der Kleidung nicht aus dem Rahmen fallen. Auffallende Kleidung wird allgemein als aufdringlich empfunden. Aus dieser Sicht wird von einem beträchtlichen Teil dieser Gruppe die Auffassung vertreten, daß Kleidung die gesellschaftliche Stellung ihres Trägers zum Ausdruck bringt.

Pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer sind — ebenso wie die unauffälligen, passiven Arbeitnehmer — eher nicht religiös. Die Einstellungen zur Technik sind eher unauffällig. Technischer Fortschritt ist wichtig, aber nicht zentral.

Politik hat für den pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmer nur dann einen hohen Stellenwert, wenn es sich um sozialstaatliche Belange handelt. Allgemein vertraut man darauf, daß der Staat die an ihn gestellten Anforderungen erfüllt; die Gesetze und die staatliche Ordnung werden respektiert. Man hält sich generell für politisch einflußlos und begnügt sich damit, regelmäßig wählen zu gehen. Weitergehende politische Aktivitäten sind dagegen relativ selten.

## **6. Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger (25 Prozent)**

Männer sind in dieser Gruppe etwas überdurchschnittlich vertreten. Das Durchschnittsalter beträgt etwa 50 Jahre. Im Lebenszyklus liegt der Schwerpunkt bei den 46- bis 60jährigen, deren Kinder meist nicht mehr im Haushalt leben. Das besondere Charakteristikum dieser Gruppe ist, daß sie sich in ihrer Sozialstruktur dem Bevölkerungsdurchschnitt annähert. Dies gilt für das Bildungs- und Berufsniveau ebenso wie für das Einkommen. Die Hälfte der aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürger ist gegenüber ihren Eltern sozial aufgestiegen. Fast 60 Prozent haben ein Haus oder eine Eigentumswohnung erworben. Die Mitglieder dieser Gruppe konzentrieren sich überdurchschnittlich auf Kleinstädte.

Die Einstellungen des aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürgers reflektieren ganz allgemein die Werte und Normen, die über das Bildungssystem und die Massenmedien als staatsbürgerliche Tugenden vermittelt werden. Damit ist diese Gruppe durch eine große Vielfalt an Meinungen, Wünschen und Vorstellungen und zugleich durch eine fast uneingeschränkte Anpassungsbereitschaft gekennzeichnet, die es schwermacht, ver-

bindliche eigene Interessen und Vorstellungen auszumachen.

Die Lebensziele sind auf ein Leben in geordneten Verhältnissen ausgerichtet. Dies beinhaltet das Streben nach sozialem Aufstieg, beruflichem Erfolg und hohem Lebensstandard und ein erfülltes Familienleben ebenso wie das Streben nach Selbstverwirklichung. Generell wird zwischen beiden Zieldimensionen kein Widerspruch gesehen.

Dementsprechend steht man in den Wertorientierungen fest auf dem Boden konservativ-traditioneller Werte wie Ordnung, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein und Disziplin. Auf dieser Grundlage entwickeln sich zugleich auch persönliche Freiheits- und Entfaltungswerte. Aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger stellen sich selbst als aktiv und persönlichkeitsstark dar. Erfolgs- und Karriereorientierungen sind ausgeprägt: Man sucht einen Beruf mit guten Aufstiegsmöglichkeiten und stellt sich dem beruflichen Wettbewerb mit Arbeitskollegen. Angestrebt werden ein hohes Einkommen, das zu sozialer Anerkennung verhelfen soll, und eine inhaltlich befriedigende Tätigkeit.

Der Familienstil hat eine konservative Grundlage, auf der sich hin und wieder auch partnerschaftliche Verhaltensweisen entwickeln können. Klassische Rollenteilung und eine eher strenge Kindererziehung sind die Norm. Die Freizeitinteressen sind breit gestreut. Sie beinhalten sowohl aktive Freizeit im Kreise der Familie als auch praktische und handwerkliche Arbeiten und die Tätigkeiten in Vereinen und Organisationen. Geistige und kulturelle Anregungen werden dagegen etwas seltener gesucht.

Beruf, Freizeit und Familie haben ihrerseits einen beträchtlichen Stellenwert. Im Konfliktfall wird allerdings die Freizeit sowohl dem Beruf als auch der Familie geopfert. Da der Beruf gemäß den sozialen Normen dieser Gruppe eine sehr zentrale Bedeutung hat, wird auch die Familie eher den beruflichen Interessen untergeordnet.

Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger ist deutlich mode- und konsumorientiert. Einen besonders großen Wert legt er auf gutes und gepflegtes Aussehen und qualitativ gute Kleidung, die für ihn Statussymbol ist. Der technische Fortschritt ist für ihn zur Sicherung des künftigen Wohlstands von großer Bedeutung. Die moderne Technologie wird für beherrschbar gehalten. Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger ist eher religiös und nimmt häufiger am kirchlichen Leben teil.

Politik wird von den aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürgern für ziemlich wichtig gehalten. Sie sind mit dem politischen System sehr zufrieden und haben ein großes Staatsvertrauen. Auf der anderen Seite sind sie am Ende aber nur mäßig politisch interessiert und nur bedingt partizipationsbereit. Die Vorstellung von einem aktiven

und leistungsbereiten Bürger, die diese Lebensstil-Gruppe in ihren privaten Einstellungen vermittelt, findet sich damit nur bedingt in ihren politischen Einstellungen wieder.

### **7. Der gehobene Konservative (11 Prozent)**

Der gehobene Konservative hat ein Durchschnittsalter von 52 Jahren und ein für dieses Alter hohes Bildungsniveau (25 Prozent Abitur). Seine Kinder leben meist noch in seinem Haushalt. Er selbst befindet sich häufiger schon im Rentenalter. Aber auch der Anteil der unter 45jährigen Personen ist in dieser Gruppe relativ groß. Die Gruppe hat damit keinen besonderen typischen Altersschwerpunkt. Sie weist den höchsten Selbständigenanteil und deutlich überdurchschnittliche Anteile von höheren und leitenden Angestellten auf. Ihr Lebensstandard ist hoch. Zwei Drittel wohnen im eigenen Haus. Außerdem hat die Gruppe von allen hier betrachteten Gruppen das höchste Durchschnittseinkommen. Männer sind in ihr überdurchschnittlich häufig vertreten.

Ein Leben in geordneten, wohlsituierten Verhältnissen ist das vorrangige Lebensziel des gehobenen Konservativen. Dies beinhaltet beruflichen Erfolg, einen hohen Lebensstandard und eine intakte Familie, die Kinder hervorbringt. In der Regel sind diese Ziele bereits erreicht. Die Gruppe hat eine deutlich traditionell-konservative Wertestruktur. Fortschrittlichen Freiheits- und Entfaltungswerten steht man aufgeschlossen, aber dennoch distanziert gegenüber, besonders bei übertriebenen Selbstverwirklichungsansprüchen und der Gleichberechtigung der Frauen. Hedonismus und das Streben nach viel Freizeit gelten weithin als verpönt.

Der gehobene Konservative ist persönlichkeitsstark, er ist es gewohnt zu führen und Verantwortung zu tragen. Beruflich hat er in der Regel seine Ziele erreicht. Erfolgs- und Karriereorientierungen sind daher nur durchschnittlich anzutreffen. Auf einem hohen materiellen Niveau ist der Einsatz seiner Fähigkeiten und Neigungen in verantwortlichen Positionen vorrangig.

Die Familie besitzt eine zentrale, wenn auch nicht überragende Bedeutung. Man ist eher für die traditionelle Ehe mit strenger Rollenzuweisung an Mann und Frau hinsichtlich Berufstätigkeit und Haushaltsführung. Getrennte Aktivitäten von Mann und Frau in der Freizeit und im Freundeskreis sind unüblich. Das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern ist von der Achtung der elterlichen Autorität geprägt.

Die Freizeitaktivitäten des gehobenen Konservativen sind bei begrenztem Zeitbudget vielfältig. Er verlebt seine Freizeit gerne mit der Familie, sucht besonders häufig kulturelle Anregungen und setzt sich für gesellschaftlich wichtige Belange ein.

Die berufliche Position bedingt, daß im Spannungsfeld zwischen Familie, Beruf und Freizeit dem gehobenen Konservativen die Freizeit relativ unwichtig geworden ist. Er lebt in seiner Familie und besonders im Beruf und ist gern bereit, sich in der freien Zeit weiter mit den Anforderungen, die der Beruf stellt, zu beschäftigen. Es wird von ihm für eine Selbstverständlichkeit gehalten, seine beruflichen Interessen den Interessen der Familie vorzuziehen.

Der gehobene Konservative wendet sich gegen eine übertriebene Konsum- und Modeorientierung. Er legt Wert auf ein gepflegtes Äußeres und bevorzugt dezente Kleidung. Der technische Fortschritt ist für ihn zur Sicherung des künftigen Wohlstands von großer Bedeutung. Die moderne Technologie wird für beherrschbar gehalten. Religion und Kirche haben für die Angehörigen der gehobenen konservativen Lebensstil-Gruppierung ebenfalls eine große Bedeutung. Man beteiligt sich aktiv am kirchlichen Leben.

Der gehobene Konservative ist stark an Politik interessiert und in der Regel ausgezeichnet über politische Vorgänge informiert. Auf der Links-Rechts-Skala vertritt er deutlich eine Position rechts von der Mitte. Er spricht sich entschieden dafür aus, daß Recht und Gesetz respektiert werden müssen, um die staatliche Ordnung zu erhalten. Zu seinem Politikverständnis gehört aber auch, sich für Bürgereinfluß und politische Beteiligung einzusetzen. Sein Verständnis vom Staatsbürger ist ein über den Wahlakt hinausgehend aktives.

### **8. Der integrierte ältere Mensch (11 Prozent)**

Integrierte ältere Menschen haben ein Durchschnittsalter von 64 Jahren. Sie sind damit überwiegend bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden oder stehen auf der Schwelle zum Rentenalter. Ihre Kinder haben den Haushalt bereits verlassen. Charakteristischerweise setzt die Gruppe sich zu 70 Prozent aus Frauen zusammen. Ein gutes Drittel ist alleinstehend, weil der Ehepartner verstorben ist. Dem Alter entsprechend hat die Gruppe ein niedriges Bildungsniveau. Hinsichtlich der Berufsmilieus unterscheidet sie sich nicht deutlich vom Bevölkerungsdurchschnitt; allenfalls die Arbeiterschicht ist etwas überdurchschnittlich vertreten. Diese älteren Menschen leben besonders häufig in kleineren Gemeinden mit unter 20 000 Einwohnern.

Die Lebensziele konzentrieren sich altersgemäß auf die vorhandenen Familienbindungen. Ein harmonischer Altersruhestand in Gesundheit und ein guter Kontakt zu den Kindern und anderen Familienmitgliedern steht im Vordergrund der Zukunftswünsche. Man liebt die intakte Familie, die in Harmonie zusammenlebt.

Die Wertestruktur dieser Menschen ist eindeutig konservativ: Geordnete Verhältnisse, Sparsamkeit,

ein starkes Heimatgefühl und Nationalbewußtsein stehen an vorderster Stelle. Man verlangt von den Menschen vor allem Pflichtbewußtsein und lehnt übertriebene Genußsucht und den Trend zur Freizeitgesellschaft ab. Berufliche Wünsche bestehen kaum noch. Bei den noch Berufstätigen ist die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes äußerst wichtig.

Der Familienstil ist deutlich konservativ. Im Haushalt herrscht strenge Rollenteilung. Auch am Feierabend und im Rentenalter des Mannes bleibt die Hausarbeit Frauensache. Bei Schwierigkeiten innerhalb der Familie ist man bestrebt, außerhalb der Familie niemand etwas davon wissen zu lassen. Die Freizeitaktivitäten sind deutlich beschränkt. Das größte Freizeitbedürfnis ist das Zusammensein mit der Familie.

Konsum- und Modeorientierung ist im wesentlichen darauf reduziert, Güter des täglichen Bedarfs zu kaufen. Gutes und gepflegtes Aussehen ist von großer Bedeutung, modische Kleidung wird allgemein als aufdringlich betrachtet. Überwiegend wird die Kleidung als ein Statusmerkmal angesehen, nach dem man die Menschen einschätzt.

Der integrierte ältere Mensch steht dem technischen Fortschritt indifferent gegenüber, weil er immer weniger davon zu verstehen glaubt. Er fühlt sich von der Technik bedroht und macht sich Sorgen um die Zukunft der kommenden Generationen. Integrierte ältere Menschen weisen von allen hier betrachteten Gruppierungen die stärkste Beziehung zur Religion und zur Kirche auf. Deshalb wird das Schwinden religiöser Werte in der heutigen Gesellschaft von ihnen häufig beklagt.

Das Interesse an Politik ist nur gering. Mit dem gegenwärtigen politischen System ist man sehr zufrieden; das Vertrauen in den Staat ist außerordentlich groß. Aufgrund ihrer konservativen Haltung steht diese Gruppe auch politisch-ideologisch deutlich rechts. Aufgabe des Bürgers ist es ihrer Ansicht nach, vor allem Gesetz und Ordnung zu respektieren. Wenn diese Ordnung in Frage gestellt wird, ist der Ruf nach einem starken Durchgreifen des Staates schnell bei der Hand. Man glaubt, kaum einen Einfluß auf die Politik zu haben und sieht daher seine Staatsbürgerpflicht vorrangig darin, regelmäßig wählen zu gehen.

#### **9. Der isolierte alte Mensch (4 Prozent)**

Diese Lebensstil-Gruppierung ist die kleinste in der Bundesrepublik. Der isolierte alte Mensch hat meistens das Rentenalter bereits überschritten; das

Durchschnittsalter beträgt 68 Jahre. Der Frauenanteil ist mit 73 Prozent noch höher als in der vorher betrachteten Gruppe. Über die Hälfte dieser Frauen ist verwitwet. Ihr Bildungsniveau ist noch niedriger als bei den integrierten alten Menschen. Sie stammen im Unterschied zu diesen deutlich überproportional aus der Arbeiterschicht. Das Durchschnittseinkommen ist das niedrigste aller hier betrachteten Gruppen. Jeder siebente der isolierten alten Menschen lebt in Sozialwohnungen, was darauf hindeutet, daß diese Menschen neben der Isolation durch den Verlust ihres Partners auch stark finanziell eingeschränkt sind und nur geringe Bewegungsspielräume haben. Isolierte alte Menschen leben ebenfalls überdurchschnittlich häufig in sehr kleinen Gemeinden.

Als Lebensziele stellen sich die eigene Gesundheit und die persönliche Sicherheit heraus. Die Wertestruktur dieser Gruppierung ist ebenfalls eindeutig konservativ geprägt. Fortschrittlich-gesellschaftskritische Entfaltungswerte und hedonistische Wertorientierungen werden von dieser Gruppe am stärksten abgelehnt.

Berufliche Orientierungen sind für isolierte ältere Menschen irrelevant geworden. Für die wenigen, die noch berufstätig sind, hat Arbeit den alleinigen Zweck, die Einkommensgrundlage zu sichern. Ebenso hat die Familie ihre Bedeutung verloren, die traditionell-konservativen Einstellungen zur Familienführung und Kindererziehung sind aber erhalten geblieben. Freizeitbedürfnisse sind kaum noch vorhanden; vor allem möchte man sich ausruhen. Das Konsumverhalten beschränkt sich auch hier auf den Kauf von Gütern des täglichen Bedarfs. Auf neue Kleidung wird kaum noch Wert gelegt.

Isolierte alte Menschen haben keine Beziehung zur modernen Technik, fühlen sich durch sie aber bedroht. Die Religion nimmt im Leben der isolierten alten Menschen eine zentrale Position ein. Der Glaube gibt ihnen häufig Trost, und die Teilnahme am kirchlichen Leben ist nicht selten ein Anlaß für sonst fehlende soziale Kontakte.

Eine Beziehung zur Politik ist kaum noch vorhanden; über 70 Prozent interessieren sich nicht für Politik. Die Vereinsamung dieser alten Menschen schlägt auch auf ihre Einstellungen zum Staat durch: Sie sind häufiger mit dem politischen System unzufrieden und haben ein geringeres Vertrauen in den Staat als die Gruppe der integrierten älteren Menschen. Generell halten sie sich als Staatsbürger für ohnmächtig und einflußlos.

### III. Lebensstile zwischen traditionellen Spannungslinien und gesellschaftlichen Wertverwirklichungsbedürfnissen

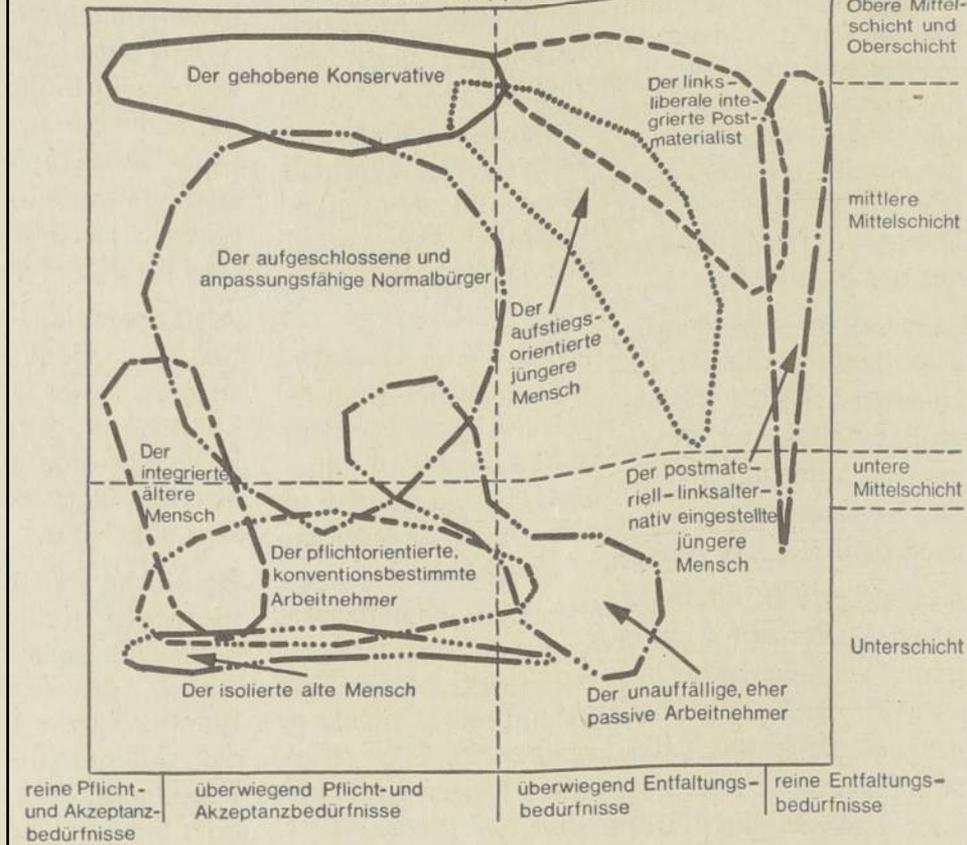
Die Lebensstil-Gruppierungen zeigen teilweise starke schichtenspezifische Lebensstil-Ausprägungen (beispielsweise beim gehobenen Konservativen und pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmer). Zum anderen weisen sie aber auch in ihren persönlichen Lebensweisen, Lebenshaltungen und Wertstrukturen Charakteristika auf, die mit der herkömmlichen Schichtendifferenzierung nicht mehr hinreichend erklärbar erscheinen. Solche privaten Lebensweisen und Wertorientierungen müssen sich nicht in jedem Fall in politischem Verhalten niederschlagen, erhalten aber dann eine politische Bedeutung, wenn sie mit entsprechenden Wertverwirklichungsansprüchen an die Gesellschaft verbunden werden. Die folgende Betrachtung der Wertprioritäten der Lebensstil-Gruppierungen richtet sich daher nur auf diejenigen Wertprioritäten, die einen solchen gesellschaftlichen Bezug haben<sup>18)</sup>. Schaubild 2 zeigt die Schwerpunkte der Lebensstil-Gruppierungen auf der Schichtdimension und der gesellschaftsbezogenen Wertedimension.

Bei denjenigen Gruppen, die überwiegend Pflicht- und Akzeptanzbedürfnisse an die Gesellschaft richten (welche z. B. in Wünschen nach Achtung vor Bewährtem und Förderung der Leistungsgesellschaft bestehen), ist die Schichtendifferenzierung relativ deutlich. Die Gruppe der gehobenen Konservativen hat in der Oberschicht und oberen Mittelschicht einen klaren Schwerpunkt. Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger gehört dagegen überwiegend zur mittleren Mittelschicht, der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer eher zur unteren Mittelschicht oder Unterschicht. Die beiden stark lebenszyklisch bestimmten und sehr religiösen Gruppen der älteren Menschen befinden sich ebenfalls eher in der unteren Hälfte der Schichtenskala. Bei diesen Gruppen ist zu erwarten, daß sie sich in ihren

<sup>18)</sup> Die verwendete Klassifikation der gesellschaftlichen Wertorientierungen geht auf K.-H. Dittrich, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, zurück, dem ich für die freundliche Überlassung der aufbereiteten Daten danke.

Schaubild 2

Schichtzuordnung und gesellschaftliche Wertorientierungen von Lebensstil-Gruppierungen



Präferenzen an den alten sozialen Spannungslinien orientieren.

Diejenigen Gruppen, deren gesellschaftsbezogene Wertprioritäten eher auf Entfaltungsbedürfnisse gerichtet sind (wie z. B. eine für neue Ideen offene Gesellschaft, die dem Bürger starke Mitspracherechte einräumt), befinden sich dagegen fast ausschließlich in der oberen Hälfte der Schichtenskala und können sich auf gehobenem materiellen Niveau am ehesten von den alten Spannungslinien lösen und ihre Parteipräferenzen nach ihren Entfaltungsbedürfnissen ausrichten. Es handelt sich dabei um die postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen, die linksliberalen integrierten Postmaterialisten und die aufstiegsorientierten jüngeren Menschen.

Einen Sonderfall stellen die unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmer dar, die weder eindeutig auf der Schichtdimension noch eindeutig auf der Wertedimension einzuordnen sind. Aufgrund dieser Konstellation zwischen traditionellen Spannungslinien und gemischten Wertverwirklichungsbedürfnissen dieser Gruppe ist hier eine indifferente Haltung zu den Parteien zu erwarten.

Zur Überprüfung dieser Erwartungen ist in Tabelle 2 dargestellt, in welchem Ausmaß sich die einzelnen Lebensstil-Gruppen mit den verschie-

Tabelle 2

## Parteiidentifikation in Lebensstil-Gruppierungen

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	keine Parteiidentifikation
	%	%	%	%	%
<i>Traditionelle Gruppen</i>					
Der gehobene Konservative	46	15	1	1	37
Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger	35	25	1	1	38
Der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer	22	38	3	1	35
Der integrierte ältere Mensch	45	21	—	—	35
Der isolierte alte Mensch	41	25	1	—	33
<i>Zwischen traditionellen und entfaltungsorientierten Gruppen</i>					
Der unauffällige, eher passive Arbeitnehmer	23	24	2	1	50
<i>Entfaltungsorientierte Gruppen</i>					
Der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch	1	6	—	39	54
Der linksliberale integrierte Postmaterialist	6	31	3	11	49
Der aufstiegsorientierte jüngere Mensch	17	22	2	1	58

denen Parteien identifizieren<sup>19)</sup>. Die Gruppen mit überwiegenden Pflicht- und Akzeptanzbedürfnissen sind dabei nach der Schichtzugehörigkeit angeordnet. Die beiden Gruppen der älteren Menschen werden jedoch einer gesonderten Betrachtungsweise unterzogen, da sie sich aufgrund ihrer starken Religiosität vermutlich weniger an Schichtkriterien, sondern eher an der konfessionellen Spannungslinie orientieren.

Die Gruppen mit überwiegenden Entfaltungsorientierungen sind im Gegensatz dazu nach der Stärke ihrer an die Gesellschaft gerichteten Entfaltungsbedürfnisse angeordnet.

Das jeweilige Muster der Parteiidentifikationen bestätigt die Erwartungen recht deutlich: In den traditionellen Gruppen mit überwiegenden Pflicht- und Akzeptanzbedürfnissen steigt die Identifikation mit der CDU/CSU mit der Höhe der Schichtzuordnung. Umgekehrt steigt die Identifikation mit

der SPD, je niedriger die Schichtzuordnung der entsprechenden Gruppierung ist. Als Extremgruppen stehen sich dabei der gehobene Konservative mit der höchsten CDU/CSU-Identifikationsrate und der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer mit der höchsten SPD-Identifikation gegenüber. Hier sind die alten Wählerkoalitionen sehr gegenwärtig. Die Gruppe der aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürger hingegen repräsentiert diejenigen neuen Mittelschichten, bei denen sich die Verbundenheit mit den traditionellen Spannungslinien weniger zeigt. Hier identifizieren sich zwar mehr Wähler mit den Unionsparteien als mit der SPD; aber die Differenz zwischen CDU/CSU und SPD ist deutlich geringer.

Bei den beiden Gruppen der älteren Menschen ist die konfessionelle Bestimmung der Parteiidentifikation ebenfalls sehr stark. Ihre Identifikation mit der CDU/CSU ist ausgeprägt.

Bei den eher entfaltungsorientierten Gruppen zeigt sich ein ebenso klarer Zusammenhang zwischen der Stärke der gesellschaftsbezogenen Entfaltungsbedürfnisse und der Identifikation mit Parteien des linken Lagers. Je stärker die an die Gesellschaft gerichteten Entfaltungsbedürfnisse sind, desto stärker ist dabei vor allem die Identifikation mit den GRÜNEN. Umgekehrt steigt die Identifikation mit

<sup>19)</sup> Das Konzept der Parteiidentifikation als dauerhafte Parteibindung ist zur Untersuchung dieser Thesen besser geeignet als die von aktuellen Ereignissen beeinflusste Wahlpräferenz. Es wurde hier eine sehr rigorose Definition von Parteiidentifikation verwendet. Vgl. dazu P. Gluchowski, Wahlerfahrung und Parteiidentifikation, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System, Opladen 1983, S. 442—477, insbes. S. 465 ff.

der Union, je stärker die Entfaltungsorientierungen durch die Pflicht- und Akzeptanzbedürfnisse überlagert werden. Wie bereits aufgrund der Gruppenbeschreibung erwartet werden konnte, ist die Übereinstimmung zwischen gesellschaftsbezogener („postmaterieller“) Wertorientierung und GRÜNEN-Präferenz bei den postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen besonders groß. Der linksliberale integrierte Postmaterialist hat im Unterschied zu diesen seine politische Prägung eher zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition erfahren und neigt deshalb trotz stark überdurchschnittlicher GRÜNEN-Präferenz deutlich eher der SPD zu. Bei aufstiegsorientierten jüngeren Menschen, die sich insgesamt sehr wenig mit den Parteien identifizieren, überwiegen ebenfalls die SPD-Präferenzen. Hier erreicht die Union aber — relativ betrachtet — ebenfalls hohe Anteile.

Bestätigt wird auch die These vom indifferenten, zwischen Schicht- und Wertedimension stehenden unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmer. Er ist in seinen Parteibindungen weder an die alten Span-

nungslinien gebunden, noch von der Entfaltungsorientierung beeinflusst. Seine Parteiidentifikationen entfallen zu nahezu gleichen Anteilen auf die CDU/CSU und die SPD. Grundsätzliche Bindungen an die GRÜNEN gibt es dagegen kaum.

Insgesamt weisen die Ergebnisse trotz aller in letzter Zeit am Wertwandelkonzept geübten Kritik auf das Entstehen einer neuen Politikdimension hin, die Wertorientierungen immer mehr zum Gegenstand politischen Verhaltens macht. Ergänzend zu den traditionellen Wählerkoalitionen der Parteien ist durch veränderte Wertorientierungen der Wählerschaft eine neue, wertebestimmte Trennungslinie entstanden, die insbesondere für das politische Verhalten jüngerer Bevölkerungssegmente an Bedeutung gewinnt. Der Vorteil des Lebensstil-Ansatzes ist, daß er diese Trennungslinie nicht nur in den politischen Einstellungen nachweisen kann, sondern darüber hinaus die Verankerung politisch wirksamer Wertorientierungen in persönlichen und privaten Lebensweisen und Lebenshaltungen aufzeigt.

#### IV. Lebensstile und Wählerpotentiale der Parteien vor der Bundestagswahl 1987

Die dargelegten schichten-, konfessions- und wertebestimmten Bindungen an die Parteien bilden die langfristige Grundlage, auf der sich Wählerpotentiale bei Wahlen entwickeln. Die spezifische Klientel der Parteien muß aber von Wahl zu Wahl mehr oder weniger aufs neue mobilisiert werden<sup>20</sup>). Wie erfolgreich die Parteien bei der Mobilisierung ihrer Wählergruppen waren, zeigt die Entwicklung der Wählerpotentiale vor der Bundestagswahl 1987. Die Wählerpotentiale weisen innerhalb der Lebensstil-Gruppierungen zwar die typischen Grundmuster der alten und neuen Spannungslinien auf, sie zeigen aber darüber hinaus ein erstaunliches Maß an Beweglichkeit in der Wählerschaft.

In den eher traditionell bestimmten Lebensstil-Gruppierungen hatten die Unionsparteien bei den gehobenen Konservativen, den integrierten älteren Menschen, den aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürgern und den isolierten alten Menschen ihre stärksten Wählerpotentiale. In denselben Gruppen war aber auch das zwischen CDU/CSU und FDP schwankende Randwählerpotential mit Anteilen um die 10 Prozent verhältnismäßig groß (vgl. dazu Tabelle 3). Dieses Randwählerpotential entschied sich bei der vergangenen Bundes-

tagswahl relativ kurzfristig und meist unter Einsatz des Stimmensplittings mit seiner Zweitstimme außerordentlich häufig für die FDP<sup>21</sup>).

Nicht so deutlich entwickelte sich das traditionelle Wählerpotential der SPD. Die SPD hatte bei den pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmern zwar ihren größten Rückhalt, aber auch die CDU/CSU konnte große Teile dieser Gruppe an sich ziehen. Außerdem schwankte etwa jeder zehnte Wähler der pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmer zwischen einer Präferenz für die SPD und für die GRÜNEN. Weitere Unterstützung fand die SPD in nicht unbeträchtlichem Maße bei den aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürgern sowie den beiden Gruppen der älteren Menschen. Diese Konstellation deutet darauf hin, daß die SPD im Bereich der traditionell bestimmten Wählergruppen ein wesentlich inhomogeneres Wählerpotential hatte als die Unionsparteien.

In den entfaltungsorientierten Wählergruppen standen SPD und GRÜNE in starker Konkurrenz. Der Randwählerbereich zwischen diesen Parteien war in den entsprechenden Lebensstil-Gruppierungen

<sup>20</sup>) Vgl. F. U. Pappi (Anm. 7), S. 376 f.

<sup>21</sup>) Vgl. H.-J. Veen u. a. (Anm. 3), S. 15.

Tabelle 3

## Wählerpotentiale in Lebensstil-Gruppierungen

	Regierungspotential			Randwählerbereich zwischen Reg. und Opp. %	Oppositionspotential		
	CDU/CSU-Potential %	Randpotential CDU/CSU-FDP %	FDP-Potential %		SPD-Potential %	Randpotential SPD-Grüne %	Grünen-Potential %
<i>Traditionelle Gruppen</i>							
Der gehobene Konservative	53	10	3	18	9	7	1
Der aufgeschlossene und anpassungsfähige Normalbürger	38	8	3	19	24	7	1
Der pflichtorientierte, konventionsbestimmte Arbeitnehmer	27	5	2	21	35	10	—
Der integrierte ältere Mensch	46	12	—	18	19	3	1
Der isolierte alte Mensch	39	11	2	22	22	4	—
<i>Zwischen traditionellen und entfaltungsorientierten Gruppen</i>							
Der unauffällige, eher passive Arbeitnehmer	30	9	2	21	17	18	3
<i>Entfaltungsorientierte Gruppen</i>							
Der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch	2	—	1	11	4	31	52
Der linksliberale integrierte Postmaterialist	10	10	2	18	25	23	13
Der aufstiegsorientierte jüngere Mensch	28	9	2	17	23	15	5

gen außerordentlich groß. Von den postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen tendierte gut die Hälfte zu den GRÜNEN, ein weiteres Drittel schwankte zwischen den GRÜNEN und der SPD. Linksliberale integrierte Postmaterialisten zählten dagegen stärker zum SPD-Potential. Aber auch hier gehörte jeder vierte zum Randwählerpotential von SPD und GRÜNEN. Auch die aufstiegsorientierten jüngeren Menschen tendierten — bei ebenfalls überdurchschnittlich großer SPD-GRÜNEN-Randwählerschaft — wesentlich stärker zur SPD als zu den GRÜNEN. Die Unionsparteien

waren in dieser Gruppe jedoch erfolgreicher als die SPD.

Am Ende entschieden sich die großen Randwählerschaften des Oppositionslagers in deutlich geringem Maße für die GRÜNEN als die Randwählerschaft des Regierungslagers für die FDP<sup>22)</sup>. Der gewachsene Stimmenanteil der GRÜNEN reflektiert damit weit weniger kurzfristig bei der Wahl wirksam gewordene Entscheidungsprozesse, als dies bei der FDP der Fall ist.

<sup>22)</sup> Vgl. H.-J. Veen u. a. (Anm. 3), S. 17.

## V. Parteien zwischen traditionellen Spannungslinien und neuen Wertorientierungen

Unter diesem Blickwinkel ist die Ausweitung des Stimmenanteils der GRÜNEN bei der vergangenen Bundestagswahl kein zufälliges Ereignis. Die GRÜNEN haben vielmehr in der Gruppe der linksalternativen Postmaterialisten und auch in derjenigen der linksliberalen integrierten Postmaterialisten ein in Lebensstilen verankertes, sehr homogenes, auf neue gesellschaftliche Wertorientierungen ausgerichtetes Wählerpotential, das durch den fortlaufenden Eintritt junger Wähler in die Wählerschaft noch erweiterungsfähig scheint. Die GRÜNEN werden auch in naher Zukunft in diesen Gruppen ihre Stammwählerbasen finden und darüber hinaus von Fall zu Fall Teile der ihnen lebensstil- und wertmäßig nahestehenden aufstiegsorientierten jüngeren Menschen und unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmer für sich gewinnen können.

Am klarsten von den Lebensstil-Potentialen der GRÜNEN abgegrenzt erscheinen die Potentiale der CDU/CSU. Sie stehen fest in der Tradition der überlieferten Parteibindungen und sind damit sowohl sozialstrukturell als auch von ihren Wertorientierungen her relativ homogen und deshalb verhältnismäßig gut mobilisierbar. Solange sich die Union jedoch mit der FDP in einer Koalition befindet, ist sie in Gefahr, in ihren klassischen Wählerbereichen Stimmen an die FDP abzugeben. Da die FDP heute weder über ein spezifisches sozialstrukturelles noch lebensstil-geprägtes Wählerpotential verfügt, ist diese wiederum auf solche Stimmengewinne aus den CDU/CSU-nahen Randwählerbereichen angewiesen, um ein gutes Wahlergebnis erzielen zu können. Dies unterscheidet sie deutlich von

den GRÜNEN. Inwieweit ihr Stimmengewinne auf Kosten der Union auch in Zukunft gelingen werden, wird aufgrund ihres geringen Stammwählerpotentials stark von der jeweiligen aktuellen Wahlsituation abhängen.

Für die SPD deutet sich zwischen den Polen der traditionellen Spannungslinien und neuen Wertorientierungen ein Dilemma an: Einerseits hat sie ihre Wählerbasen bei eher niedrigen Schichten mit konservativ-traditionellen Wertorientierungen und Wertverwirklichungsbedürfnissen (insbesondere bei den pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmern, aber auch bei den beiden Gruppen der älteren Menschen und der zahlenmäßig großen Gruppe der aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürger). Auf der anderen Seite findet sie ebenfalls Rückhalt bei Gruppen mit höherem Status und starken Entfaltungsansprüchen an die Politik (besonders bei der Gruppe der linksliberalen integrierten Postmaterialisten und derjenigen der aufstiegsorientierten jüngeren Menschen). Ihr Wählerpotential verläuft damit „quer“ über die Schicht- und über die Wertedimension. Die unterschiedlichen sozialen Interessen und Werthaltungen der verschiedenen Anhängerschaften auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen, dürfte in Zukunft ein immer schwierigeres Unterfangen sein und war es — wie die Entwicklung der SPD-Wählerpotentiale gezeigt hat — bereits bei der Wahl 1987. In welche Richtung sich die SPD auch in Zukunft bewegt, Wählerverluste auf der einen oder anderen Seite sind aufgrund dieser Konstellation aus heutiger Sicht zunächst wahrscheinlich.

# Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens

Eine Analyse zur Bundestagswahl vom 25. Januar 1987

## I. Modernisierung und Segmentierung als Basis politischer Neuorientierung

Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft — in welchem Ausmaß beeinflußt sie die politische Orientierung von Wählern und inwieweit hat sich das deutsche Parteiensystem dadurch bereits verändert? In den letzten Jahren sind diese Fragen in einer Vielzahl von wahlsoziologischen Untersuchungen Gegenstand der Forschung gewesen. Zwei zentrale Erklärungsansätze tauchen dabei immer wieder auf: der Wertwandel von „alter“ zu „neuer“ Politik oder von materiellen zu postmateriellen Werten sowie die Entkopplung tradierter Wahlnormen von ihrer realen Basis, der Sozialstruktur unserer Gesellschaft und ihren Konfliktlinien<sup>1)</sup>. Die für das Parteiensystem dabei unterstellten Folgen sind: Die Entscheidungsfreiheit der Wähler und somit ihre Flexibilität wächst und zu den alten gesellschaftlichen Trennlinien durch Konfessionsteilung, Industrialisierung und Verstädterung treten neue, an Wertprioritäten ausgerichtete Trennlinien hinzu. Entlang dieser formieren sich künftig die Wählerkoalitionen; mit Blick auf diese Grenzen mobilisieren die Parteien Wähler, aggregieren deren Interessen.

Aus Anlaß der Bundestagswahl 1987 möchten wir mit diesem Beitrag den Focus der Aufmerksamkeit einem Aspekt zuwenden, der unseres Erachtens in den meisten Untersuchungen über den Zusammenhang von gesellschaftlicher Modernisierung und politischer Um- oder Neuorientierung bislang zu kurz gekommen ist. Wie beeinflußt eine nach den Prinzipien moderner Technik funktionierende und organisierte, dabei sich neu segmentierende Arbeitswelt das politische Verhalten von Arbeitnehmern? Führt diese Segmentierung zu einer neuen Scheidelinie, die die Arbeitnehmer auch politisch trennt in solche, die im Modernisierungsprozeß mithalten oder an die Spitze gelangen, und solche, die an den Rand gedrängt werden? Wie sehen die politischen Bindungen von Arbeitnehmern dieser neuen Arbeitswelt aus? Wie setzen sich alte Strukturen heute noch durch?

Die in der Wahlkreisanalyse zu beobachtenden Trends der Bundestagswahl 1987 sollen uns als Folie dienen, um abzuschätzen, in welchem Rahmen eine mögliche Neuformation der bundesdeutschen Wählerschaft stattfindet und welche Bedingungen sie vielleicht überhaupt erst ermöglichen. Die Wahlkreisanalyse führt hierbei rasch an ein Ende, denn die regionalen Sozialstrukturdaten, die zur Verfügung stehen, sind tendenziell veraltet und gar nicht in der Lage, den Modernisierungsprozeß in der Arbeitsgesellschaft in allen Facetten abzubilden. Die ökologische Analyse wird daher durch eine Analyse von Wählerbefragungen ergänzt. Beide methodischen Zugänge stützen sich — wie im weiteren gezeigt wird — gegenseitig mit ihren Befunden.

Anders als 1983 gibt es bei der Erklärung von Wählerbewegungen 1987 allgemein Konsens über die Haupttrends dieser Wahl:

1. Das *Vierparteiensystem* hat sich am 25. Januar 1987 in der Bundesrepublik unter den gegebenen institutionellen Bedingungen unseres Wahlrechts verfestigt. Historisch bedeutet dies einen Wandel im Parteiengefüge von anfänglicher Konzentrierung bis hin in die siebziger Jahre zu nun stärkerer Pluralisierung aufgrund der zentrifugalen Kräfte der kleinen Parteien.

2. Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die nachlassende *Integrationskraft der beiden großen Parteien* CDU/CSU und SPD, die 1987 nur noch 81,3 Prozent der Wähler an sich zu binden vermochten. Vor einer Dekade waren es noch 91,2 Prozent. Seither ist dieser Anteil kontinuierlich gesunken — dramatischer für die SPD als für die Union. Parallel dazu haben sich zwei Wählerblöcke ungleicher Stärke herausgebildet, die die Koalitionsfreiheit der Parteien untereinander einschränken könnten.

3. Die Pluralisierung des deutschen Parteiensystems geht einher mit einer seit Anfang der siebziger Jahre auf *allen Wahlebenen zu beobachtenden sinkenden Wahlbeteiligung* — Ausdruck von Legitimationsverlusten des politischen Systems. Was diesen Prozeß gefördert haben mag, läßt sich an folgenden Stichwörtern festmachen: Spendenaffären der Parteien; nachlassende Kompetenz bei der

<sup>1)</sup> Vgl. dazu beispielhaft Russel J. Dalton, Wertwandel oder Wertwende. Die Neue Politik und Parteienpolarisierung, sowie Franz Urban Pappi, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, beide in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986.

Lösung elementarer Fragen der Existenzsicherung (z. B. Arbeitslosigkeit, Umwelt); Diskussion über die Legitimität der repräsentativen Demokratie; Kritik am Gewaltmonopol des Staates; allgemeiner Vertrauensverlust in die Institutionen von Staat und Gesellschaft.

4. Diese Trends der „Aufweichung“ alter Strukturen hatten bei der Bundestagswahl 1987 ein spezifisches Gepräge. Es schlägt sich nieder im „Verfall“ der Hochburgen von beiden großen Volksparteien: für die Union in den ländlichen, katholischen Regionen; für die SPD in den ehemals sozialdemokratisch dominierten Metropolen wie München, Frankfurt, Hamburg, Bremen.

5. Die Trends 1987 haben neben der strukturellen auch eine akzidentelle Komponente<sup>2)</sup>. So mag die geringe Wahlbeteiligung einer „low stimulus“-Wahl möglicherweise strukturelle Veränderungen etwas überdimensionieren, beispielsweise die Verluste der Union in ihren Hochburgen und die Ausfransung am rechten Rand des Wählerspektrums durch

die Erfolge von NPD und anderen rechten Splitterparteien. Die langfristige Strukturverschiebung in den Großstädten und Dienstleistungszentren ist indessen kein Zufallsprodukt. Die neue Bildungsklasse hatte sich dort 1972 noch stark mit der SPD identifiziert, findet heute dagegen mehr und mehr bei den GRÜNEN eine neue politische Heimat. Im Gegenzug haben sich dort alte Basisstrukturen zugunsten der SPD wieder gefestigt bzw. „normalisiert“, wo die Union 1983 in SPD-Terrain eingedrungen war: in den industriellen Ballungsräumen mit ihrer großen Zahl gewerblicher Arbeitnehmer.

6. Die Trends 1987 folgen schließlich in auffälliger Weise den Ländergrenzen, dem politischen Föderalismus in der Bundesrepublik. Ein Erklärungsfaktor dieser Wahl liegt daher in den landesspezifischen Kräfteverhältnissen der Parteien und den dahinterstehenden regionalen Sozial- und Wirtschaftsstrukturen. Zwei polare Beispiele hierfür sind Nordrhein-Westfalen und Bayern.

## II. Zur Bedeutung der Sozial- und Konfessionsstruktur: Eine ökologische Analyse

Ein Vergleich der Ergebnisse von 1987 mit denen der Bundestagswahl 1976 zeigt graduell steigende Verluste in der Union in ihren eigenen Hochbur-

<sup>2)</sup> Vgl. dazu, Hans-Joachim Veen, Auch Zufall hatte die Hand im Spiel, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 5 vom 30. Januar 1987, Sonderdruck.

gen. Umgekehrt dazu verhalten sich die Gewinne und Verluste der FDP, während die SPD gegenüber 1976 ihre größten Einbußen eher in jenen Wahlregionen zu verzeichnen hatte, in denen — als Ausdruck soziostruktureller Angleichung der Wählerschaft — die beiden großen Parteien scharf miteinander konkurrieren bzw. die eine oder andere Par-

Tabelle 1: Ergebnis der Bundestagswahl 1987 im Vergleich zu 1976

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Bundesgebiet	44,3	-4,4	37,0	-5,5	9,1	1,2	8,3
1976:							
Extreme CDU/CSU-Hochburgen	59,6	-7,3	23,7	-3,3	7,9	2,7	6,7
CDU/CSU-Hochburgen	50,4	-6,6	30,3	-4,6	9,8	2,6	7,8
Sichere CDU/CSU-Kreise	44,4	-5,6	34,6	-5,8	10,6	1,8	8,9
Umkämpfte Kreise	41,5	-3,5	39,1	-6,2	9,4	0,7	8,8
Sichere SPD-Kreise	37,7	-2,9	43,7	-5,8	8,9	0,0	8,6
SPD-Hochburgen	31,4	-2,2	53,6	-4,6	6,1	-1,1	8,0

Quelle: infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl 1987.

tei leicht dominiert. Dort erzielen die GRÜNEN inzwischen ihre höchsten Anteile, durchweg oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Das Verlustmuster für die SPD läßt sich weiter präzisieren. Es sind die großen deutschen Metropolen mit Dienstleistungscharakter oder Schrittmacherindustrien, in denen die SPD seit 1972 ihre Vormachtstellung völlig eingebüßt hat. In den Großstädten des Industriereviere an der Ruhr verteidigten die Sozialdemokraten dagegen ihre absoluten Mehrheiten, allerdings auch mit beträchtlichen Verlusten gegenüber 1976. Nirgendwo profitierten andere Parteien stärker als die GRÜNEN von diesen Wählereinbrüchen der SPD.

Wie weit diese Trends durch die ganze Republik durchgingen, im Niveau aber durch den politischen Föderalismus moduliert wurden, belegt die nachfolgende Übersicht. Darin sind die Wahlergebnisse 1987 im ganzen Bundesgebiet denen in Nordrhein-Westfalen einander gegenübergestellt, und zwar nach den Kriterien, die für das Wahlverhalten nach wie vor bedeutsam sind: Verdichtung und Wirtschaftsstruktur, Berufsstatus und Konfession<sup>3)</sup>.

Die Verluste der Union konzentrieren sich im Bundesgebiet wie in Nordrhein-Westfalen auf die länd-

<sup>3)</sup> Die Bedeutung eigener Regionaltrends wird insbesondere herausgearbeitet in der Wahlanalyse von Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke, In den Revieren des neuen Mittelstandes werden Wahlen entschieden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Februar 1987, S. 11.

Tabelle 2: Städte im Vergleich 1972–1987

	1972 %	SPD 1987 %	Diff.	Grüne 1987 %
München	47,9	30,9	-17,0	13,4
Frankfurt	47,0	33,7	-13,3	13,3
Hamburg	54,5	41,2	-13,3	11,0
Stuttgart	44,7	31,8	-12,9	12,7
Bremen	58,1	46,5	-11,6	14,5
Köln	52,9	43,0	- 9,9	11,2
Hannover	53,2	43,4	- 9,8	10,6
Essen	58,9	52,0	- 6,9	7,4
Dortmund	61,9	55,2	- 6,7	8,0
Duisburg	64,0	59,4	- 4,6	6,5
Bundesgebiet	45,8	37,0	- 8,8	8,3

Quelle: infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl 1987.

lichen, katholischen, eher gewerblich strukturierten Gebiete. Dort konnte umgekehrt die SPD gegenüber 1983 teils noch zulegen oder zumindest ihre Einbußen deutlich begrenzen. Dies spricht für die These, daß es den Sozialdemokraten 1987 in den gewerblich strukturierten Gebieten gelang, Teile ihrer 1983 abtrünnigen Wähler aus dem Traditionsbereich, die sich inzwischen von der Union enttäuscht fühlen, wieder zurückzugewinnen; dieses eher der SPD sozial affine Wählersegment also erneut zu stabilisieren.

In den Dienstleistungszentren mit ihren modernen Berufsprofilen ist jedoch die SPD der größte Verlierer, so daß dort selbst die CDU/CSU vergleichsweise wenig Stimmen eingebüßt hat. Diesen Wählerbewegungen zwischen den beiden großen Parteien entsprechen — abhängig von der Blockbildung — Parallelen bei den kleinen. Beide bauten insbesondere dort ihre Wählerbasis über den Trend der Wahl 1987 hinaus aus, wo der wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierungsprozeß am weitesten vorangeschritten ist: in den Dienstleistungsmetropolen<sup>4)</sup>.

Die alten politischen Konfliktlinien, die einstmal die Konfessionsteilung verursacht haben, mischen sich in diese Trends und beleuchten die „Strukturaufweichung“ im Wählerlager der Union. So ist der Rückgang der Christdemokraten, blickt man bis 1969 zurück, in einzelnen Wirtschaftsregionen dann größer, wenn der Katholikenanteil besonders hoch ist. Ausnahme sind die ländlichen Gebiete, wo die Union gleichmäßig gegenüber 1969 zugunsten der Sozialdemokraten verloren hat. Ehemals loyale Wählerschichten wie die von der Landwirtschaft lebende Wahlbevölkerung sowie die Katholiken sehen ihre Interessen in der Union heute weniger repräsentiert.

Die Veränderungsmuster der SPD verlaufen keineswegs spiegelbildlich zu den Verlusten der CDU/CSU, was den Schluß zugelassen hätte, die Sozialdemokratie profitiere von der zunehmenden Säkularisierung und der damit einhergehenden nachlassenden Integrationskraft der Union. Dies ist nicht der Fall. Die SPD hat vielmehr gegenüber 1969, nahezu unabhängig von den Konfessionslinien, in jenen schon beschriebenen Strukturtypen am meisten verloren, in denen die modernen Mittelschichten überwiegend leben. Im gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß, wie er an den sich aufweichenden konfessionellen Strukturen ablesbar ist, haben sich offenbar in der Konkurrenz der Parteien um Interessenvertretung ganz besonders gut die kleinen den Wählern empfohlen.

<sup>4)</sup> So auch die Forschungsgruppe Wahlen in ihrer Bundestagswahlanalyse 1987; vgl. hierzu DIE ZEIT vom 30. Januar 1987, S. 5.

Tabelle 3: Stimmenentwicklung 1983–1987 nach Wählerstrukturen  
(in Prozentpunkten)

	Bundesgebiet				Nordrhein-Westfalen			
	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	CDU	SPD	FDP	Grüne
Alle Wahlkreise	-4,5	-1,2	2,1	2,7	-5,1	0,4	2,0	2,3
Wirtschaftssektor								
Ländliche Gebiete	-5,6	0,5	1,8	2,1	-5,7	1,7	1,5	2,0
Industriegebiete	-4,9	-0,3	2,0	2,3	-4,9	0,9	1,7	1,9
Gemischt gewerbliche Gebiete	-4,2	-1,3	2,1	2,7	-5,2	0,5	1,9	2,3
Dienstleistungsorte	-4,5	-2,0	2,5	3,4	-5,9	-1,2	2,8	3,8
Dienstleistungszentren	-2,8	-4,8	2,9	4,2	-4,8	-2,6	3,0	4,0
Anteil: Angestellte und Beamte								
– niedrig	-5,4	0,1	1,8	2,2	-6,7	3,1	1,5	1,5
– mittel	-4,6	-0,6	2,0	2,4	-5,1	1,0	1,8	1,9
– hoch	-3,5	-3,5	2,6	3,8	-4,8	-1,5	2,6	3,3
Katholikenanteil								
– hoch	-5,4	-0,1	1,9	2,4	-6,1	1,2	2,2	2,1
– mittel	-4,5	-1,5	2,2	2,9	-4,8	0,1	1,9	2,4
– niedrig	-3,9	-1,2	2,2	2,4	-5,3	1,5	1,4	2,9

Quelle: infas-Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl 1987.

### III. Parteienanteile in sozioökonomischen Wählerbereichen:

#### Die alten Scheidelinien durch Konfession, Berufsstatus, Gewerkschaftsbindung

Analysen von Wahlergebnissen anhand sozialstruktureller Merkmale von Wahlkreisen oder größerer räumlicher Einheiten wie die vorangegangene geben zwar ungefähre Auskunft über das Wahlverhalten der dort anzutreffenden Wählerschichten. Die Repräsentativerhebung dagegen erlaubt die direkte Verknüpfung von Informationen über Wählerverhalten und Sozialstruktur. Die Anhänger verschiedener politischer Parteien können dabei auf ihre soziale Zusammensetzung hin untersucht werden bzw. bestimmte soziale Gruppen auf die Resonanz, die die verschiedenen Parteien bei ihnen erreichen. Beide Betrachtungsweisen beziehen ihre Rechtfertigung aus der Beobachtung, daß Wahlverhalten soziales Verhalten ist, geprägt durch Zugehörigkeit der Wähler zu bestimmten Gruppen. Dies prägt nicht nur die sozialen Kontakte, Wertvorstel-

lungen und Loyalitäten der Wähler, sondern auch ihr Informationsverhalten und damit ihre Bereitschaft, bestimmte Argumente eines Wahlkampfes anzunehmen oder abzulehnen, sich für eine bestimmte Partei mobilisieren zu lassen.

Mit Hilfe statistischer Analyseverfahren hat infas entlang der alten Trennlinien von Konfession, Beruf und gewerkschaftlicher Bindung eine komplexe Definition von fünf wahlsoziologischen Bereichen entwickelt, die in sich ein relativ homogenes Wahlverhalten aufweisen, in denen die Haushaltsmitglieder ihre Stimme weitgehend einheitlich abgeben und die das politische Spektrum zwischen rechts und links abbilden. Diese fünf Gruppen („Sozioökonomische Typen“), deren politische

Orientierung in einem ersten Schritt im Zeitvergleich beschrieben werden soll, sind:

- der „Arbeiterbereich“ (gewerkschaftlich organisierte sowie nicht-organisierte, bewußte Arbeiter)
- gewerkschaftlich gebundene Angestellte und Beamte
- die „Neue Mittelschicht“ (soziale Aufsteiger, d. h. Personen, die sich im Laufe ihrer Berufsentwicklung aus der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft gelöst haben, sowie Angestellte, Beamte oder Selbständige, deren Väter Arbeiter waren)
- die „Alte Mittelschicht“ (Angestellte, Beamte und Selbständige, deren Väter bereits gleichartige Berufe gehabt haben)
- der „Katholische Traditionsbereich“ (Angehörige der Mittelschicht und der Arbeiterschaft mit engen kirchlichen Bindungen).

Gliedert man *alle Wahlberechtigten im Bundesgebiet* nach den genannten Wählersegmenten auf, so zeigt sich, daß keines davon eindeutig dominant ist; sie liegen in den Größenordnungen recht nahe beieinander. Das relativ stärkste Segment ist der Arbeiterbereich mit einem Anteil von 25 Prozent. Die zweitgrößte Gruppe ist mit 22 Prozent die Alte Mittelschicht. Die drei restlichen Gruppierungen umfassen jeweils 19 bzw. 15 Prozent der Wähler<sup>5)</sup>.

Ein Vergleich mit 1976 macht auf den strukturellen gesellschaftlichen Wandel aufmerksam: Auf der einen Seite ein rückläufiger Anteil des Arbeiterbereichs (von 30 % auf 25 %) und auf der anderen Seite ein deutlicher Anstieg der Neuen Mittelschicht. Der Anteil dieser Wählergruppe, die soziostrukturell keiner Partei unmittelbar zuzuordnen ist, stieg von 13 auf 19 Prozent. Beobachtungen eines wachsenden Potentials von Wechselwählern finden hier eine materielle Basis.

In der Palette der fünf beschriebenen Wählersegmente und den jeweils dort vorherrschenden Partei-bindungen spiegelt sich die sozialstrukturelle Determination des Wählerverhaltens in der Bundesrepublik Deutschland wider, aber auch der gesellschaftliche Wandel mit der Abschwächung überkommener Wählerbindungen. Im Arbeiterbereich und bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten verfügt die SPD traditionell über einen klaren Vorsprung vor der CDU/CSU; in der Alten Mittelschicht sind die Kräfteverhältnisse umgekehrt. Im Katholischen Traditionsbereich, dem Stammwählerreservoir der Union, dominiert die Union mit Wählerreserven zwischen 70 und 80 Prozent, so daß die Sozialdemokraten mit Anteilen von weniger als 20 Prozent kaum Fuß fassen können. Die Neue Mittelschicht

schließlich wird von den beiden großen Parteien am heftigsten umkämpft.

Die historischen Konfliktlinien, die unser Parteiensystem vor hundert Jahren entstehen ließen, spiegeln sich heute noch in den Wählerbindungen wider.

### Verschiebungen zwischen 1983 und 1987

Für die Interpretation der Veränderungen der Wählerbindungen zwischen 1983 und 1987 liefert die Entwicklung der Parteipräferenzen in den sozioökonomischen Typen wichtige Hinweise. In den einzelnen Wählersegmenten setzten sich zwischen 1983 und 1987 gleichgerichtete Trends durch. Ein erster Blick macht deutlich: Der höchste Mobilisierungsgrad war für die SPD durchweg 1985 bis Mitte 1986 zu beobachten; in diese Zeit fiel zugleich das Tief der Union in allen Wählersegmenten.

Für die CDU/CSU waren über diese Periode hinweg nahezu kontinuierlich Verluste zu verzeichnen: Zwischen –11 Prozentpunkten im Arbeiterbereich und –5 Punkten in der Neuen Mittelschicht. Lediglich in ihrem Stammwählerbereich der katholisch gebundenen Wählerschicht konnte die Union sich mit leichtem Zuwachs stabilisieren.

Die SPD erreichte 1987 – nach einem Zwischenhoch 1985 – in der gewerkschaftlich organisierten Angestellten- und Beamtenschaft sowie in der Neuen und der Alten Mittelschicht wieder nur in etwa das Niveau von vor vier Jahren. Im Arbeiterbereich hat sie sich jedoch nach dem Einbruch Ende 1982/Anfang 1983 kräftig regeneriert. Die Sozialdemokraten waren somit 1987 im Arbeiterbereich mit einem Anteil von 63 Prozent weitaus gefestigter als 1983 (55 %). Auf dem anderen Pol, der katholisch gebundenen Traditionswählerschaft, ist der ohnehin sehr schwache SPD-Anteil von 1983 (17 %) noch weiter abgesackt (auf 11 %).

Gewinner in vier der fünf sozioökonomischen Typen waren die GRÜNEN. Im Arbeiterbereich konnten sie ihre Präferenzen mehr als verdoppeln (von 3 auf 7 %); in der Alten Mittelschicht – ihrer wichtigsten Wählerbasis – legten sie 6 Prozentpunkte (von 9 auf 15 %) zu und bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten 4 Prozentpunkte (von 6 auf 10 %). Geringe Zuwächse auf niedrigem Niveau im Katholischen Traditionsbereich (von 2 auf 4 %) sowie Gleichstand in der Neuen Mitte gegenüber 1983 (4 %) runden das Bild ab.

Die Liberalen hatten die stärksten Gewinne (jeweils +5) gegenüber 1983 in der Alten und Neuen Mittelschicht sowie unter gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten. Im Arbeiterbereich wie im Katholischen Segment blieben die Liberalen weiterhin schwach vertreten, während sie in der gewerkschaftlich gebundenen Mittelschicht 1987 7 Prozent erreichten.

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu infas, Politogramm Bundestagswahl 1987, Bonn-Bad Godesberg, S. 62–68.

## IV. Wahlverhalten der Berufstätigen (1976–1987): Die traditionelle Scheidelinie

Es stellt sich die Frage, inwieweit die starken Verluste der Union — neben der Abwanderung bestimmter Teile der Mittelschichten zur FDP — auch durch eine Restabilisierung der SPD im Arbeiterbereich und im gewerkschaftlich gebundenen Milieu erklärt werden können, wo die SPD 1983 besonders starke Einbrüche zu verzeichnen hatte<sup>6)</sup>.

Arbeiter äußerten 1987 zu 59 Prozent eine SPD-Wahlabsicht: Das ist ein Niveau knapp unter dem Ergebnis von 1976 und 1980. Gegenüber der letzten Bundestagswahl legte die SPD jedoch unter Arbeitern 4 Prozentpunkte zu. Beträchtlich waren im Vergleich dazu die Verluste der Union, die bei den Arbeitern 8 Prozentpunkte verlor und unter den Pegel von 1976 rutschte. Die Lücke zwischen SPD und Union vergrößerte sich unter Arbeitern damit

<sup>6)</sup> Hierzu gab es 1983 eine Kontroverse zwischen infas und der Forschungsgruppe Wahlen, die SPD-Einbrüche hauptsächlich in den Mittelschichten lokalisierte. Vgl. hierzu Ursula Feist/Hubert Krieger/Pavel Uttitz, Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1983) 7, S. 414–427, und Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 1983. Eine Analyse der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983, Bericht Nr. 32, Mannheim 1983.

wieder auf 26 Punkte und erreichte fast den Höchstwert von 1980. Das heißt, *bei den gewerblichen Arbeitnehmern hat es einen deutlichen Rückstrom von der CDU/CSU zur SPD bei der Bundestagswahl 1987 gegeben*. Die alte SPD-Wählerbasis hat sich wiederbelebt.

Die Entwicklung unter Angestellten und Beamten begründet dagegen das im Vergleich zu 1983 noch weiter verschlechterte Abschneiden der Sozialdemokraten: Konnten sie 1983 noch 43 Prozent der Stimmen von Angestellten und Beamten auf sich vereinigen, so waren es 1987 nur 37 Prozent. Die Union hingegen hat ihren Anteil von 47 Prozent stabilisiert. Der Abstand der beiden großen Parteien in diesem wichtigen, weil wachsenden Wählersegment vergrößerte sich auf 10 Prozentpunkte zugunsten der Union. Dies ist der größte Vorsprung der CDU/CSU seit Ende der sechziger Jahre in diesem Bereich<sup>7)</sup>. Die Gewinner im Angestellten- und Beamtenmilieu waren die GRÜNEN und auch die FDP. Die FDP legte um 2 und die GRÜNEN um 4 Prozentpunkte zu.

<sup>7)</sup> Ähnliche Trends weist auch die Wahlanalyse des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung auf. Vgl. hierzu Hans-Joachim Veen (Anm. 2).

Tabelle 4: Bundestagswahlabsicht nach Sozialstruktur\*)

	Arbeiter				Angestellte und Beamte				Selbständige			
	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %
CDU/CSU	37	30	41	33	48	37	47	47	81	70	77	70
FDP	2	6	1	2	10	11	4	6	6	11	4	8
SPD	60	62	55	59	43	50	43	37	13	20	15	16
Andere	1	1	3	6	0	2	6	10	0	0	5	6

Relative Änderung des Parteienanteils nach Sozialstruktur\*)

	Arbeiter				Angestellte und Beamte				Selbständige			
	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %
CDU/CSU	0,81	1,37	1,11	0,80	0,77	1,27	0,98	1,00	0,86	1,10	0,95	0,91
FDP	3,00	0,17	0,50	2,00	1,10	0,36	0,40	1,50	1,83	0,36	0,67	2,00
SPD	1,03	0,89	0,92	1,07	1,16	0,86	1,00	0,86	1,54	0,75	1,15	1,07
Andere	1,00	3,00	3,00	2,00	—	3,00	—	1,67	3,00	1,00	3,00	1,20

\*) Der Anteil der Meinungslosen wurde proportional umgerechnet

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet ohne Berlin (West), 1976 bis 1987, jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5 000 bis 6 000 Fälle, Random-Auswahl:

Unter den Selbständigen richtete sich der Trend eindeutig gegen die CDU/CSU. Die Union büßte gegenüber 1983 7 Punkte ein; die SPD, seit eh und

je in diesem Wählersegment kaum verankert, stagniert bei 16 Prozent. Gewinner ist hier eindeutig die FDP.

## V. Trends im Wahlverhalten einzelner Arbeitnehmergruppen: Eine Präzisierung

Das grundsätzliche Muster der Verluste von SPD und CDU/CSU in der Arbeitnehmerschaft ist somit beschrieben worden. Es wäre zu präzisieren, in welchen Teilen der Arbeiterschaft die Einbußen der CDU/CSU und in welchen Teilen der Mittelschicht die SPD-Verluste zu verorten sind und welche Rolle hierbei die gewerkschaftliche Bindung der Arbeitnehmer spielt<sup>8)</sup>.

### Die Arbeiter

Innerhalb der Arbeiterschaft verlor die Union insbesondere im Kernbereich, d. h. unter Facharbeitern. Hier reduzierte sich ihr Anteil von 41 Prozent (1983) auf 32 Prozent (1987). Mit 11 Prozentpunkten waren die Einbrüche der Union bei den ungelerten Arbeitern noch deutlicher. Die SPD war

der Hauptprofiteur dieser Einbußen. Bei den Facharbeitern legte sie 5 Prozentpunkte und bei den ungelerten Arbeitern sogar 12 Prozentpunkte gegenüber 1983 zu. Auffallend ist jedoch, daß die Sozialdemokraten bei der für sie wichtigen Gruppe der Facharbeiter unter ihrem Ergebnis von 1976 blieben. Hier traten die GRÜNEN als Konkurrenz auf, die bei den Facharbeitern 1987 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Eine weitere für Mobilisierung zugunsten der SPD strategisch wichtige Untergruppe sind die Arbeiter in den Großbetrieben. Hier hat sich jedoch zwischen 1983 und 1987 wenig bewegt. Die SPD erhielt 63 Prozent (+1 Prozentpunkt) und die Union 30 Prozent (-3 Prozentpunkte). Im Langzeitvergleich reduzierte sich jedoch der Anteil der Union gegenüber 1976 um 8 Prozentpunkte. Zugleich konnten sich die GRÜNEN profilieren und 1987 6 Prozent der Stimmen mobilisieren.

<sup>8)</sup> Eine erste infas-Analyse dieser Trends findet sich bei Hubert Krieger, Denktzettel für die Konservativen, in: Der Gewerkschafter, (1987) 2, S. 2-3.

Die vorangegangene ökologische Analyse der Wahlergebnisse hat die allgemein abnehmende

Tabelle 5: Bundestagswahlabsicht bei Arbeitern \*)

	Ungelernte				Angelernte				Facharbeiter			
	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %
CDU/CSU	47	40	46	35	38	36	39	37	35	27	41	32
FDP	0	6	0	0	1	2	1	2	2	6	1	2
SPD	51	53	53	65	59	58	59	56	61	65	54	59
Andere	1	0	1	0	1	4	1	5	1	1	4	7

Relative Änderung des Parteienanteils nach Arbeitern \*)

	Ungelernte				Angelernte				Facharbeiter			
	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %
CDU/CSU	0,85	1,15	0,98	0,76	0,95	1,08	1,03	0,95	0,77	1,52	1,17	0,78
FDP	—	0,00	—	—	2,00	0,50	1,00	0,50	3,00	0,17	0,50	2,00
SPD	1,04	1,00	1,04	1,23	0,98	1,02	1,00	0,95	1,07	0,83	0,89	1,09
Andere	0,00	—	1,00	—	4,00	0,25	1,00	5,00	1,00	4,00	4,00	1,75

\*) Der Anteil der Meinungslosen wurde proportional umgerechnet.

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet ohne Berlin (West), 1976 bis 1987, jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5 000 bis 6 000 Fälle, Random-Auswahl.

**Tabelle 6: Bundestagswahlabsicht bei Arbeitern nach Religion \*)**  
1976–1987

	Religion							
	Katholisch				Evangelisch			
	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %
CDU/CSU	55	43	51	50	21	21	34	21
FDP	1	4	0	0	3	6	3	3
SPD	42	52	47	46	75	71	62	70
Andere	1	1	3	4	1	1	1	6

\*) Der Anteil der Meinungslosen wurde proportional umgerechnet

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet ohne Berlin (West), 1976 bis 1987, jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5 000 bis 6 000 Fälle, Random-Auswahl.

**Tabelle 7: Bundestagswahlabsicht in der Mittelschicht \*)**

	Höhere Angestellte und Beamte				Niedrigere und mittlere Angestellte und Beamte			
	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %	1976 %	1980 %	1983 %	1987 %
CDU/CSU	52	39	55	52	47	35	44	45
FDP	11	20	6	10	8	9	3	4
SPD	37	39	31	28	45	54	49	41
Andere	0	2	8	10	0	3	5	10

**Relative Änderung des Parteienanteils in der Mittelschicht \*)**

	Höhere Angestellte und Beamte				Niedrigere und mittlere Angestellte und Beamte			
	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %	80/76 %	83/80 %	83/76 %	87/83 %
CDU/CSU	0,75	1,41	1,06	0,95	0,74	1,26	0,94	1,02
FDP	1,82	0,30	0,55	1,67	1,13	0,33	0,38	1,33
SPD	1,05	0,80	0,84	0,90	1,20	0,91	1,09	0,84
Andere	—	4,00	—	1,25	0,00	1,67	—	2,00

\*) Der Anteil der Meinungslosen wurde proportional umgerechnet.

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet ohne Berlin (West), 1976 bis 1987, jeweils das Quartal vor der Bundestagswahl, ca. 5 000 bis 6 000 Fälle, Random-Auswahl.

Bedeutung der katholischen Scheidelinie für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987 herausgearbeitet. Dieser Effekt zeigte sich jedoch nicht in der Arbeiterschaft. Hier blieb die Union unter katholischen Arbeitern mit 50 Prozent gegenüber 1983 stabil. Auch der SPD-Anteil blieb unverändert. Die Verschiebung bei den gewerblichen Arbeitnehmern insgesamt konzentriert sich somit auf die evangelischen Arbeiter. Hier gewannen die SPD 8 und die GRÜNEN 5 Prozentpunkte gegenüber

1983. Der Verlierer war die Union, die mit einem Anteil von 21 Prozent 13 Prozentpunkte gegenüber 1983 einbüßte und damit auf ihr Ergebnis von 1976 in dieser Arbeitergruppe zurückfiel.

### Die Mittelschicht

Auch die Verluste der SPD in der Mittelschicht können näher eingekreist werden. Mobilisierte die SPD unter kleinen und mittleren Angestellten und

Beamten 1983 noch knapp die Hälfte der Stimmen (49%), so verlor sie hier 1987 8 Prozentpunkte. Die Union lag in diesem Teil der Mittelschicht mit 45 Prozent vor der SPD. Besonders stark war der Zugewinn der GRÜNEN in diesem Wählersegment; sie konnten hier ihren Anteil von 5 auf 10 Prozent verdoppeln.

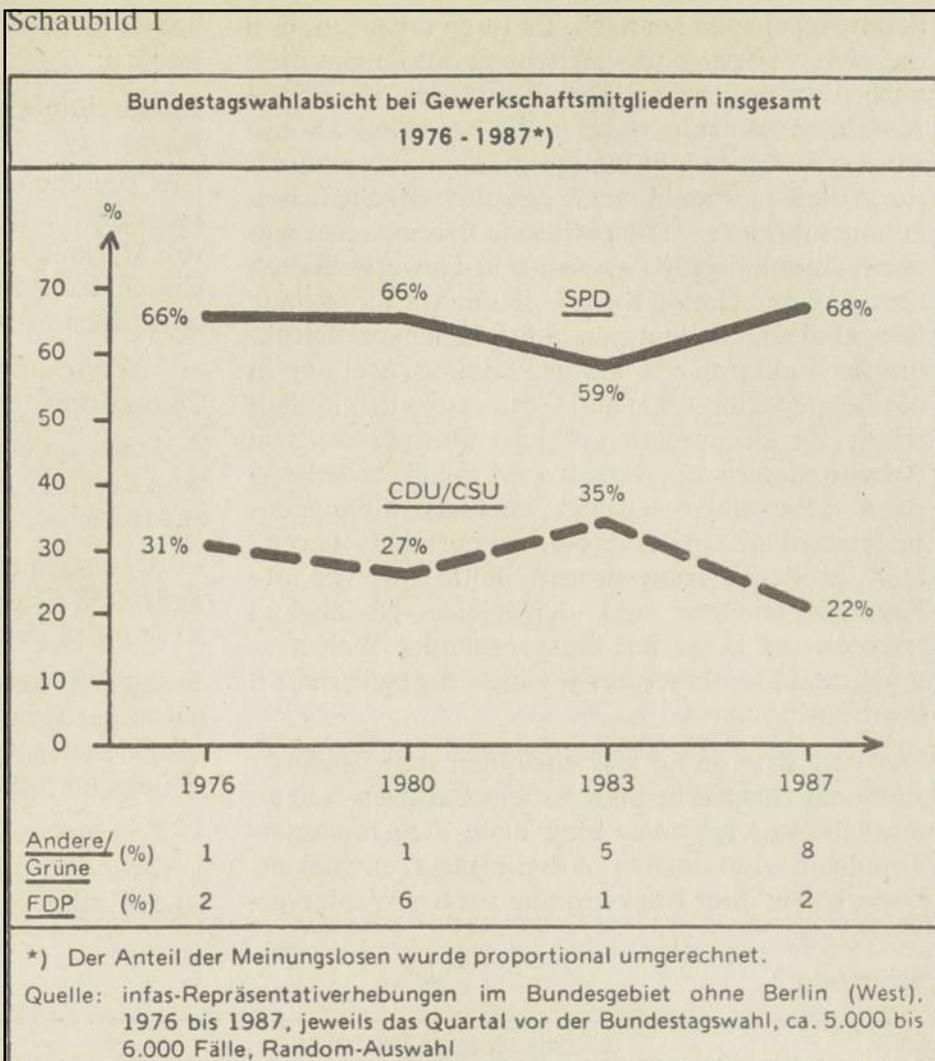
Bedeutend weniger bewegte sich hingegen bei den statushöheren Angestellten und Beamten. Hier war die FDP, 1983 besonders stark dezimiert, neben den GRÜNEN einziger Gewinner. Die beiden großen Parteien hingegen verloren jeweils 3 Prozentpunkte. So blieb es bei einem deutlichen Vorsprung der Union vor der SPD.

### Gewerkschaftsmitglieder

Welche Rolle spielten für den Wahlentscheid 1987 die Gewerkschaftsmitglieder in der Arbeitnehmerschaft? Bei der Bundestagswahl 1983 war es der Union gelungen, hier tief in das Lager der SPD-Stammwähler einzudringen. Damals reduzierte sich der Vorsprung der SPD vor der CDU/CSU hier auf 24 Prozentpunkte<sup>9)</sup>. Mit dem Wahlgang vom 25. Januar 1987 stellten sich jedoch die alten Strukturen wieder her. Mehr noch, mit einem Verhältnis von 68 Prozent zu 22 Prozent erzielten die Sozialdemokraten den größten Vorsprung vor der Union in diesem Wählersegment seit 1976. Auch die GRÜNEN konnten sich verbessern und erreichten 8 Prozent.

Es stellt sich die Frage, inwieweit sich der oben konstatierte Arbeiter- und Mittelschichteffekt bei den beiden großen Volksparteien auch innerhalb der Gewerkschaftsmitgliedschaft zeigt. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist diese

Schaubild 1



Frage eindeutig positiv zu beantworten. Hier verlor die Union gegenüber 1983 16 Prozentpunkte und konnte nur noch knapp jeden fünften gewerkschaftlich organisierten gewerblichen Arbeitnehmer für ihre Politik mobilisieren. Anders die SPD: Sie konnte im Januar 1987 fast drei Viertel der gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter hinter sich bringen und damit ihr Ergebnis von 1976 sogar noch verbessern. Innerhalb der Mittelschicht ergaben sich zwar für die Sozialdemokraten bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern keine Verluste, die Gewinne waren jedoch mit 2 Prozentpunkten gegenüber 1983 recht mager. Auch die Verluste der Union waren weit weniger dramatisch als bei den organisierten gewerblichen Arbeitnehmern<sup>10)</sup>.

## VI. Kern- und Randbelegschaften: Eine neue Scheidelinie?

Die empirische Arbeitsmarktforschung in der Bundesrepublik weist in den letzten zehn Jahren eine zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes in einen

primären Bereich mit sicheren, relativ konjunktur-unabhängigen Arbeitsplätzen und in einen sekundären Bereich mit unsicheren bis permanent gefähr-

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu: Ursula Feist/Hubert Krieger/Menno Smid, Das „kritische“ Potential bei der Bundestagswahl 1983. Die bewußte Arbeitnehmerschaft, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, April 1984, S. 124-136.

<sup>10)</sup> Hierbei zeigen sich jedoch ausgeprägte regionale Trends. Vgl. hierzu die NRW- und Ruhrgebietsanalyse von infas bei Hubert Krieger, in: Die Einheit, Mitgliederzeitung der IG Bergbau und Energie, (1987) 5, S. 8.

deten Arbeitsplätzen nach. Es ist zu erwarten, daß die sich verfestigende Arbeitsmarktsegmentation auch das politische Bewußtsein der jeweiligen Arbeitnehmergruppe nachhaltig beeinflusst. Somit würde die Zuordnung zum primären oder sekundären Arbeitsmarkt eine neue gesellschaftliche Scheidelinie markieren. Die politische Brisanz einer solchen Trennlinie für Parteien und Gewerkschaften liegt auf der Hand. Inwieweit könnte diese neue Grenzlinie die Bedeutung traditioneller sozialstruktureller Faktoren wie Status, Bildung, Stellung in der Betriebshierarchie und Gewerkschaftsmitgliedschaft für das gesellschaftliche Bewußtsein von Arbeitnehmern überlagern und zu einer sukzessiven „Entsolidarisierung“ ehemals homogener Interessenlagen in der Arbeitnehmerschaft führen? Der Modernisierungsprozeß hätte privilegierte Kernbelegschaften und deprivierte Randbelegschaften zur Folge mit entsprechender Wahrnehmung und Deutung ihrer je eigenen gesellschaftlichen Position.

Um eine Zuordnung der einzelnen Arbeitnehmer zu einem entsprechenden Arbeitsmarktsegment zu ermöglichen, hat infas eine neue Arbeitnehmer-Typologie zum dualen Arbeitsmarkt entwickelt. Diese soll in ihrer Rückwirkung auf das Wählerver-

halten in einem abschließenden Schritt untersucht werden:

### Beschreibung der Typologie zum dualen Arbeitsmarkt

Die Typologie setzt sich aus insgesamt sechs Indikatoren zusammen, einer Kombination aus objektiven Merkmalen der Arbeitnehmer und subjektiven Einschätzungen zur Arbeitsplatzsicherheit. Die objektiven Merkmale sind:

- *Wirtschaftssektor* mit der Differenzierung Öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft.
- *Status* im öffentlichen Dienst mit der Unterteilung Beamter einerseits und Arbeiter/Angestellter andererseits.
- *Arbeitszeit* mit der Differenzierung Vollzeit und Teilzeit. Teilzeit wird hierbei definiert: weniger als 30 Stunden pro Woche.

Zusätzlich werden drei Arbeitsmarktindikatoren herausgezogen, die sich auf die subjektive Einschätzung der Personalentwicklung im Betrieb bzw. auf das eigene Arbeitsplatzrisiko erstrecken:

- *Personalentwicklung des eigenen Betriebes in der Vergangenheit* mit den Dimensionen: Neueinstellung, Entlassung, keine Veränderung.

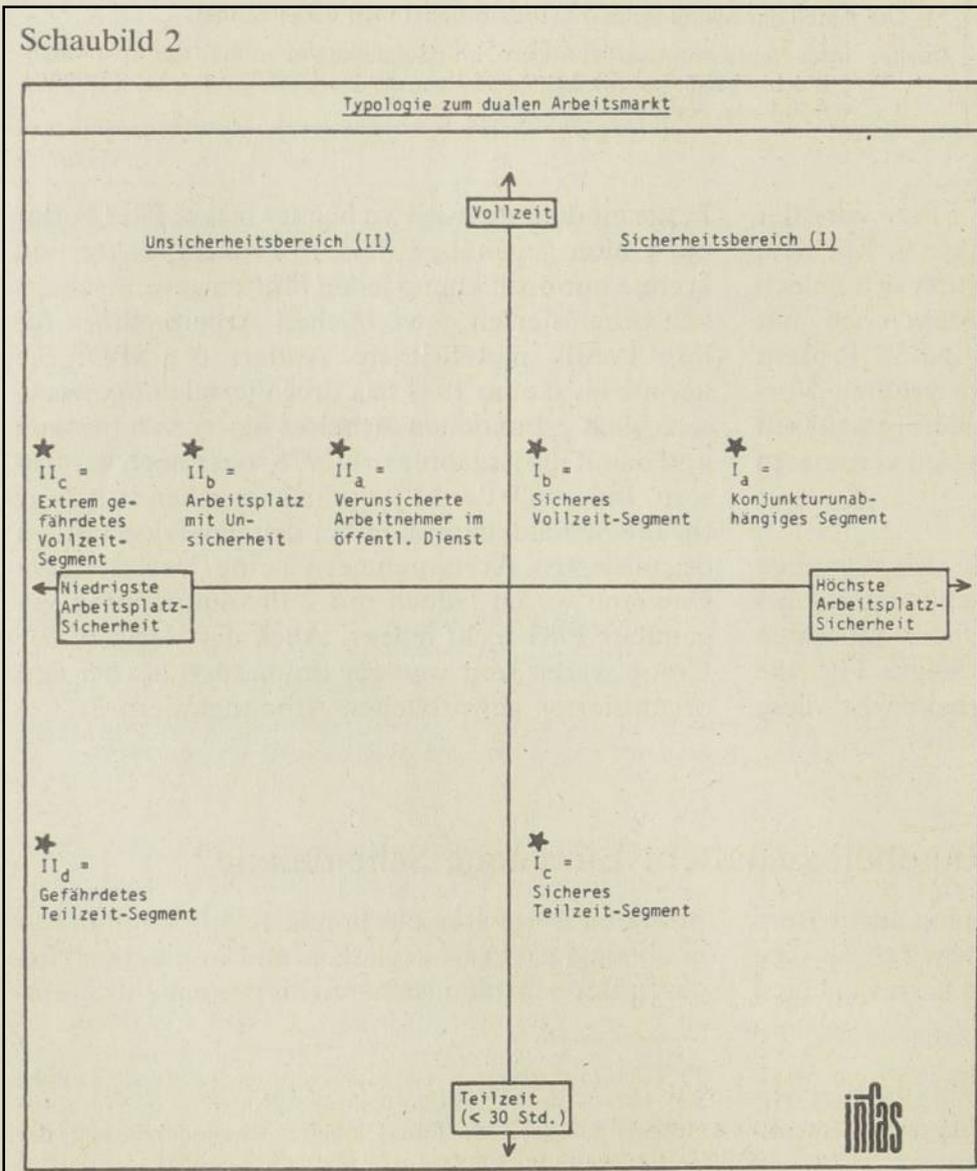
– *Personalentwicklung des eigenen Betriebes in der Zukunft* mit den gleichen Dimensionen.

– *Persönliches Arbeitsplatzrisiko* mit der Differenzierung: künftig gleich groß/größer und gleich gering/geringer.

Erwartungsgemäß ergibt sich bei der Zusammenfügung dieser Indikatoren eine Graduierung zwischen dem Pol einer absoluten Arbeitsplatzsicherheit (Beamte) und dem einer extremen Arbeitsplatzgefährdung. Als Beispiel für extreme Arbeitsplatzgefährdung wären somit Arbeitnehmer im privaten Sektor zu nennen, die in einem Betrieb mit rückläufiger Personalentwicklung als Teilzeitkräfte beschäftigt sind und das Risiko, ihren eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, subjektiv hoch ansetzen.

Bei einer Ausdifferenzierung lassen sich aufgrund eines statistischen Verfahrens insgesamt sieben Typen voneinander unterscheiden: drei im Sicherheitsbereich (primärer Sektor) und vier im Unsicherheitsbereich (sekundärer Sektor). Das Segment mit der höchsten Arbeitsplatzsicherheit ( $I_a$ ) um-

Schaubild 2



umfaßt Beamte, Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, die ihren Arbeitsplatz als sicher ansehen, sowie Vollzeit Arbeitnehmer aus dem expandierenden Teil der Privatwirtschaft, die subjektiv von hoher Arbeitsplatzsicherheit ausgehen. Die beiden anderen Segmente im primären Sektor sind das sichere Vollzeit- und ein sicheres Teilzeit-Segment ( $I_b$  und  $I_c$ ).

Das am stärksten besetzte Segment im Unsicherheitsbereich ist das extrem gefährdete Vollzeit-Segment ( $II_c$ ). Hierin sind Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft vertreten, die in einem personalmäßig schrumpfenden Betrieb arbeiten und die für sich ein hohes persönliches Arbeitsplatzrisiko in Zukunft erwarten.

### Wahlverhalten von Arbeitnehmern im Sicherheits- und Unsicherheitsbereich

Legt man die Vorwahlbefragung von infas bei ca. 1 500 Wahlberechtigten zugrunde, so ergibt sich bei den darin enthaltenen ca. 730 abhängig Beschäftigten folgender Anteil in den einzelnen Arbeitsmarktsegmenten: Im primären Arbeitsmarktsegment waren insgesamt 48 Prozent und im sekundären 52 Prozent der Arbeitnehmer vertreten. Hiermit ergibt sich ein fast identisches Verteilungsmuster, wie wir es auch bei einer großen Repräsentativbefragung bei über 3 400 Arbeitnehmern im Frühjahr 1986 gefunden haben. Innerhalb des Sicherheitsbereichs sind das  $I_a$ - und  $I_b$ -Segment fast gleich stark. Im Unsicherheitsbereich hat das „extrem gefährdete Vollzeit-Segment“ mit 29 Prozent den größten Anteil an allen sieben Arbeitsmarktsegmenten. Aber auch das Segment „Arbeitsplätze mit Unsicherheit“ hat mit einem Anteil von 15 Prozent quantitativ hohes Gewicht. Angesichts der unterschiedlichen Größen der einzelnen Sektoren lassen sich Aussagen hinsichtlich der politischen Orientierung nur über die Segmente  $I_a$  und  $I_b$  sowie  $II_b$  und  $II_c$  machen, da für die drei restlichen Segmente die Besetzungszahlen in der Vorwahlbefragung zu gering sind.

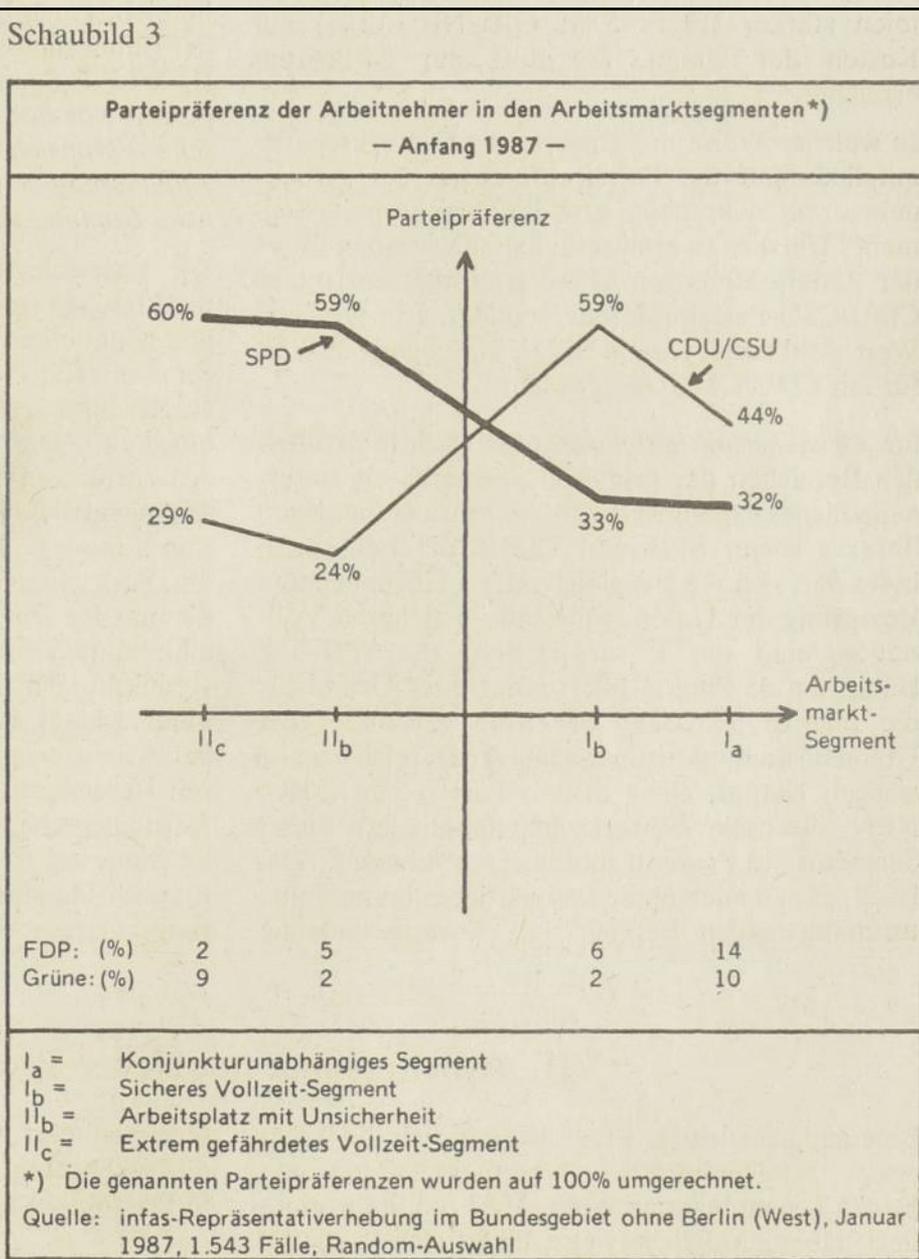
Die Ergebnisse sind eindeutig: Im primären Arbeitsmarktsegment dominierte bei der Bundestagswahl 1987 eindeutig die

Union, während im Unsicherheitsbereich die SPD die Vorherrschaft hatte. So gelang es der Union im konjunkturunabhängigen Segment, worin ein großer Anteil von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst repräsentiert ist, 44 Prozent der Arbeitnehmer zu binden; die FDP erreichte dort 14 Prozent. Der Regierungsblock erzielte somit 58 Prozent, während die beiden Bonner Oppositionsparteien auf 32 (SPD) und 10 Prozent (GRÜNE) kamen.

Noch deutlicher war der Vorsprung von CDU/CSU-FDP im sicheren Vollzeit-Segment, einem Bereich, in dem ausschließlich Arbeitnehmer aus dem prosperierenden Teil der Privatwirtschaft zusammengefaßt sind, die ihren Arbeitsplatz als sicher ansehen. Hier mobilisierte die Union 59 und die FDP 6 Prozent. Jeder dritte Arbeitnehmer wählte in diesem Bereich SPD und nur zwei von hundert die GRÜNEN.

Es zeigen sich somit *beträchtliche Unterschiede innerhalb des primären Arbeitsmarktsegments*. Während das  $I_a$ -Segment zwischen allen vier Parteien stark umkämpft ist (FDP und GRÜNE errei-

Schaubild 3



chen hier zusammen fast ein Viertel der Stimmen), kann im ausschließlich privatwirtschaftlich konstituierten I<sub>b</sub>-Segment die Union drei Fünftel der Stimmen auf sich vereinigen. Bei diesen Unterschieden spielt sicherlich auch die stärkere gewerkschaftliche Durchdringung im öffentlichen Dienst für das Segment I<sub>a</sub> eine Rolle.

Der entgegengesetzte Trend zeigt sich dann, wenn die Arbeitsplätze latent bedroht sind. Sind die Arbeitsplätze mit extremer Unsicherheit verbunden (z. B. Vollzeit-Arbeitnehmer in einem Privatbetrieb, wo Personalentlassungen in der Vergangenheit stattgefunden haben oder in Zukunft zu erwarten sind), so dominierten bei der Bundestagswahl 1987 die Bonner Oppositionsparteien. Hier wählten drei Fünftel der Arbeitnehmer die SPD (60%) und jeder zehnte (9%) die GRÜNEN. Die beiden Regierungsparteien erreichten zusammen noch nicht einmal ein Drittel der Stimmen. Die Union kam auf 29 und die FDP auf 2 Prozent.

Leichte Verschiebungen zeigen sich demgegenüber im II<sub>b</sub>-Segment, den Arbeitsplätzen mit Unsicherheiten. Hier mobilisierten die beiden kleineren Parteien stärker (FDP: 5%; GRÜNE: 12%) auf Kosten der Union, die dort nur 24 Prozent erreichte.

In welcher Weise modifizierte die Gewerkschaftsmitgliedschaft die Parteipräferenzen der Arbeitnehmer im Sicherheits- bzw. im Unsicherheits-Segment? Um dies zu ermitteln, haben wir einen Index der Parteipräferenzen SPD-Parteipräferenz minus CDU/CSU-Parteipräferenz gebildet. Ein positiver Wert steht somit für ein SPD-, ein negativer Wert für ein CDU/CSU-Übergewicht.

Für *Gewerkschaftsmitglieder* ergab sich in den beiden Bereichen des primären Segments ein unterschiedliches Ergebnis: Im konjunkturunabhängigen Bereich liegen SPD und CDU/CSU mit einem Indexwert von -2 fast gleichauf bei einem leichten Vorsprung der Union, während im sicheren Vollzeit-Segment der Privatwirtschaft die SPD die Union um 35 Punkte überrundet. Der Grund für die relative Schwäche der SPD gegenüber der Union im konjunkturunabhängigen Bereich liegt im starken Einfluß einer dritten Partei, den GRÜNEN, die unter Gewerkschaftsmitgliedern dieses Segments 12 Prozent mobilisieren können. Das heißt, es gab auch unter Beschäftigten im konjunkturunabhängigen Bereich mit Gewerkschaftsbin-

dung eine Dominanz des Oppositionsblocks (53%) über den Regierungsblock (47%).

*Der Arbeitnehmerbereich, der 1987 eindeutig von der Union beherrscht wurde, läßt sich nun klarer ausmachen: Es waren die Arbeitnehmer im Sicherheitsbereich, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Im konjunkturunabhängigen Bereich (I<sub>a</sub>) rangierte die Union hier mit 18 Prozentpunkten und im I<sub>b</sub>-Segment mit 45 Prozentpunkten vor den Sozialdemokraten.*

Der Gegenpol wurde durch jene Arbeitnehmergruppen repräsentiert, die mit unsicheren Arbeitsverhältnissen konfrontiert sind und die gleichzeitig einer Gewerkschaft angehören. Wessen Arbeitsplatz unsicher und wer zugleich Gewerkschaftsmitglied ist, sah seine Interessen überwiegend bei der SPD aufgehoben. Im entsprechenden Beschäftigungstensegment kam die SPD auf mehr als 70 Punkte Vorsprung vor der Union, im extrem gefährdeten Vollzeit-Segment auf 60 Punkte. Hier lagen 1987 die SPD-Bastionen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Verhalten von Nicht-Organisierten im Unsicherheitsbereich: Auch hier konnte die SPD die Union bei der Bundestagswahl am 25. Januar distanzieren. Im II<sub>b</sub>- und II<sub>c</sub>-Segment lag die SPD jeweils 8 Prozentpunkte vor der Union. Dies bedeutet: *Ökonomische Verunsicherung führte auch dann zu einer Annäherung an die SPD, wenn keine gewerkschaftliche Bindung vorliegt.*

Die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitsmarktrisiken und deren politische Verarbeitung gibt somit einen wichtigen Hinweis auf die Gründe für das relativ gute Abschneiden der Union als Regierungspartei trotz anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitnehmer auf gesicherten Arbeitsplätzen haben die für sie günstige Wirtschaftsentwicklung der christlich-liberalen Koalition honoriert. „Krise“ fand für diese Gruppe nur im „Fernsehen“ oder in der „Zeitung“ statt. Auch die massive Umverteilung zwischen Arbeitnehmer-einkommen und Kapitaleinkommen, die sich in der Reduktion der Lohnquote auf das Niveau von 1960 niederschlägt, ist stärker durch Reallohneinbußen bei Arbeitslosen und Arbeitnehmern im sekundären Bereich zu erklären, als durch Einbußen der Kernbelegschaften, die somit keinen Grund sahen, im Sinne einer Anti-Regierungshaltung als Reaktion auf Massenarbeitslosigkeit den beiden Regierungsparteien Vertrauen zu entziehen.

## VII. Arbeitnehmer mit Neuer Technologie

Eine andere wichtige Frage ist, wie sich die Technische Intelligenz bzw. Arbeitnehmer, die mit Neuer Technologie arbeiten, 1987 politisch orientiert haben. Möglicherweise bildet sich in diesen

Gruppen die „Neue Facharbeiterschaft“ heraus, dies will heißen: eine neue Kernarbeitnehmerschaft in Produktion und Verwaltung.

Im Vorfeld der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 lagen Union und SPD bei Arbeitnehmern, die mit Neuer Technologie umgehen, mit jeweils 43 Prozent gleichauf<sup>11)</sup>. Die GRÜNEN erreichten fast jeden zehnten High-Tech-Arbeitnehmer (9%).

Unterschiedlich dazu das Muster bei Arbeitnehmern, die mit konventionellen Arbeitsmitteln umgehen. Hier hatte die SPD einen Vorsprung von 7 Prozentpunkten vor der CDU/CSU (46 : 39). Das heißt, die SPD bindet im Vergleich zur Union eher Arbeitnehmer an traditionell eingerichteten

Arbeitsplätzen, die Union genießt mehr Vertrauen bei den modernen Arbeitnehmern.

Differenziert man die modernen Arbeitnehmer nach den alten Statuskriterien in Arbeiter und Angestellte, so zeigt sich ein bedeutsamer Unterschied zum Globalergebnis. Im Arbeiterbereich konnte die SPD zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen, selbst wenn die Arbeiter mit neuer Technik umgehen. Bei der Gegengruppe, den „konventionellen“ Arbeitern, erreichten die Sozialdemokraten hingegen nur 58 Prozent. Dies bedeutet: Die „neue“ Facharbeiterelite, die CNC-, Meßwart- und Fertigungsanlagen-Arbeiter, steht in fester Bindung zur SPD. Innerhalb dieser Gruppe erreichte die Union am 25. Januar 1987 weniger als ein Drittel der Stimmen (31%).

Angestellte, die mit Neuer Technologie umgehen, sind hingegen ein sehr viel mehr umkämpfter Wäh-

<sup>11)</sup> Die leichte Abweichung im Vergleich zu den Zahlen im „Gewerkschafter“ ist durch die unterschiedliche Bezugsbasis bestimmt. Dort wurden die Erwerbstätigen, hier die abhängig Beschäftigten zugrundegelegt (vgl. Anm. 8).

**Tabelle 8: Umgang mit Neuer Technologie und Parteipräferenz \*)**  
— Anfang 1987 —

Parteipräferenz	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	GRÜNE %
Arbeitnehmer mit Neuer Technologie	43	43	6	9
Arbeitnehmer mit konventionellen Arbeitsmitteln	39	46	7	8

\*) Die genannten Parteipräferenzen wurden auf 100 % umgerechnet.

Quelle: infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet ohne Berlin (West), Januar 1987, 1548 Befragte, Random-Auswahl.

**Tabelle 9: Umgang mit Neuer Technologie bei Arbeitern und Angestellten und Parteipräferenz \*)**  
— Anfang 1987 —

Parteipräferenz	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	GRÜNE %
<u>Arbeiter</u>				
Mit Neuer Technologie	31	66	0	3
Ohne Neue Technologie	35	58	2	5
<u>Angestellte</u>				
Mit Neuer Technologie	47	31	9	14
Ohne Neue Technologie	46	34	10	10

\*) Die genannten Parteipräferenzen wurden auf 100 % umgerechnet.

Quelle: infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet ohne Berlin (West), Januar 1987, 1548 Befragte, Random-Auswahl.

lermarkt. Fast die Hälfte dieser Gruppe (47%) präferierte die Union; die SPD kam hier auf 31 Prozent. Doch auch auf die beiden kleineren Parteien entfallen in diesem Wählersegment starke Sympathien: Die GRÜNEN erreichten 14 und die FDP 9 Prozent der Stimmen.

Der Umgang mit Neuer Technologie modulierte auch bei dieser Bundestagswahl wesentlich den traditionell SPD-affinen Einfluß gewerkschaftlicher Bindung auf das politische Verhalten. Gewerkschaftsmitglieder, die mit modernen Arbeitsmitteln arbeiten, präferierten zu 53 Prozent die SPD; unter Mitgliedern, die Arbeit an konventionellen Maschinen verrichten, waren es 67 Prozent. Die Union ist damit relativ stark bei denjenigen Gewerkschaftsmitgliedern verankert (39%), die mit Neuer Technologie umgehen. In der Gegengruppe — d. h. bei Arbeitnehmern, die konventionelle Arbeitsmittel bei ihrer Arbeit einsetzen — erreichte die Union (18%) weniger als jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied.

Dieses Resultat bestätigt die Beobachtung, die wir schon an anderer Stelle gemacht haben: Organisation und Organisationsbereitschaft im Hinblick auf die Gewerkschaft sind unter modernen Arbeitnehmern weiter verbreitet, als dies bisher vermutet wurde. Aber diese Bindung an die Gewerkschaften scheint eher pragmatisch als ideologisch fundiert.

Zumindest schlägt sich die Organisation dieser Arbeitnehmergruppen nicht automatisch auf die politische Haben-Seite für die Sozialdemokraten nieder<sup>12)</sup>.

Zum Schluß möchten wir noch einen Blick auf das politische Verhalten jüngerer Arbeitnehmer werfen: Bei der Bundestagswahl 1987 konnte die Union bei den 18- bis 34jährigen, die mit Neuer Technologie umgehen, mit 40 : 39 einen hauchdünnen Vorsprung vor der SPD erreichen. Demgegenüber lag die SPD bei den jüngeren Arbeitnehmern an Arbeitsplätzen mit konventioneller Technologie klar vorn (45 : 33). Auf das Abschneiden von GRÜNEN und Liberalen hatte hier der Faktor technische Modernisierung keinen Einfluß. In beiden Gruppen erreichten die kleinen Parteien den gleichen Wert. Dennoch ist bemerkenswert: 15 Prozent der 18- bis 34jährigen Arbeitnehmer, die mit Neuer Technologie arbeiten, präferierten im Januar 1987 die GRÜNEN. Die älteren Arbeitnehmer, gleich mit welchen Arbeitsmitteln sie arbeiten, standen den GRÜNEN distanzierter gegenüber, insbesondere jedoch diejenigen, deren Arbeitsplätze konventionell ausgerüstet sind. Dort findet sich auch ein Vorsprung der SPD vor der Union (47% zu 44%), während sonst auch unter älteren Arbeitnehmern der Umgang mit Neuer Technik die Affinität zur Union fördert.

## VIII. Das Gewicht der neuen Trennlinien

Die hier vorgestellten Ergebnisse liefern nur einen ersten Hinweis auf das politische Verhalten moderner Arbeitnehmer und bedürfen einer weiteren Vertiefung. Dennoch wird eines klar: Die alte Arbeitnehmerpartei SPD tut sich schwer mit den

modernen Arbeitnehmern. Die Union tritt — gemessen an ihrer traditionell schwächeren Ver-

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu auch: infas, Gewerkschaften vor den Herausforderungen der neunziger Jahre, Bonn-Bad Godesberg 1987.

**Tabelle 10: Umgang mit Neuer Technologie bei Gewerkschaftsmitgliedern und Parteipräferenz \*)**  
**— Anfang 1987 —**

Parteipräferenz	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	GRÜNE %
<u>Gewerkschaftsmitglieder</u>				
Mit Neuer Technologie	39	53	0	8
Ohne Neue Technologie	18	67	5	10
<u>Nicht-Organisierte</u>				
Mit Neuer Technologie	45	36	9	10
Ohne Neue Technologie	52	35	7	6

\*) Die genannten Parteipräferenzen wurden auf 100% umgerechnet.  
 Quelle: infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet ohne Berlin (West), Januar 1987, 1548 Befragte, Random-Auswahl.

Tabelle 11: Umgang mit Neuer Technologie in Altersgruppen und Parteipräferenz \*)  
 – Anfang 1987 –

Parteipräferenz	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	GRÜNE %
<u>18 bis 34 Jahre</u>				
Mit Neuer Technologie	40	39	6	15
Ohne Neue Technologie	33	45	6	15
<u>35 Jahre und älter</u>				
Mit Neuer Technologie	45	41	7	7
Ohne Neue Technologie	44	47	7	2

\*) Die genannten Parteipräferenzen wurden auf 100 % umgerechnet.

Quelle: infas-Repräsentativerhebung im Bundesgebiet ohne Berlin (West), Januar 1987, 1548 Befragte, Random-Auswahl.

ankerung in der Arbeitnehmerschaft – auf unge-  
 wohnt günstiges Terrain.

Wie ein roter Faden ziehen sich SPD-Defizite in der  
 Mobilisierung der modernen Arbeitnehmer durch  
 die bisherige Analyse:

– Überproportionale Verluste in den großen  
 Dienstleistungszentren,

– überdurchschnittliche Einbußen bei kleinen und  
 mittleren Angestellten,

– mangelnde Repräsentanz in den Arbeitnehmer-  
 gruppen des prosperierenden Teils der Wirt-  
 schaft,

– Unterlegenheit gegenüber der Union bei den  
 Angestellten im High-Tech-Bereich.

Die Spaltung des sozialdemokratischen Wähler-  
 marktes hat somit nicht nur eine ideologische Linie  
 („Materialismus“ versus „Postmaterialismus“),  
 sondern auch eine objektive sozialstrukturelle Basis  
 in „alten“ und „neuen“ gesellschaftlichen Scheide-  
 linien<sup>13)</sup>. Die Sozialdemokraten sind offenbar dem  
 Tempo des gesellschaftlichen Modernisierungspro-  
 zesses bisher nicht gewachsen.

<sup>13)</sup> Dazu kann man im übrigen auch die politischen Effekte  
 aus der Erwerbstätigkeit von Frauen rechnen, insbesondere  
 der jüngeren, hochqualifizierten. Diese modernen Frauen  
 sympathisierten 1987 mehrheitlich für die Opposition (SPD:  
 40%; Grüne: 17%; Union: 35%; FDP: 8%).

Anders die Union mit ihrem Blockpartner FDP:  
 Für die CDU/CSU ist das Feld langfristig besser  
 bestellt. Sie verfügt über:

– Gute Verankerung in der Mittelschicht,

– hohe Anteile bei Arbeitnehmern im Kernbereich  
 der Wirtschaft,

– viel Vertrauen bei den High-Tech-Angestell-  
 ten.

Die Union dürfte es daher leichter verkraften,  
 wenn sich durch Modernisierungsprozesse der  
 Gesellschaft die Bindungen ihrer Traditionswähler-  
 schaft – der ländlich-bäuerlichen Bevölkerung  
 und der Katholiken – abschwächen, wie am  
 25. Januar 1987 zu beobachten war.

Mit Blick auf die beiden kleineren Parteien ist vor  
 allem die Entwicklung bei den GRÜNEN beme-  
 rkenenswert. Da ist zum einen die deutliche Pluralisie-  
 rung ihrer sozialstrukturellen Wählerbasis und zum  
 anderen ihre zunehmende Bedeutung für High-  
 Tech-Arbeitnehmer. Letzteres wird zweifelsohne  
 nicht ohne Auswirkungen auf die Frage einer alter-  
 nativen Steuerung von Einsatz und Anwendung  
 Neuer Technologien bleiben.

So könnte als neuer gesellschaftlicher Cleavage in  
 das Parteiensystem rückgekoppelt werden, was an  
 politischen Konflikten mit der Modernisierung von  
 Wirtschaft und Gesellschaft einhergeht.

## **Rainer-Olaf Schultze: Die Bundestagswahl 1987 — eine Bestätigung des Wandels**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 3—17

Der Ausgang der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 ist vielfach als Überraschung empfunden worden. Tatsächlich weist die Wahl — im Vergleich zu ihren Vorgängern — auch einige unerwartete Resultate auf: die niedrigste Wahlbeteiligung seit 1949; einen Kanzler ohne den Bonus des Amtsinhabers; Verluste beider Volksparteien bei gleichzeitigen Zugewinnen von FDP und GRÜNEN wie auch der Splitterparteien; schließlich, gemessen an den Vorhersagen, hohe Verluste der Unionsparteien, denen mancher die absolute Mehrheit zugetraut, und relativ geringe Einbußen der Sozialdemokraten, denen man herbe Verluste prognostiziert hatte. Kennzeichen dieser Wahlentscheidung sind jedoch weder das Besondere noch der Wandel. Es war dies vielmehr eine Wahl der Bestätigung. Bestätigt wurde nicht nur (wie allseits angenommen) die Bonner Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, sondern bestätigt wurden auch das seit Ende der siebziger Jahre entstandene bipolare Mehrparteiensystem mit seiner konservativ-liberalen Mehrheit jenseits der Sozialdemokratie sowie jene ihm zugrundeliegenden mittel- und langfristigen Strukturveränderungen im Wählerverhalten. Sie traten zunächst bei Kommunal- und Landtagswahlen auf, bestimmen seit der „Wende“ vom Oktober 1982 und der Wahl vom März 1983 auch das Wählerverhalten auf Bundesebene und sind bei dieser Bundestagswahl besonders stark akzentuiert worden.

## **Peter Gluchowski: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 18—32

In dem vorliegenden Beitrag wird eine neue Wählertypologie vorgestellt, die auf individuellen Lebensstilen der Wähler basiert. Als „Lebensstil“ wird dabei eine komplexe Einstellungsstruktur aus hundert persönlichen Grundorientierungen, Lebensweisen und Haltungen in zentralen Lebensbereichen definiert. Die Zusammenschau dieser Einstellungen ermöglicht die Segmentierung der Wählerschaft in neun klar voneinander abgrenzbare Lebensstil-Gruppierungen, die ausführlich beschrieben werden. Die Mobilisierung der jeweiligen Lebensstil-Klientel entlang der alten und neuen Trennungslinien verlief bei der Bundestagswahl 1987 für die beiden großen Parteien nur teilweise erfolgreich. Strukturell zeigen sich für die Zukunft sehr unterschiedliche Mobilisierungschancen der Parteien: Die CDU/CSU hat sowohl sozialstrukturell als auch wertmäßig sehr homogene Lebensstil-Wählerpotentiale, die deshalb relativ leicht mobilisierbar sind. Die Unionsparteien laufen jedoch, solange sie mit der FDP eine Koalition bilden, Gefahr, Stimmen an diese zu verlieren. Die SPD hat ihre Potentiale einerseits bei Lebensstil-Gruppierungen aus den unteren Schichten mit konservativ-traditionellen Wertorientierungen und andererseits bei Gruppen aus höheren Schichten mit fortschrittlich-gesellschaftskritischen Wertorientierungen. Sie konkurriert damit in den traditionell-gesellschaftskritischen Wählerbereichen mit der CDU/CSU und in den fortschrittlich-gesellschaftskritischen Wählerbereichen sehr stark mit den GRÜNEN. Die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Lebensstil-Gruppierungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, dürfte auch in Zukunft für die SPD ein sehr schwieriges Unterfangen sein.

## **Ursula Feist / Hubert Krieger: Alte und neue Scheidelinien des politischen Verhaltens. Eine Analyse zur Bundestagswahl vom 25. Januar 1987**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/87, S. 33—47

Der Beitrag befaßt sich mit den Auswirkungen der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf das Wahlverhalten von Arbeitnehmergruppen bei der Bundestagswahl 1987. Das Wahlergebnis und die Wählertrends, die es zustande gebracht haben, werden dabei unter drei verschiedenen Perspektiven beleuchtet: Zunächst anhand einer *ökologischen (Wahlkreis-) Analyse*; sodann anhand einer *Wählersegmentation* entlang der alten gesellschaftlichen Konfliktlinien, die für die Entstehung unseres Parteiensystems ursächlich sind; schließlich mit Hilfe einer *Arbeitnehmertypologie*, die den Konzepten der Arbeitsmarktsegmentation folgt mit der Dualität eines primären, arbeitsplatzsicheren Bereichs und eines sekundären, arbeitsplatzbedrohten Bereichs.

Für die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD lassen sich eindeutige Verlustmuster diagnostizieren. Zudem hat die führende Regierungspartei auch nicht die ihr sozial eher fernerstehende Arbeiterschaft, die sich ihr 1983 zugewandt hatte, stabilisieren können. Sie erweist sich aber in dem Sinne als „modern“, als sie bei Angestellten und Beamten, also in den Mittelschichten, unverändert gut gegenüber 1983 reüssierte und vor allem die Vorhut der Erwerbstätigen, die im primären Arbeitsmarktsegment angesiedelten Arbeitnehmer an High-Tech-Arbeitsplätzen, von ihrer Politik überzeugt.

Die Verluste der Sozialdemokraten konzentrieren sich auf eben diese Mittelschichten, sichtbar an den Ergebnissen in den deutschen Dienstleistungsmetropolen wie Hamburg, München, Frankfurt. Die Arbeitnehmerpartei SPD konkurriert hier inzwischen mit allen anderen Parteien, insbesondere mit den GRÜNEN, die diese sozioökonomischen Räume mittlerweile zu ihren Hochburgen ausgebaut haben. Dagegen gelang es der SPD 1987, ihre alte, gewerkschaftlich abgestützte Wählerbasis zu restabilisieren.